

all: re tweller dpa, Ramm...
Januar 1984
Freitag, 6. Januar 1984 - D *
Anst. Springer Verlag AG, Postf. 10 00 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Westf. Telefax-Zentralen der WELT: Westfalen 0 20 54 / 10 11 11, Telefax-Zentralen
Hamburg (040) 347-3 - Preisliste an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 13,00 £, Italien 1300 Lira, Jugoslawien 1300 Dina, Luxemburg 23,00 Fr.
Niederlande 2,00 f., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,00 S., Portugal 100 Esc.
Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,30 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kasachische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nahost: Jordaniens König Hussein will zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder das Parlament einberufen. Ihm gehören zahlreiche Abgeordnete aus dem israelisch besetzten Westjordanland und Ostjerusalem an. Nach Aufhebung von Diplomaten zeigt die Maßnahme auf die Unterstützung gemäßigter palästinensischer Politiker für eine neue Nahost-Initiative des Monarchen. (S. 1)

General entlassen: Bundesverteidigungsminister Wörner hat überraschend den stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber, den deutschen Vier-Sterne-General Kieffling, in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Sein Nachfolger soll der Kommandierende General des III. Corps in Koblenz, Generalleutnant Hans-Joachim Mack, werden. (S. 2)

Treffen in Warschau: Der polnische Primas Kardinal Glemp ist gestern zum ersten Mal seit dem Papst-Besuch (Juni 1983) mit Regierungschef Jaruzelski zusammengetroffen. In dem fünfständigen Gespräch ging es vor allem um die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Das Kommuniqué war sehr allgemein gehalten.

Jugendberufshilfe: Jugendliche sollen künftig generell schon ab 6 Uhr morgens - und damit eine Stunde früher als bisher - beschäftigt werden können. Das sieht ein Änderungsentwurf zum Jugendberufshilfegesetz vor.

Flüchtlings-Bilanz: Die innerdeutsche Grenze wird immer undurchlässiger. Das geht aus den Zahlen über die sogenannten Sperrbrecher hervor. Waren es 1982 noch 72, die aus der DDR unter Lebensgefahr in den Westen flüchteten, so schrumpfte ihre Zahl im vergangenen Jahr auf nur noch 45. (S. 1)

Bangemann an der Spitze: Die FDP will erneut mit Martin Bangemann als Spitzenkandidat in die Europawahlen gehen. Bangemann ist derzeit Präsident der Liberalen und Demokratischen Fraktion im Europaparlament.

Steuerentlastung: Bundesfinanzminister Stoltenberg will bei der geplanten Reform der Lohn- und Einkommenssteuer insbesondere Arbeitnehmer entlasten, deren Einkommen zwischen 18 000 und 60 000 Mark (Ledige) bzw. 38 000 und 120 000 Mark (Verheiratete) liegen. (S. 7)

Marschflugkörper: Die Sowjetunion testet derzeit vier neue Typen von Marschflugkörpern, die das amerikanische Luftabwehrsystem durchbrechen könnten, berichtet die Fachzeitschrift "Aviation Week and Space Technology". (S. 5)

Heute: Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischek zum Abschluss des Dreikönigstreffens in Stuttgart - Spaniens Außenminister Morán zu Gesprächen über Mittelamerika in Kuba.

ZITAT DES TAGES

„Deutschland ist eine geteilte Nation, Berlin eine geteilte Stadt, Europa ein geteilter Kontinent. Ich glaube nicht, daß dies immer so sein wird.“

Arthur F. Burns, US-Botschafter in Bonn, in einem Interview der "New York Times" (S. 4)

FOTO: JUPP DACHINGER

WIRTSCHAFT

Weiter hohes Defizit: Die US-Regierung erwartet für den Haushalt '85 bei Gesamtausgaben von 925 Milliarden Dollar ein Defizit von 186 Milliarden. (S. 7)

Zinsag: Gandhi: Indiens Regierungschef Gandhi hat Wirtschaftsminister Lambodorf zugesichert, daß "deutsche Investitionsanträge künftig zügiger behandelt und Geschäfte erleichtert werden sollen."

Rückgang gestoppt: Die Weltförderung innerhalb des Ostblocks betrug 1983 nach ersten Schätzungen 1,92 Milliarden Tonnen und ist damit erstmals seit Jahren nicht mehr zurückgegangen.

Aktienfonds: Die in deutschen Aktien angelegten Publikums-Investmentfonds erzielten im vergangenen Jahr Wertsteigerungen um 19,9 bis 35,4 Prozent. (S. 7)

Großbritannien: Regierungschef Thatcher forderte die EG ultimativ auf, blockierte Beitragsrückzahlungen von fast zwei Milliarden Mark zu erstatten. (S. 7)

Börse: An den Aktienmärkten gewann bei lebhaften Geschäft die Bause-Bewegung wieder Fahrt. Der Rentenmarkt war erholte. WELT-Aktienkurs 155,5 (154,4), Dollarmittelkurs 2,798 (2,786), Mark: Goldpreis pro Feinunze 375,25 (374,00) Dollar.

KULTUR

Staatsoper Budapest: Genau zum 100. Jahrestag wird die Budapest-Staatsoper am 27. September wieder eröffnet, nachdem sie wegen umfangreicher Renovierungsarbeiten jahrelang geschlossen war.

Briefe im Brockhaus: Zwei bisher unbekannte Briefe Friedrich Schillers an den Leipziger Verleger Joachim Goschen von 1803 und 1806 wurden in der rumänischen Stadt Blasenburg zwischen den Seiten eines Brockhaus-Konversationslexikons entdeckt. Die Veröffentlichung ist noch für dieses Jahr geplant.

Der unbekannte Briefe Friedrich Schillers an den Leipziger Verleger Joachim Goschen von 1803 und 1806 wurden in der rumänischen Stadt Blasenburg zwischen den Seiten eines Brockhaus-Konversationslexikons entdeckt. Die Veröffentlichung ist noch für dieses Jahr geplant.

SPORT

Fußball: Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) wird am nächsten Dienstag (10. 1.) von 12.00-12.45 Uhr die Auslosung zur Europameisterschaft (12.-27. Juni) aus Paris live übertragen.

Motorsport: Manfred Winkelhock bleibt auch 1984 der einzige deutsche Formel-1-Fahrer. Stefan Belinfant, der mit Arrows verbandelte, hat sich entschlossen, weiterhin für Porsche zu fahren.

AUS ALLER WELT

Geschenk der Bahn: Der Unpünktlichkeit der britischen Eisenbahn soll ein Ende gesetzt werden. Damit sie ihre Dienstzeiten besser einhalten, bekommen die 20 000 Lokomotivführer gratis eine Uhr von der Eisenbahndirektion. Die Aktion wird etwa 600 000 Mark kosten.

Sonden-Rudel: Mit fünf Raumsonden will die internationale Wissenschaft den Halley'schen Kometen empfangen, wenn er Anfang 1986 nach 76 Jahren wieder in Erdnähe kommt. (S. 14)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Niederschlag. Um 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Melungen: Vorerst ist es nichts mehr mit Lambodorf-Indiskretionen - Von E. v. Loewenstern S. 2

Miami: Lateinamerikas heimliche Hauptstadt - ein Magnet für Menschen und Kapital S. 3

Analyse: Goldstaaten begegnen Schützen mit Mistkäse; islamische Revolution proklamiert S. 4

Algerien: Besinnung auf das "kabbalistische Element"; die Berber als Verbündete? S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefes an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

„DDR“: Auch 1984 wenig Freunde an Orwell - „Klassiker des kalten Krieges“ S. 6

Risikolauf: Schramms Eigen-sinn und die tiefe Krise vor den Olympischen Winterspielen S. 11

Fernsehen: Das Studio als Marktplatz; ein Porträt des TV-Journalisten Dieter Kronzucker S. 12

Anstellung: Das Frankfurter Lieblingsspielzeug; Spätantike und frühes Christentum S. 13

Reise-WELT: Wintersport in den Pyrenäen - Mañana, mañana ist auch noch ein Tag S. 1

Hussein startet Initiative zur Vertretung der Palästinenser

In Israel wächst die Kritik an der militärischen Verwicklung in Libanon

RS/SAD, Bonn/Jerusalem
Im Nahen Osten versuchen die gegnerischen Kräfte zunehmend durch eigene Initiativen die Situation, die nach dem Abzug der PLO wieder in Gang gekommen war, in ihrem Sinn zu beeinflussen. Dabei wird auch zwischen Jordanien und PLO-Chef Arafat um die politische Vertretung der Palästinenser gerungen.

König Hussein von Jordanien ist offenbar bestrebt, durch ein neues Parlament - mit einer Mehrheit palästinensischer Abgeordneter - eine Legitimation zu erhalten, um im Namen der Palästinenser sprechen zu können. Wieweit dabei der jordanische Monarch in Abstimmung oder in Konfrontation mit dem PLO-Chef handelt, bleibt vorläufig offen.

Yassir Arafat scheint es unterdessen gelingen zu sein, seine Position in der Guerilla-Organisation Al Fatah zu festigen. So billigte das Zentralkomitee der Al Fatah das umstrittene Treffen Arafats mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak. Aus palästinensischen Kreisen verlautete jedoch, das Fatah-Komitee habe seinen Vorsitzenden Arafat gestadelt, weil er sein Treffen mit Mubarak ohne vorhergehende Konsultation mit anderen Palästinenser-Führern abgehalten habe.

Im Kampf gegen die Fatah-Dissidenten, die Arafat und seine Gefolgschaft aus Tripoli - mit Unterstützung der syrischen Armee - vertreiben hatten, gelang dem PLO-Chef in Tunis ein wichtiger Erfolg. Nach einer Meldung der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa hat der oberste Militärrat der PLO den Anführer der Rebellen, Abu Musa, und

Unterdessen nimmt in Israel in Öffentlichkeit und Regierung die Kritik an der Libanon-Politik der Regierung zu. So fordert das angesehene Institut für strategische Studien eine vollständige Räumung Südlibanons innerhalb von sechs bis acht Monaten. In einer jetzt veröffentlichten Studie erklärt das Institut, keines der Ziele, mit denen der israelische Einmarsch in Libanon 1982 begründet worden war, sei erreicht worden. Nach Informationen aus Jerusalem haben sich Generalstabschef Levi und Verteidigungsminister Arens im Kabinett zum Sprecher einer weitverbreiteten Unzufriedenheit in der Armee mit der gegenwärtigen Verwendung des Militärs in Libanon gemacht.

In der Armee wird vor allem bemängelt, daß die Awali-Linie, auf die sich die Armee im vergangenen September zurückgezogen habe, keinen genügenden Schutz vor dem Einklinken bewaffneter Freischärler biete. Im Generalstab kursieren Pläne, einen Rückzug um weitere 20 Kilometer zu fordern.

Welche Schritte die Vereinigten Staaten als nächstes im Nahen Osten unternehmen werden, bleibt vorläufig unklar. Bei einem Empfang des

SEITE 2:
Leser uns abhören

vier seiner Anhänger aus dem Militärrat die Organisation ausgeschlossen.

Inwieweit diese Beschlüsse von Tunis die Position Arafats festigen und in welchem Maße ein politisch gestärkter Arafat bereit sein würde, mit den gemäßigten arabischen Staaten Ägypten und Jordanien zusammenzuarbeiten, bleibt vorerst offen. Für eine weitere Radikalisierung der Fatah spricht beispielsweise der Bescheid des ZK in Tunis, in dem die Gespräche Arafats mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak als ein „Bruch mit den Vereinbarungen von Camp David“ zwischen Israel und Ägypten bezeichnet werden.

Fortsetzung Seite 6

Lehrer: Kampf dem Pessimismus

In den Schulen soll wieder gefordert werden / Wider das „untere Mittelmaß“

PETER PHILIPPS, Bonn
In den Schulen der Bundesrepublik Deutschland soll der „Akzent“ wieder vom Fördern auf das Fördern der Leistung oder des besonderen Einsatzes, kritisierte Christian: „Das untere Mittelmaß gibt den Ton an.“

Zu der grundsätzlichen Einschätzung, daß sich Ansprüche auch ohne Leistung erfüllen lassen, sei in den

zwischen immer deutlicher abzeichnende Ergebnis dieser Entwicklung sei, die Ablehnung der besonderen Leistung oder des besonderen Einsatzes, kritisierte Christian: „Das untere Mittelmaß gibt den Ton an.“

Zu der grundsätzlichen Einschätzung, daß sich Ansprüche auch ohne Leistung erfüllen lassen, sei in den

SEITE 2:
Pflichtschuß Realismus

vergangenen Monaten im Zuge der Nachrückdiskussion auch durch die Lehrer eine „Endzeitstimmung“ in die Schulen hineingetragen worden. Aber der sich daraus entwickelnde Pessimismus, die Leistungs-Negierung, führten allein zu der „willkommenen Rechtfertigung für alle, die nur bequem wollen“.

Christians erinnerte daran, daß sich das Leben ohne Optimismus nicht meistern lasse: „Die Schule eröffnet den Einstieg in das Leben“. Der Mensch, der die Anforderungen des Jahres 2000 meistern wolle, müsse „Mut zum Leben und neben herausragenden Kenntnissen und Fähigkeiten auch ein hohes Maß an psychischer Belastbarkeit haben“.

Begleitend gehörte deshalb dazu, „von dem schon fast jahrzehntlang gebildeten Grundsatz“ abzuweichen, „durch immer mehr Erleichterungen höhere Zertifikate“ an den Schulen zu vergeben. Der Wettbewerb müsse auch an den Schulen wieder eine größere Rolle spielen, der Schwerpunkt von dem Ehrgeiz, Schülern die neuesten Forschungsergebnisse zu vermitteln, wieder zurückverlagert werden auf das Ziel, „daß Grundwissen gekonnt wird und verfügbar ist“.

Im Zusammenhang mit seiner Kritik an den Folgen von Lehrer-Aktivitäten während der Nachrückdiskussion forderte Christians die politische Verantwortlichen auf, das Beamtentum zu überprüfen. Er sprach von einem „Mißbrauch der Schulen für politische Ziele“ und stellte klar: „Wer ganze Klassen in Hysterie versetzt, um eigene wirkliche oder vorgespülte Ängste sich auskosten zu lassen, vertritt Unterricht in Aktion und funktioniert, wie Unterricht unterbricht, um außerhalb der Schule während der Unterrichtszeit zu demonstrieren, vergeht sich gegen seine Berufspflichten.“

Kreml greift die orthodoxe Kirche an

Ideologischer Feldzug im Vorfeld der 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Rußlands

DW/KNA, Moskau/Bonn
Der unter Junij Andropow verstärkte Feldzug gegen Christen in der Sowjetunion ist offensichtlich auch gegen die orthodoxe Kirche gerichtet. Ein ideologischer Feldzug gegen die Orthodoxie, die 1988 die 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Rußlands feierlich begehen will, hat schon jetzt eingesetzt.

Entgegen dem Selbstverständnis der russischen Kirche von ihrer tragenden Rolle in der geschichtlichen und kulturellen Entwicklung des Landes soll eine für dieses Jahr angekündigte Zusammenstellung von Aus-sagen „progressiver“ russischer Historiker des 18. und 19. Jahrhunderts dem Leser die „wirkliche Lage der Dinge“ vor Augen führen.

Zielrichtung: Unter dem Titel „Die Taufe Rußlands in der Sicht russischer Historiker“ solle die „reaktionäre Haltung der Kirche und ihr gegen das Volk gerichteter enger Bund mit dem autokratischen Staat und

den Gutsbesitzern“ klargestellt werden. Zu den Autoren zählt unter anderem der marxistische Historiker Nikolaj (1877-1959), dessen „Geschichte der russischen Kirche“ jetzt in dritter Auflage erschienen ist. Die ersten beiden Auflagen datieren aus dem Jahr 1930. Das Buch wurde jetzt hervorgeholt, um - wie es in der Einleitung der Herausgeber heißt - „die bis heute von der orthodoxen Geistlichkeit vertretene kirchliche Legende von der Volkstümlichkeit der russischen Orthodoxie zu entlarven“.

Demgegenüber bereiten sich die etwa 100 Millionen Gläubigen in der UdSSR auf ihre Weise auf das Jubiläum vor. So haben in Moskau bereits zahlreiche Bürger freiwillig ihre Hilfe angeboten, um bis 1988 das von der Regierung zurückgegebene Danilow-Kloster zu restaurieren.

Die russische orthodoxe Kirche wird im Westen vielfach als dem Regime ergeben eingestuft. Nach ver-

lässlichen Informationen aus kirchlichen Kreisen verhalten sich aber zwei Drittel der Geistlichen absolut kirchenrein, nur ein Drittel beuge sich dem atheistischen Regime. Der jetzt bekanntgewordene ideologische Feldzug des Kreml dürfte eine Reaktion auf die Anzeichen zunehmender Religiosität vor allem unter der Jugend sein. Mit Interesse wird daher einer möglichen Antwort des Moskauer Patriarchen auf die jüngsten Schritte des Regimes entgegengesehen.

Alles in allem scheint diese Entwicklung ein Teil der forcierten Kampagne gegen diejenigen Kräfte in der Sowjetunion zu sein, die sich nicht dem totalen Machtanspruch der Partei unterordnen. Am Anfang habe die Zerschlagung von Bürgerrechtsvereinigungen, wie die diversen Helsinki-Gruppen, gestanden. Jetzt seien die gläubigen Christen an der Reihe, heißt es in westlichen Kreisen, die die innere Entwicklung in der UdSSR beobachten.

Privat-Uni: Eile überrascht in Mainz

der Koblenz
Eigentlich wollte man das Ganze auf einer feierlichen Pressekonferenz in Bonn bekanntgeben. Doch dann kam vorzeitig heraus, daß in Koblenz - nach Herdecke an der Ruhr - die zweite deutsche private Universität entstehen soll. Die Pressekonferenz fällt aus.

Auch das Mainzer Kultusministerium wurde überrascht. Zwar fanden seit langem intern klärende Vorgespräche statt. Doch erst am 23. Dezember in Koblenz aufgetragener und zwischen Weihnachten und Neujahr eingetragener Brief machte deutlich, wie eilig die Initiatoren - an ihrer Spitze die Industrie- und Handelskammer Koblenz - es mit ihrem Plan haben.

Schon im Wintersemester 1984/85

soll mit 30 bis 60 Studenten der Lehrbetrieb für einen achtsemestrigen Studiengang in Unternehmensführung aufgenommen werden. Verglichen mit einem normalen Studium der Wirtschaftswissenschaften, soll hier der Weg zu einer stärker praxisbezogenen und leistungsorientierten Ausbildung künftiger Manager und Unternehmer beschritten werden.

Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Göller (CDU) ist noch im Weihnachtsurlaub, konnte also noch nicht offiziell Stellung nehmen. Sein Staatssekretär Georg Stollenwerk wies in Mainz auf die grundsätzliche Bereitschaft des Landes hin, auch eine private Universität zu genehmigen. Allerdings dürften die Initiatoren (zur Zeit wenigstens) nicht damit rechnen, auch nur eine einzige Mark aus Haushaltsmitteln des Landes zu erhalten.

Artikel 30 der Landesverfassung sieht neben privaten Schulen auch private Hochschulen als Möglichkeit vor. Allerdings haben die Gründer dabei einige rechtliche Hürden zu überwinden, zum Beispiel bei der wirtschaftlichen und rechtlichen Absicherung der Lehrkräfte (analog zum Beamtentum). Außerdem sagt die Verfassung: „Eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern ist untersagt.“ Dies setzt, meint Stollenwerk, den geplanten Studiengängen für die Studenten in Koblenz strenge Grenzen.

DER KOMMENTAR

Das Rennen

RAFAEL SELIGMANN

Im Nahen Osten findet zur Zeit ein Rennen statt - Ziel: Vertretung der Palästinenser und damit politischer Macht in der Region. In den Startlöchern stehen Jordaniens König Hussein und der vor wenigen Wochen noch zumindest politisch totgegebene PLO-Chef Yassir Arafat.

Hussein möchte durch die Neubestellung einer Abgeordnetenversammlung Legitimität gewinnen, für die Palästinenser zu sprechen, die in seinem Königreich östlich des Jordan - das biblische Judäa und Samaria - zu erlangen. Der Reagan-Plan und jüngste Avancen von Yassir Arafat haben ihn in seiner sonst zögernden Haltung bestärkt.

Indessen - Arafat ist nach seiner Vertreibung durch palästinensische und syrische Truppen in Tripoli nicht untätig geblieben. Er hatte zuerst auf die Gemäßigten in der arabischen Welt gesetzt, auf König Hussein und Ägyptens Präsident Mubarak. Was der PLO-Chef zunächst verschleiern wollte, hat er jetzt in Tunis deutlich gemacht: Mit seiner

Billigung verabschiedete das Zentralkomitee der Al Fatah eine Resolution, in der es heißt, die Gespräche des PLO-Vorsitzenden mit Präsident Mubarak seien ein „Bruch der Vereinbarungen von Camp David“, die Frieden zwischen Israel und Ägypten brachten.

Während Arafat wieder an Boden gewinnt und damit deutlich sein unverwundliches Gesicht zeigt, nimmt in Israel und in den Vereinigten Staaten die innenpolitische Kritik an dem militärischen Engagement beider Länder in Libanon zu. Allein die Unterstützung der Demokratie in Washington und Jerusalem aber kann Libanons Staatspräsident Gemayel helfen, seine Herrschaft zu konsolidieren und damit seinem Land Frieden zu bringen. Allein die Demokratie Israel und USA können auch den Palästinensern zu ihren politischen Rechten verhelfen. Denn demokratische Wahlen haben die Palästinenser bislang nur unter israelischer Herrschaft erlebt. Demokratie wird von allen Radikalen angefeindet. Aber zu ihr gibt es keine Alternative, schon gar nicht von Seiten der PLO.

Führt Konflikt bei Talbot zum Konkurs?

J. Sch./DW, Paris
Nach blutigen Kämpfen, die 55 Verletzte forderten, wurde gestern die französische Automobilfabrik Talbot-Polisy bei Paris wieder geschlossen. Die Direktion von Talbot forderte alle Beschäftigten auf, am heutigen Freitag nicht wieder zur Arbeit zu kommen. Eine andere Lösung sei nicht möglich, solange in dem Werk, das von „200 gewalttätigen Elementen“ lahmgelegt wurde, die Beschäftigung von weit mehr als 10 000 Personen gefährdet sei, noch immer Unsicherheit herrsche.

Die Unruhen hatten wie am Vortag begonnen, als etwa 200 „streikende“ Arbeiter ihre arbeitswilligen Kollegen an der Arbeit hindern wollten. Selbst die linkssozialistische CFDT-Gewerkschaft, die in diesem Konflikt die Wiedereinstellung der 1905 entlassenen Arbeiter „mit allen Mitteln“ gefordert hatte, verlor völlig die Kontrolle über ihre Sympathisanten. Sie rief schließlich unter dem Protest der kommunistischen CGT-Gewerkschaft die Polizei zu Hilfe. Die Talbot-Direktion verkündete kurz darauf die Betriebschließung.

Der Peugeot-Verwaltungsrat beschloß gestern Abend, sich von der Automobilgesellschaft Peugeot-Talbot konzentrieren zu trennen. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, daß Talbot ohne Haftung für Peugeot in den Konkurs gehen könnte. Eine Liquidierung von Talbot als Folge eines Konkurses will die französische Regierung aber, wie Wirtschaftsminister Delors noch gestern Morgen angekündigt hatte, notfalls mit staatlicher Hilfe abwenden.

Neue Taktik der „DDR“ an der Grenze

BERND HUMMEL, Eschwege

Bei der Verhinderung von Fluchtversuchen aus der „DDR“ machen die Grenzposten jenseits der innerdeutschen Grenze unvermindert von Schußwaffen Gebrauch. Das geht aus internen Berichten der Behörden in der Bundesrepublik Deutschland hervor.

Nach Beobachtungen des Bundesgrenzschutzes (BGS) wurden 1983 verschiedene Fluchtunternehmen mit Waffengewalt gestoppt. Dabei - so heißt es in den Berichten - haben die Grenztruppen der „DDR“ mehrfach versucht, den Einsatz zu kaschieren. Es sei unmittelbar nach einem Fluchtversuch, der durch Schußwaffengebrauch verhindert wurde, der Eindruck einer militärischen Übung erweckt worden: Längere Zeit hätten „DDR“-Soldaten Leuchtkegel und Salven aus Maschinengewehren abgefeuert. Unabhängig davon haben die „DDR“-Grenztruppen - so diese Informationen - in regelmäßigem Turnus in Grenznähe das Stellen von Flüchtlingen geübt.

Bei den BGS-Einsatzabteilungen entlang der innerdeutschen Grenze ist man in der Beurteilung der Situation einig: Die „DDR“-Grenzanlagen sind so undurchlässig wie nie. Das wird auch durch den deutlichen Rückgang der Zahl von sogenannten Sperrbrechern deutlich. Jene Flüchtlinge, die unter Lebensgefahr versuchen, die Sperrenanlagen zu überwinden. Ihre Zahl wurde 1983 noch mit 72 angegeben, darunter 14 Uniformierte. Im vergangenen Jahr kamen nur noch 45 „Sperrbrecher“, von zehn Uniformierte.

Peking: Keine wesentlichen Änderungen unter Andropow

Jahresrückblick 1983 / „Wirkliche Reformen nicht in Sicht“

Mit deutlicher Skepsis hat die Peking-Presse das erste Jahr der Amtszeit Andropows beurteilt. In einem Jahresrückblick kommt die Peking-Zeitschrift „Weltgeschehen“ zu dem Schluß, daß es unter dem neuen Staats- und Parteichef bislang zu keinen wesentlichen Veränderungen gekommen sei. „Es scheint, daß die neue sowjetische Führung darauf bedacht ist, an der Kontinuität ihrer Politik festzuhalten.“

Erstmalig geht dabei die Zeitschrift auch auf die sowjetische Innenpolitik ein. Zwar hätte sich die Arbeitsdisziplin durch strikte Verordnungen verbessert, eine umfassende Wirtschaftsreform sei aber nicht in Sicht. Die Sowjetunion halte „ihre eigenen Erfahrungen für unfehlbar“. Trotz vieler Diskussionen hätte Moskau 1983 bei den Reformen „nur den Fuß gehoben, aber noch keinen Schritt gemacht“.

Auch international halte die neue Kreml-Führung an den alten Prinzipien fest. Dazu gehören weitere Anstrengungen für die Integration der „sogenannten sozialistischen großen

Jo. Bonn
Familie“, keine Änderung in der aggressiven Strategie gegenüber Afghanistan und der Versuch, die USA und ihre Alliierten zu entzweien.

Konfrontiert mit einer neuen Runde im Rüstungswettlauf bemüht sich die Sowjets, die für sie vorteilhaften Bedingungen der 70er Jahre zu erhalten. Dafür „mache es ihnen nichts aus, wenn sie ihre Gürtel enger schnallen müssen“. Kontinuität hätte die sowjetische Führung auch bei dem Bemühen gezeigt, die Dritte Welt und die nationalen Befreiungsbewegungen „ihrem Banner folgen zu lassen“. Flexibilität in ihrer Diplomatie zeigte sie dort, wo sie zu starke Irritationen der USA vermeiden wollte, etwa in der Karibik und im Mittleren Osten, oder, wo sie eine bessere Position für sich erwarten konnte.

Darunter ordnet der Kommentator auch die Angebote an China ein. „Obwohl Andropow wiederholt erklärt hat, er strebe bessere Beziehungen an, hat er bis heute keine Bereitschaft gezeigt, die wesentlichen Hindernisse für diese Verbesserung auszuräumen.“

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Panik als Mieter

Von Peter Gillies

Vor Jahresfrist war die hysterische Reaktion die normale, wenn das Thema Miete zur Sprache kam. Nachdem die SPD auch mit dem „Steilshoop-Effekt“ in Hamburg die Wahlen gewann, bemühte sie sich, den gleichen Mechanismus für die Bundestagswahlen zu kultivieren. Die Behauptung: das neue Mietrecht beschere Mietersteigerungen bis zu dreißig Prozent, lade die Hauseigentümer zur Ausbeutung ein und treibe die Rechtschaffenen in die Obdachlosigkeit.

Explosion und Ausbeutung fanden nicht statt. Ausweislich des jüngsten Mieten-Berichts kletterten die Wohnungsentgelte für 1983 um 5,3 Prozent. Haben die Hauseigentümer die Ladung zur Ausbeutung verschlafen?

Nein, wo der Markt es hergab und wo die Wohnungen durch faktischen Mietschopp besonders weit unter Normalniveau lagen, haben sie Mietersteigerungen kleineren Ausmaßes durchsetzen können. Daß dies gleichwohl nicht zum millionenfachen Elend führte, zeigen die gegenüber 1982 unveränderten Wohngeldzahlungen. Mietverhältnisse sind hierzulande überwiegend normal und partnerschaftlich.

Noch etwas Interessantes zeigt die Statistik. Im sogenannten sozialen Wohnungsbau steigen die Mieten am stärksten, im frei finanzierten dagegen am schwächsten. Wie das? Wo der Staat kräftig subventioniert, müßten die Preise eigentlich besonders niedrig sein, wo allein der private Bauherr investiert, wären Superprofite zu erwarten.

Tatsächlich erwiesen sich die Wirkungen des Marktes als überaus wohltuend. Wo man seine Kräfte sich wenigstens etwas entfalten ließ, drückte der Wettbewerb die Preise (wie im frei finanzierten Bau), wo aber marktförmer Kostenwirkten, sprunghafte Subventionen und Mietschopp einengend wirkten, zahlte für die Fehlsteuerung immer einer einen gepfefferten Preis: der Mieter. In letzter Zeit auch jene Wohnungsgesellschaften, die sich verkalkuliert haben.

In der Logik der statistischen Erkenntnisse liegt es, die Mietpreisbildung alsbald völlig freizugeben. Schon heute sind bestimmte Wohnungen in bestimmten Gegenden nur noch mit deftigen Abschlägen zu vermieten. Nach Jahrzehnten einengender Gesetzgebung müssen alle wieder lernen, den Preis für das Wohnen auch als ökonomischen wahrzunehmen. Am Ende stünde die Erfahrung, daß die Mieten nach der Freigabe nicht mehr doppelt so stark wie die allgemeine Teuerungsrate klettern müßten.

Pflichtfach Realismus

Von Peter Philipps

Pessimismus hat in unserer Gesellschaft seit einiger Zeit Hochkonjunktur. Folgerichtig scheint das Bekenntnis zu „No future“ in Schulen partiell zum Ersatz des Leistungs-Nachweises zu werden. Wer erinnert sich nicht noch an das, was über Lehrer-Umtriebe während der Nachrüstungsdebatte bekannt wurde: Kinder, die einen Atomangriff malen sollten, im sogenannten „die in“ das Sterben „spielen“ sollten, mit dem Körper „Schulfrei“ zu Demonstrationen gelockt wurden.

Das Übel an einer der Wurzeln, nämlich der Schule, zu packen, hat sich jetzt der Deutsche Lehrerverband vorgenommen. Optimismus solle wieder Einzug in die Klassen halten.

Optimismus als Pflichtfach? Gewiß nicht. Ein Erzieher muß Wissen vermitteln – auch über reale Gefährdungen für unser Leben, unsere Sicherheit und unsere Umwelt. Aber er hat auch die Pflicht, die Kinder zur Bewältigung von Problemen zu erziehen, sie, wie das auf neudeutsch heißt: psychisch belastbar zu machen.

Keinesfalls hat der Lehrer das Recht, geschweige denn die Pflicht, die ihm anvertrauten Kinder für seine privaten politischen Vorstellungen zu mißbrauchen.

Optimismus könnte man nicht anziehen, selbst wenn man es dürfte. Realismus ist gefragt. Kinder werden in die Schule geschickt, nicht, damit sie zu Neurotikern, sondern damit sie zu vernünftigen Menschen erzogen werden. Gewiß, Kinder sind – gottlob – belastbar, mehr, als manche glauben; sonst hätten die Politpädagogen schon irreparablen Schaden angerichtet. Immerhin, in einigen Jahren, vielleicht schon in diesem Sommer, werden viele Kinder fragen, was denn eigentlich aus dem angesagten Weltuntergang geworden ist. Und dann wird ihnen vielleicht nicht die adressierte „Angst“ bleiben, wohl aber ein tiefes Mißtrauen.

Dann lieber schweigen

Von Eugen Wolmarshof

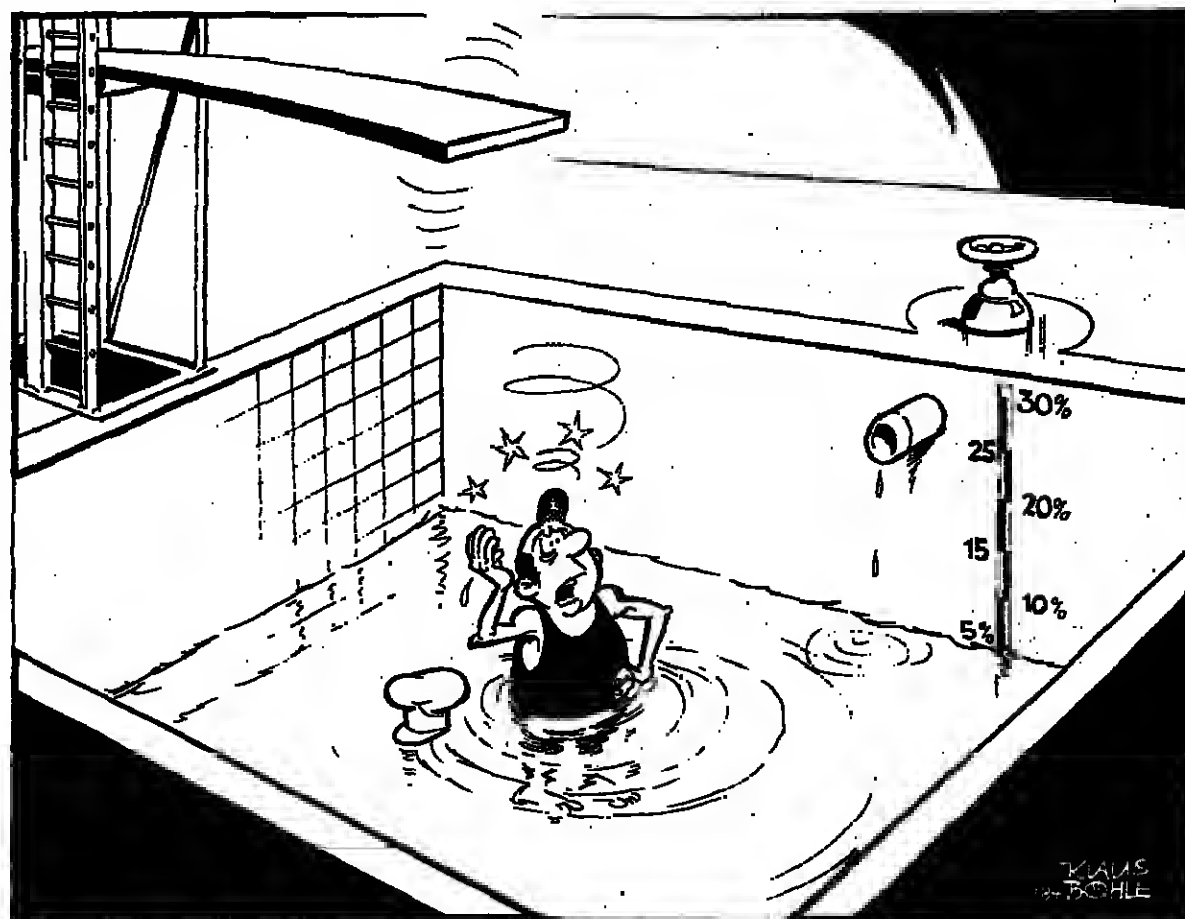
Ein merkwürdiges Urteil des Verwaltungsgerichts Münster wird zur Zeit in Polizeikreisen diskutiert. Die schriftliche Begründung liegt noch nicht vor. Es ist die Hoffnung der Polizei, daß entweder sehr überzeugende und vor allem einengende Überlegungen darstehen, oder aber daß Berufung eingelegt wird.

Es geht um die Frage, ob die Polizei, wenn sie eine vertrauliche Information erhält, die Vertraulichkeit auch wahren darf. In einem Strafverfahren waren zwei Männer wegen Diebstahls angeklagt. Einer legte ein Geständnis ab und wurde verurteilt. Der andere bestritt die Tat. Sein Name war der Polizei durch eine Anzeige bekannt geworden, die sie vertraulich zu behandeln versprach.

Nun hat das Verwaltungsgericht Münster den zuständigen Oberkreisdirektor dazu verurteilt, dem Polizeibeamten die Aussagegenehmigung zu erteilen. Wenn es bei dem Urteil bleibt, könnte also der Name des Informanten vor Gericht genannt werden – mit allen Konsequenzen, die das haben kann, von der Schadensersatzklage bis zur Privatrache.

Wobei klarzustellen ist: Es handelte sich nicht etwa um einen dieser Fälle von geheim oder gar nicht zu vernehmenden Zeugen, die in letzter Zeit diskutiert wurden. Hier geht es darum, ob man sich damit abfindet, den Angeklagten freizusprechen, wenn der Informant sich nicht melden will und keine anderen Beweise vorliegen.

Nach heutigem Recht in Nordrhein-Westfalen, sagte der Richter, könne Informationsschutz nur zugesichert werden, „wenn Nachteile für Bund oder Land nicht ausgeschlossen werden können“. Man versteht ja, daß Gesetzgeber und Justiz keine schrankenlose Denunziantenfreiheit wollen – und man versteht andererseits, daß sie, wenn sie keine anderen Beweise haben, gern den Informanten zur Zeugnisaussage zwingen würden. Man weiß aber auch, daß die Polizei auf Mithilfe aus der Bevölkerung angewiesen ist und dauernd dringende Appelle dazu veröffentlicht. Das gilt vor allem für die gefährlichen Kriminalitätsbereiche wie Terrorismus oder Rauschgift-handel. Wenn die Bürger den Eindruck bekommen, daß der Vertrauensschutz nicht absolut gesichert ist, dann kann das viele Menschenleben kosten.



„Heh – wieso ist der Mietpegel nicht höher?“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Laßt uns abhauen

Von Ernst Cramer

Zur Weihnachtsfeier der nach Libanon entsandten Marine-Infanteristen war der Senior der amerikanischen Späsmacher, Bob Hope, eingeflogen worden. Im Verlauf seiner launigen Ansprache fragte er seine, den traditionellen Trutzhahn verzehrenden Zuhörer: „Wißt ihr, was Beirut bedeutet?“ Allgemeines Kopfschütteln. „Wollt ihr es wissen?“ Allgemeines Kopfnicken. Und dann: „Beirut ist ein arabisches Wort und heißt Laßt uns von hier abhauen und nach Hause fahren!“ – Tosender Beifall.

Nicht nur bei den „Marines“ in Libanon, sondern in der ganzen amerikanischen Bevölkerung wird die Frage nach dem Sinn dieser in den Nahen Osten entsandten „Friedenstruppen“ immer lauter, immer dringlicher. Während ein überwältigender Prozentsatz der Amerikaner im vorigen Jahre die Besetzung Grenadas für richtig erachtete, ist heute die Zahl derer fast ebenso groß, die für eine möglichst schnelle Rückkehr der US-Truppen aus der Levante plädieren.

Die Mission der Marine-Soldaten und ihrer britischen, französischen und italienischen Kameraden begann im Sommer 1982. Die „Friedenstruppen“ sollten in der Gegend von Beirut Kontrollaufgaben der Israelis übernehmen und so deren Rückzug ermöglichen, sollten den Abzug der PLO-Einheiten und ihres Führers Yassir Arafat aus der libanesischen Hauptstadt überwachen und sollten allein schon durch ihre Präsenz eine Atmosphäre schaffen, in der die libanesischen Regierung wieder die Kontrolle im ganzen Lande übernehmen könnte.

Inzwischen hat sich die Situation grundlegend geändert. Der Rückzug der Israelis in den Süden des Landes hat nicht, wie Optimisten erwartet hatten, eine Ära des Friedens in den evakuierten Gebieten eingeläutet. Im Gegenteil: Die Gegensätze sind erneut und blutig aufgebrochen.

Drusen und Schiiten, von den Syrern angestachelt und unterstützt, bekämpfen die libanesischen Zentralregierung und die auf ihrer Seite stehenden christlichen Milizen. Der Bürgerkrieg ist wieder in



Möglichkeiten neuer Kontakte? Präsident Reagan mit Leutnant Goodman und dessen Mutter. FOTO: AP

er meinte, die Amerikaner seien in Libanon, „um Israel zu helfen“, die Italiener seien aber nur zum Schutz der Palästinenser nach Beirut gekommen.

Noch widersteht Präsident Ronald Reagan dem Druck, die Marines abzuziehen, den er in der Bevölkerung, im Parlament und sogar in der Führung der Streitkräfte verspürt. „Sollen wir den Terroristen den Sieg überlassen?“, fragt er seine Kritiker.

Aber er weiß auch, daß er sich um Auswege bemühen muß, um eines Tages einen ehrenhaften Rückzug der amerikanischen Soldaten möglich zu machen. So ist er weiterhin und in verstärktem Maße auf der Suche nach politischen Lösungen.

Angelpunkt dieser Bemühungen ist Damaskus. Dort hat Präsident Hafiz el-Assad den gefangenen amerikanischen Leutnant Robert Goodman auf Grund einer Interpellation des Bürgerrechtlers Jesse Jackson, eines innenpolitischen Gegners Reagans, freigelassen. Das war zwar als Öhrfrage für den amerikanischen Präsidenten gedacht, wird aber dennoch von diesem als Signal gewertet, daß es nun auch wieder zu diplomatischen Kontakten kommen könne.

Was allerdings auf diesem Weg erzielt werden kann, erscheint im Augenblick noch unklar. Kurzfristig ist an einen völligen Rückzug der Syrer aus dem Land nicht mehr zu denken. Sie betrachten zumindest einen Teil Libanons als ihr Glacis. Aber schon wenn Assad von ihm abhängigen Drusen, Schiiten und anderen aufständischen Gruppen in Libanon den Wink gäbe, den Bürgerkrieg zu beenden und einen Ausgleich mit dem Präsidenten Amin Gemayel zu suchen, wäre viel gewonnen. Das könnte eine Voraussetzung für eine Rückberufung der Marines sein.

Einer Lösung des wichtigsten Problems im Nahen Osten wäre man damit allerdings noch um keinen Deut nähergekommen, nämlich dem der Aussöhnung Israels mit seinen arabischen Nachbarn. Selbst Bob Hope verschlingt es zu diesem Thema die Sprache.

IM GESPRÄCH Hans-Joachim Mack

Von Koblenz zur NATO

Von Rüdiger Moniac

Schneller als ihm lieb ist, muß der „SKG“ in Koblenz die interessanteste Aufgabe für Heeresoffiziere wieder abgeben: die Führung eines großen Truppenverbandes. Generalleutnant Hans-Joachim Mack, der Kommandierende General des III. Korps, geht am 1. April zum obersten europäischen NATO-Kommando SHAPE im belgischen Mons und wird einer der zwei Vertreter des Oberbefehlshabers, des US-Generals Bernard W. Rogers. Mack kommt bis dann nur ein Jahr in Koblenz wirken. Derzeit schnelle Wechsel an der Spitze trägt ein Heeresverband mit einem Umfang von knapp 70 000 Soldaten kaum. Doch die angegriffene Gesundheit des jetzigen Rogers-Stellvertreters, General Dr. Günter Kießling, diktiert das. Kießling, obwohl noch fast zwei Jahre vor der Pensionierung, mußte sich deshalb zum Jahreswechsel vom Verteidigungsminister in den einstweiligen Ruhestand versetzen lassen.

Dieser Shape-Posten des „Deputy“ – neben dem Deutschen arbeitet auf dem zweiten ein Brite, gegenwärtig noch der Air Marshal Sir Peter Terry – gehört zu den schwierigsten in der Allianz überhaupt. Wirken kann auf ihm nur, wer zum „Saccor“ Rogers ein Verhältnis von Offenheit und Vertrauen findet. Von Mack sagt man, er sei ein zupackender Charakter, manchmal gar diplomatisch direkt in der Formulierung seiner Gedanken. „Bernie“ Rogers mag wohl solche milde Raubbeinigkeit, weil er nicht zu wenig selber davon hat. Und noch mehr wird den Saccor freuen, daß er in Mack einen Mitarbeiter bekommt, der sich im Shape-Stab, anders als Kießling, seit langem auskennt.

Bereits als älterer Stabschef arbeitete Mack in der Operationsabteilung von Shape, später von April 1981 bis März 1983, bevor er nach Koblenz ging, als stellvertretender Chef der Planungsabteilung und Zwei-Sterne-General. Mit Hochachtung sprechen deshalb Generalskamaraden von seiner „sehr großen Er-



Unverwundet schneller Wechsel: Generalleutnant Mack. FOTO: JUPP DÄRCHINGER

Erfahrung in der Allianz“. Mack spricht Englisch fast wie seine Muttersprache. Er lernte es bei längeren Aufenthalten in Großbritannien und einer zweijährigen Tätigkeit für die Briten in Nordafrika. All dies prädestiniert ihn, sich umgehend in den Arbeitsprozeß bei Shape einzugliedern.

Der Panzeroffizier des Jahrgangs 1928 trat als 24-Jähriger in die Dienste des Bundesgrenzschutzes, knapp vier Jahre später wechselte er zur Bundeswehr und gehörte damit zu jenen, ohne die der Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte nicht möglich gewesen wäre. Seine militärische Laufbahn blieb dann gekennzeichnet durch einen „gesunden Wechsel“ zwischen Verwendungen als Truppenführer und im Stab, später auch in internationalen Umfeld.

Als Rogers-Stellvertreter wird sich Mack in der Unterstützung und Beratung des Amerikaners auf einige Aufgaben konzentrieren müssen, deren Bewältigung für die Zukunft insbesondere der integrierten Militärorganisation von wachsender Bedeutung ist: die Entwicklung von Plannungen für die Allianz, in der einerseits die irgendwann nutzbaren neuen Technologien in eine andererseits adäquate Führung eingebettet werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Zur Frage des Kinderrechts bemerkt das Blatt:

Gewichtige Gründe sprächen dafür, die Grenze für den Nachzug ausländischer Kinder in die Bundesrepublik bei sechs Jahren zu ziehen. Nur wenn sie am Beginn des schulpflichtigen Alters in Deutschland sind, haben ausländische Kinder noch eine gute Chance, sich in die ihnen fremde deutsche Sprache einzufinden. Bundesinnenminister Zimmermann verlangt die Grenze beim Lebensalter sechs. Aber die FDP hat sich auf freien Nachzug auch noch für lährigjährige kapriziert. Was der nichterne Genscher wirklich davon hält, weiß man nicht. Aber auch, wenn er anderer Ansicht sein sollte – hier ist einer der kritischen Punkte, an denen er dem Baum-Fügel seiner Partei den Willen tun muß. Kohl wiederum will das Bündnis mit der FDP nicht belasten. So tritt nun die Union den Rückzug an.

WALL STREET JOURNAL

Zur Freilassung des US-Präsidenten Goodman aus arabischer Gefangenschaft heißt es:

Leutnant Robert Goodman, der gestern von Syrien freigelassene US-Marineflieger, verdankt sein Glück dem Präsidentenwahlkampf Jesse Jackson, schuldig Dank aber auch dem pluralistischen politischen Wettbewerbssystem der USA. Der syrische Präsident Assad ist anscheinend zu dem Schluß gelangt, daß es seinen eigenen politischen Zwecken dienlich sei, eine schwarze Geisel an einen Mann freizugeben, der das Amt

Ronald Reagans anstrebt... Der Syrer hoffte, zweifellos, die Position Jacksons bei den amerikanischen Wahlen zu festigen und jene Reagans vielleicht etwas zu schwächen. Dies ist nicht als Kritik an Jackson gedacht... Falls es eine Gefahr gibt, dann die, daß Jacksons Wahlkampf die Freilassung des Leutnants Goodman als Vorwand benutzen wird, um die USA als den Bösewicht im Nahen Osten und in der Welt ganz allgemein darzustellen. Aber wenn ein Kandidat einer solchen Verlockung zum Opfer fällt, kann die Wählerschaft ohne Zweifel damit fertigwerden.

LES ECHOS

Die Fackel Wirtschaftswissenschaften schreibt zu den Konflikten zwischen Regierung und Gewerkschaften:

In der Regierungsmehrheit geht irgendwo eine Spaltung durch die Reihen der politischen und der gewerkschaftlichen Linien. Die Talbot-Affäre hat sie an Licht gebracht. Für Pierre Mauroy bildet Talbot ein Konzentrat der heutigen Probleme: Beschäftigungslage, Erneuerung der Industrie, Gastarbeiter usw. Sie stellt aber auch eine große Frage. Man hätte gerne gewußt, ob sich die CPDT, die bisher ein treuer Begleiter der Macht haben gewesen ist, auf Dauer umorientiert hat? Wenn diese Frage bejaht wird, dann bekommt die jetzt offensichtliche Spaltung in den Gewerkschaften eine völlig neue Bedeutung. Sie stellt aber vor allem die Politik von Pierre Mauroy grundsätzlich in Frage. Er braucht den sozialen Zusammenhalt, um 1984 zu bestehen.

Vorerst ist es nichts mehr mit Lambsdorff-Indiskretionen

Das Gericht sieht das ganze Verfahren gefährdet / Von Enno v. Loewenstern

In der Sache Lambsdorff und andere hat das Landgericht Bonn dem Flick-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages eine recht schmerzliche Ohrfeige verpaßt. Es hat die Herausgabe von 36 Aktenbänden verweigert. Dabei kam sogar zur Sprache, daß wegen der Indiskretionen und der „unangehörlichen Publizität“ Zweifel daran geäußert worden seien, ob überhaupt noch ein unvoreingenommenes Verfahren möglich sei.

Das Gericht wandte ein, daß hier Beweisstücke vom Ausschuß angefordert wurden, die der Staatsanwalt nur mit Durchsuchungen und Beschlagnahmen erlangen konnte; mit rechtlichen Mitteln also, wie sie einem parlamentarischen Ausschuß nicht zur Verfügung stehen und daher wohl auch kaum indirekt zugute kommen können. Außerdem bestünde die Gefahr, daß durch öffentliche Erörterung des Falles „weitere Einzelheiten“ bekannt werden könnten – auf deutsch: daß die Vorverurteilung weitergeht.

Dahinter steht natürlich die simple Tatsache, daß ein Untersuchungsausschuß sich grundsätzlich überhaupt nicht in ein Strafverfahren einzumischen hat. Es ist das Wesen des gerichtlichen Verfahrens, daß ein Gericht die Klärung herbeiführt und nicht eine Parallelgruppe von politisch interessierten, die mit ausgewählten Aktenstücken Volleyball zu Lasten der Beschuldigten spielen könnte. Erst wenn das Verfahren abgeschlossen ist, ist normalerweise eine Überprüfung des Falles durch die Legislative denkbar.

Freiflich bleibt die Frage, ob sich in den angeforderten 36 „Beweismittelordern“ überhaupt Beweise befinden. Das jedenfalls, was im Falle des Grafen Lambsdorff relevant genannt werden kann, läßt sich in einer Papierserviette unterbringen. An dieser Stelle (WELT vom 30. Dezember) wurde schon darauf hingewiesen, daß gegen Graf Lambsdorff nicht das geringste an Beweisen vorliegt – nur eine Liste des Hauses Flick, auf der Geldbeträge „wg. Graf Lambsdorff“ genau so notiert wurden wie „wg. Matthöfer“, „wg. Lahnstein“ oder „wg. Brandt“, in deren Fällen die Staatsanwaltschaft begriff, daß

die Liste kein Beweismittel gegen Dritte ist.

Gegen Graf Lambsdorff gilt ferner als Beweis, daß ein Flick-Bewillmächtigter sich nach einigen – nicht einmal allen – dieser Geldentnahmen mit ihm verabredet hatte. Das war allerdings auch bei Matthöfer der Fall. Da aber gibt die Staatsanwaltschaft sich überzeugt, daß das Geld „wg. Matthöfer“ (und anderen) in Wahrheit an den SPD-Parteikassierer Nau ging, der das bestreitet. Im Fall Lambsdorff schießt sie hingegen aus, daß es an einen FDP-Kassierer Karry ging, obwohl sie hierzu keinen Schatten eines Ausschließungsbeweises in Händen hat.

Auch die Behauptung, daß die Summen „wg. Lambsdorff“ als „Bestechlichkeit“ und nicht als „Vorteilsannahme“ zu qualifizieren seien, wurde ohne jeden Anhaltspunkt in die Anklage gesetzt. Wenn er das Geld bekommen hat, so argumentiert diese Behörde dieses Rechtsstaats, so muß das in der Absicht geschehen sein, „daß mit diesen Barzahlungen Einfluß auf die zu treffenden Entscheidungen

genommen werden sollte“. Und nun kommt's: „Wenn er unter diesen Umständen das Geld entgegennahm, so erklärte er sich konkludent... bereit, dem erhaltenen Vorteil Einfluß auf seine Entscheidungen zukommen zu lassen.“

Dieser ohnehin abenteuerliche Kunstgriff bekommt einen besonderen Hautgout dadurch, daß die Staatsanwaltschaft selber zugibt, Graf Lambsdorff habe von Angelegenheiten eine „positive Grundeinstellung“ zu der Steuerbefreiung von Flick gehabt – genau wie übrigens der damalige Bundesfinanzminister Matthöfer, der das Vorhaben Flicks ebenfalls für volkswirtschaftlich vernünftig hielt.

Für eine ehrliche Beweisführung würde also ein Beweismittelordern von der Dicke eines Schulheftes genügen: hier steht ein Name in dieser Lobbyistenliste; Quittungen haben wir nicht, Zeugen haben wir auch nicht, der Flick-Revollmächtigte selber bestreitet die Übergabe der Geldsummen an die „wg“-Adressaten – das ist alles. Ob das im Rechtsstaat ausreicht, jemanden auch nur zu verdächtigen, geschweige denn zu verurteilen, ist in

fünf Minuten geklärt. Zumal dann, wenn es im Falle einer Partei reichen soll und im Falle der anderen Partei nicht.

Aber die Staatsanwaltschaft legt viele Dutzende von Beweismittelordern vor und benannte eine kriegsstarke Kompanie von Zeugen, die alles Mögliche, aber nichts über Geldübergaben erzählen können. Kann das dem Zweck dienen, das Gericht in einer Papierflut zu ertränken und das Verfahren zum Nachteil aller Beschuldigten hinauszuziehen; hofft man womöglich auf weitere stimmungsmachende Effekte aus irrelevanten Unterlagen? Aber gewiß nicht. Franzbrun ist ein ehrenwerter Mann. Das sind sie alle, alle ehrenwert. Der deutsche Richterbund hat es uns bestätigt, in begnadeter Unkenntnis der Akten dieses wahrhaft bewegenden Falles. Lassen wir diese Fragen vorerst beiseite, schließen wir aber nicht aus, daß sich eines Tages tatsächlich noch ein Untersuchungsausschuß mit diesem einzigartigen Stoff beschäftigen wird. Oder eine Enquete-Kommission Rechtsstaat.

Lateinamerikas heimliche Hauptstadt

Er hat es sicher nicht gewollt, aber in Miami ist man sich einig: Fidel Castro hat mit seiner Revolution vor 25 Jahren den Startschuss zu einer rasanten Entwicklung der Florida-Metropole gegeben. Wann immer es seither in Lateinamerika kriselte, spürte es Miami: Es kamen Menschen und Kapital.

Von WERNER THOMAS

Ein Hinweis auf die vielen Geschäfte symbolisiert am besten: Miamis Metamorphose. „English spoken“, meldet sich heute die Sprache der Minderheit. Diese US-Metropole wurde durch eine friedliche Invasion für eine andere kulturelle Welt erobert. „Wir sind eine lateinamerikanische Stadt geworden“, sagt Bürgermeister Nance Ferré, ein Portorikaner.

Einwanderer-Ströme haben schon oft das Gesicht der Vereinigten Staaten verändert, diese Welle sollte jedoch deutlichere Spuren hinterlassen: Bis zur Jahrhundertwende werden zwischen zehn und fünfzehn Prozent der gesamten US-Bevölkerung lateinamerikanischer Abstammung sein, mehr als 30 Millionen. Nur wenige lateinamerikanische Länder zählen so viele Einwohner. In Los Angeles und New York leben mehr „Latinos“ als in Miami, 1,6 und 1,3 Millionen gegenüber 240 000. In Miami mit fast 400 000 Einwohnern stellen sie jedoch 60 Prozent der Bevölkerung.

Viele Lateinamerikaner lernen nie Englisch, weil sie sich ständig in einer spanischsprachigen Umgebung bewegen. Drei Fernseh-Kanäle und acht Rundfunkanstalten senden spanische Programme. Ebenso klar wie die örtliche Konkurrenz lässt sich „Radio Revolución“ aus der kubanischen Provinz Matanzas empfangen. Zwei Tageszeitungen, „El Herald“ und der „Diario de las Americas“, erscheinen in spanischer Sprache.

Wenn eine Angestellte der Telefongesellschaft „Southern Bell“ sämtliche Rechnungen annimmt, meldet sie sich gewöhnlich mit „buenos dias“ und erläutert ihr Anliegen auf Spanisch. 80 Prozent der Taxifahrer tragen spanisch klingende Namen. Lateinamerikanern gehören 300 Restaurants und alle dreißig Zigarrettenfabriken. Abends besuchen die Menschen sportliche Veranstaltungen, die kein echter Yankee mag: Jai-Alai, beispielsweise, das schnelle spanische Korbball-Spiel, Hunderennen, Hahnenkämpfe.

Am spanischsten ist Miami freilich an der „Calle Ocho“, der achten Straße, dem Herzen des Stadtteils „Little Havana“. Dort gibt es „Café Cubano“, das starke schwarze Getränk, „Pastes“ (Gibbels), „Batidos“ (Fruchtgetränke), „Hamburguesas“ (Hamburgers). Es herrscht kein Mangel an

„Gasolineras“ (Tankstellen) oder „Farmacias“ (Drogerien). Die Drogerie „Mini Price“ an einer Seitenstraße gehört Juanita Castro, der Schwester des kubanischen Führers.

Fidel Castro hat den wohl entscheidenden Beitrag zur Lateinamerikanisierung der Florida-Metropole geleistet: Da er seine Revolution in marxistische Bahnen lenkte, trieb er einen großen Teil der Mittelklasse in die Flucht. Von etwa 800 000 Kubanern, die seit 1959 in die Vereinigten Staaten flohen, ließen sich fast 500 000 in Miami und Umgebung nieder.

Die Flüchtlinge, unter ihnen viele Geschäftsleute, Bankiers und Fachkräfte, vollzogen in ihrer neuen Heimat wiederum revolutionäre Veränderungen. Miami, in den sechziger Jahren noch ein ödes Provinznest, das von den Dollars der Touristen und Pensionäre existierte, wurde plötzlich ein internationales Banken- und Handelszentrum. „Wir müssen Castro dankbar sein“, sagt Bürgermeister Ferré. „Ohne ihn wären wir nicht so weit gekommen.“

Miami ist heute nach New York das wichtigste internationale Bankenzentrum der USA. In den letzten fünf Jahren wuchs die Zahl der hier vertretenen Banken von zehn auf siebenzig. Auch die Dresdner Bank und die Deutsche Südamerikanische Bank ließen sich in der Florida-Metropole nieder. Entlang der Brickell Avenue schossen die Gasse für die Geldindustrie wie Pilze aus dem Boden. Die Banken verändern die Skyline der Stadt. Der 260 Meter hohe Turm der South-East Bank dominiert heute das Zentrum.

Multinationale Konzerne entdecken Miami als idealen Ort für die Lateinamerika-Geschäfte. In Coral Gables, einer vornehmen Vorstadt mit Kanälen, Golfplätzen und Parkanlagen, befinden sich die Operationszentren von 110 Firmen: Exxon, Gulf Oil, Dow Chemicals, Coca Cola und TIT haben hier ihre Lateinamerika-Hauptquartiere eingerichtet. Europäische Unternehmen folgten diesem Beispiel, auch deutsche. Im Süd-Florida florieren 36 deutsche Tochterfirmen, von Kugel-Fischer (Schweinfurt) bis Volkswagen Interamericana, eine Vertriebsgesellschaft für Lateinamerika. Selbst kolumbianische, venezolanische und brasilianische Konzerne verlegen ihre Lateinamerika-Büros nach Miami. Ein venezolanischer Unternehmer erläutert: „Das Telefon funktioniert, die politische Sicherheit ist garantiert und die Flugverbindungen sind optimal.“

Der Miami International Airport, ein hektischer Taubenschlag, nur zehn Minuten von Coral Gables entfernt, bietet wöchentlich mehr als 800 Flüge in die Karibik oder nach Lateinamerika. Von Miami aus lassen sich Santiago, Caracas oder La Paz leichter erreichen als von Rio oder Buenos Aires. Miami entwickelte sich zum Verkehrsknotenpunkt der

Region. Jaime Roldos, der vor zwei Jahren bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommene Präsident Ecuadors, hat Miami einmal „die heimliche Hauptstadt Lateinamerikas“ genannt. Miami ist zumindest die Hauptstadt des Kapitals.

Wohlhabende Lateinamerikaner bringen ihr Geld mit Vorliebe nach Florida. Fred Smith, der Präsident der größten Maklerfirma (The Keys Company) schätzt, daß in den letzten zehn Jahren 35 Prozent aller Erschließungsprojekte im Süden Floridas von lateinamerikanischen Investoren finanziert worden sind. Lateinamerikaner hätten 60 Prozent aller Eigentumswohnungen mit Seeblick an der Brickell Avenue gekauft. Smith bekennt offen: „Je unsicherer die Verhältnisse da unten werden, desto mehr Geld strömt zu uns.“

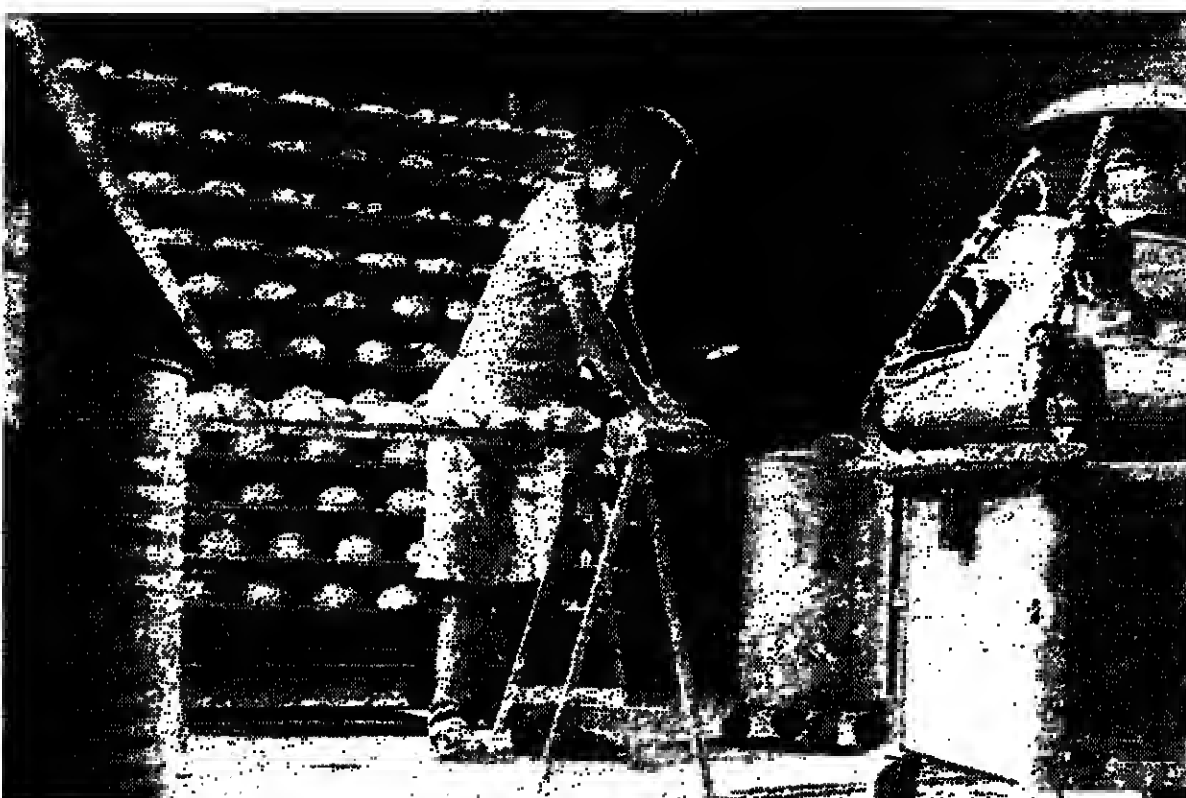
Die Banken und Grundstücksfirmen profitieren von jeder politischen Krise im Süden. Als die sandinistischen Comandantes vor vier Jahren die Macht in Managua übernahmen, setzten sich viele reiche Nicaraguaner nach Miami ab. Der gestürzte Diktator Anastasio Somoza, der später in Paraguay ermordet wurde, besaß eine Villa in Miami Beach. Seine Frau Hope wohnt heute in Key Biscayne. Den Nicaraguanern sind Salvadorianer und Guatemalteken gefolgt. In den letzten zwei Jahren kam besonders viel Geld aus Venezuela und Kolumbien. Und je schlimmer die wirtschaftlichen Probleme in Argentinien und Brasilien wurden, desto mehr Geld erreichte Miami aus diesen Ländern.

Aber auch die Armen kommen. In den siebziger Jahren erreichten 40 000 Haitianer mit oft kaum sechshundert Dollar die Küsten Floridas. Obgleich die Küstenwache heute schärfer kontrolliert, schafft mindestens ein Schiff im Monat das Fluchtziel. Schätzungen zufolge sind tausende Haitianer auf dem Weg ins gelobte Land ertrunken.

Fidel Castro ließ vor dreieinhalb Jahren 125 000 Kubaner ziehen. Die meisten gingen freiwillig, zwischen 4000 und 5000 Personen mußten jedoch in die Boote klettern: Häftlinge und Patienten psychiatrischer Kliniken. Miami erlebte danach eine beispiellose Mordwelle. Diese Einwanderer waren für ein Drittel aller Gewaltverbrechen verantwortlich.

Heute strömen mittellose Mittelamerikaner in die Stadt, die über die poröse Grenze zwischen Mexiko und Texas illegal auf den Boden der USA gelangen konnten. Die „legales“ tauchen in Fabriken oder Restaurants unter, wo sie für niedrige Löhne arbeiten. Die Zahl dieser Salvadorianer, Nicaraguaner und Honduraner soll sich bereits zwischen 50 000 und 100 000 bewegen.

Bürgermeister Ferré meint: „Miami boomt. Hier passiert alles viel schneller, dramatischer und schmerzvoller als anderswo. Aber: Miami gehört die Zukunft, da bin ich sicher.“ (SAD)



Der Meister backt Brötchen - sein Lehrling darf bisher zu so früher Stunde noch nicht dabei sein. FOTO: URS ODERMATT

Warum der Lehrling vom Bau mit dem Taxi vorfährt

Die Regierung hat gestern Vorschläge zur Änderung der Arbeitszeit-Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes vorgelegt. Mit ihnen sollen einige Merkwürdigkeiten bei der Berufsausbildung beseitigt werden.

Von EBERHARD NITSCHKE

Auszubildende sind in den letzten Jahren mitunter für die Betriebe zur Belastung geworden, weil Rücksichtnahmen, festgelegt im Jugendarbeitsschutzgesetz, zu skurrilen Sachverhalten führten.

Bei der Baufirma Meier wird der Lehrling mit dem Taxi zur Montagestelle nachgeholt. Die ganze Mannschaft ist schon per Fahrgemeinschaft zum Arbeitsbeginn um sechs Uhr auf dem Gerüst, der Auszubildende aber darf laut Gesetz erst um sieben Uhr anfangen.

Der Bäcker- und Konditormeister Volker Göggehn, Obermeister seiner Innung in Mainz, sieht einen Jahrgang von Lehrlingen nach dem anderen durch die Backstube ziehen, ohne daß die Buben wissen, wie manche Brötchensorten überhaupt aussehen. Der Grund: Bäckerlehrlinge dürfen nach den Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht vor sechs Uhr früh vor den Ofen antreten, obwohl die Hauptarbeit für den Meister und die Gesellen schon um vier Uhr anfällt. Wer Ehrgeiz hat und die Sache mit den Brötchen trotzdem sehen wollte, riskierte Rügen und Strafen, vor allem für den Arbeitgeber.

In der Schreinerei Müller will ein ausgezeichnetes geeignetes Mädchen als „Auszubildende“ eintreten. Das Eintreten ist kein Problem, der Meister will sie gern übernehmen, nur mit dem Ausreten hapert es: Bei Müller schaffen schon zehn Mitarbeiter, er ist also gehalten, laut gesetzlicher Bestimmung für diese Größenordnung von Firma eine Damentoilette zu installieren. Müller macht eine Überschlagsrechnung und verzichtet - ein Ausbildungsplatz ist verloren.

Obwohl seit Jahren Handwerksorganisationen, Arbeitgeber und Parteien auf solche Ungerechtigkeiten hinweisen, ist ein Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 10. Juni 1983 bisher nicht Gesetz geworden. Der Entwurf sah vor, daß Arbeitszeitvorschriften so geändert werden sollten, daß auch Jugendliche durch Beschäftigung bis 8½ Stunden täglich zu einem freien Wochenende kommen können. Der vorgeschriebene feste Acht-Stunden-Tag für Auszubildende bewirkt, daß für sie in den Betrieben immer eine „Extrawurst“ gebraten werden mußte.

Im Entwurf war auch vorgesehen, daß über 17-Jährige in Bäckereien auch schon mit den anderen um vier Uhr früh anfangen können, im Fleischergewerbe um sechs Uhr, ebenso in Krankenhäusern. Auch sollten Jugendliche über 16 Jahre in Schicht-Betrieben ab sechs Uhr und bis 23 Uhr auch in einem Ausbildungsverhältnis arbeiten dürfen.

„Durchlöchert wie ein Schweizer Käse“

Diese Vorschläge hat jetzt der Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums übernommen und zusätzlich unter anderem eingefügt: zulässiger Arbeitsbeginn grundsätzlich um sechs Uhr, Ausnahme von der Samstaggrube für das Kraftfahrzeughandwerk und Streichung der „Anzeigepflicht“ für das Gaststättengewerbe vor der Beschäftigung an einem Samstag. Denn wenn bisher ein Hotelbesitzer seine Auszubildenden auch einmal bei der großen Hochzeit oder dem Festessen der Industrie- und Handelskammer am Wochenende einsetzen wollte, mußte er vorher seiner Verwaltungsbehörde davon Anzeige machen.

Angesichts dieser Situation war das Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976 nach den Worten des Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, „durch Ausnahmeregelungen durchlöchert wie ein Schweizer Käse“. Den generellen Arbeitsbeginn um sieben Uhr früh konnten Binnenfischer, Bäcker, Bergbau und Hüttenwerke, Kinderheime, Gaststätten-Betriebe und viele andere nicht akzeptieren, in der Landwirtschaft mußte das Melken ab fünf Uhr durch Auszubildende erlaubt werden, weil die Kühe nicht bereit waren, sich einer in Bonn aus-

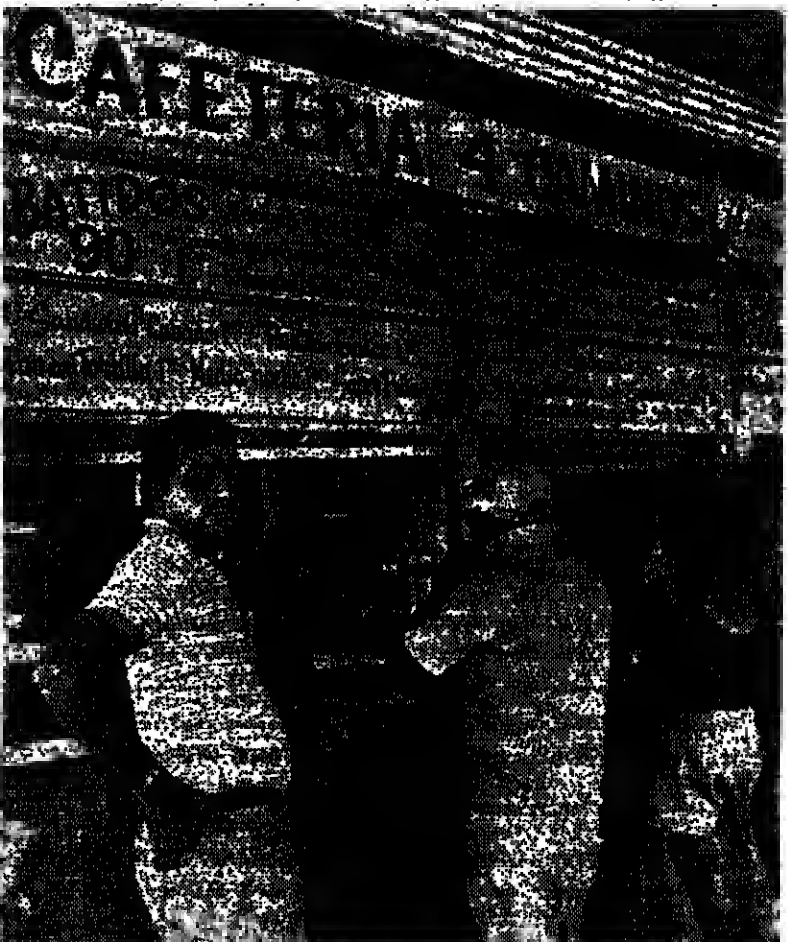
gedachten Regelung anderer Art anzupassen.

Eine „Verordnungsermächtigung“ gab dem Bundesarbeitsminister das Recht, stets weitere Ausnahmen durch Rechtsverordnung zuzulassen. Bis 1982 wurde davon kein Gebrauch gemacht. Mit dem 1. August 1983 ordnete Minister Norbert Blum im Rahmen einer auf vier Jahre befristeten Verordnung an, daß nunmehr in Krankenhäusern Jugendliche über 17 Jahre ab sechs Uhr arbeiten durften, ebenso in Fleischereien, in der Textilindustrie, auf Bau- und Montagestellen, in der Tierhaltung und (ab 16 Jahre) auch in Brauereien.

Damit entfielen schon Bilder, wie sie das Fernsehen auf einer Aachener Baustelle einfing: Während auf dem Bau noch kräftig gemauert wurde, saßen die „Azubis“ im Schatten und spielten, auf die gemeinsame Heimfahrt aller Betriebsangehörigen im Werkbus wartend. Skat, weil sie nur bis 17 Uhr beschäftigt werden durften. „Brötchen werden halt in der Früh gebacken, und das sollte der Auszubildende schon mitbekommen“, hat der Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Bäckerhandwerks, Rainer Gassen, als Fürsprecher für eine Novellierung des betreffenden Gesetzes gemeint.

Was für die Inhaber von Handwerksbetrieben und für Arbeitgeber sinnvoll erschien, wurde aber schon bei der ersten Diskussion um eine Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes von den Gewerkschaften erbittert bekämpft. Das Ganze sei ein „Versuch, die Ausbildung an den Beschäftigungsanfall in den Branchen anzupassen“, hieß es, und: „Der Gesetzentwurf verstößt gegen das Sozialstaatsgebot“. In der Anhörung, die dem jetzigen Referentenentwurf vorausging, sagte die ehemalige Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, die Bundestagsabgeordnete Anke Fuchs (SPD): „Der Bundesarbeitsminister Blum hat sich vorgenommen, den Bundesrat und dessen Vorschlag zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes noch reaktionär zu überholen.“

Der Minister aber will jetzt das durchsetzen, was ihm 1976 nicht gelang. Eine noch flexiblere Regelung der Arbeitszeitvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes soll den Tarifvertragsparteien überlassen werden.



Ein Inbiss in „Little Havana“. Wer spricht schon Englisch? FOTO: KATHY WILLIAMS

Spaniens Polizei ruft nach „justicia“

Gewaltkriminalität und Terrorismus scheinen in Spanien die Ordnungsmächte zu überfordern. Die Polizei klagt über unzureichende Ausrüstung und Rechte, aber auch darüber, daß ein überlasteter Justizapparat Erfolge der Polizei wieder in Frage stellt.

Von ROLF GÖRTZ

Die Szene ist Alltag geworden: Ein Sarg, darauf eine Fahne und - Polizeiform-Mützen, links und rechts die Kameraden des Beiers und eine trauernde junge Frau. Die Polizeioffiziere daneben und der Innenminister, der die Frau zu trösten versucht.

Eine Szene dieser Woche. Zwei von über dreihundert toten Polizisten der letzten Jahre werden zu Grabe getragen. Diesmal in Madrid. Als die Särge der beiden von Terroristen erschossenen Polizisten einer normalen Straßenstraße aus der Kirche getragen werden, ertönt plötzlich der Ruf: „Laßt endlich Gerechtigkeit walten!“ Laut pflanzt er sich durch die Reihen fort. Und als der Minister zum Ruf: „Es lebe Spanien - es lebe der König“ aufsteht, schallt es im Chor der Polizisten in zivil: „Viva la justicia!“ - Kein Hochruf, sondern eine Forderung. „Justicia“ bedeutet für sie all das, was ihrer Meinung nach fehlt, vor allem die Möglichkeit, härter durchzugreifen.

Spaniens Polizei steckt in einem tiefen Dilemma: „Wir stehen zwischen einer Bevölkerung, die uns die Explosion der Verbrechenswelle vorhält, und einer Justiz, die morgen die Verbrechen freiläßt, die wir heute fangen“, kommentiert ein Polizist die Lage.

Wozu das führt, schildert ein Kneipenwirt im Madrider Norden: Sie kamen zu viert. Zwei noch junge Polizisten, rot vor Wut, und zwei verärgerte junge Leute. Die Polizisten bestellten „vier Bier“, tranken, knallten ihre leeren Gläser auf die Theke, zahlten und sagten den Jungs: „Wenn ihr fertig seid, haut ab!“ Folgendes war geschehen: Nach einer intensiven Fährndung hatten sie eine Bande ausgemacht, die mit vorgehaltenen Messern Passanten ausraubte und so es

nen ganzen Stadtteil terrorisierte. Da die zahlenmäßig völlig überforderten Richter nur noch Delinquenten „annehmen“, die auf frischer Tat ertappt wurden -, war das keine leichte Arbeit. Von den letzten beiden Ganoven aber erfuhr die Polizei, daß der vor zwei Tagen festgenommene ältere Chef der Bande bereits wieder auf freiem Fuß war. Und also machten sie sich selbst zum Richter und ließen auch die beiden wieder laufen.

Im Sommer entließen die Gefängnisse 7000 Untersuchungshäftlinge. Eine Notmaßnahme, um die Ordnung in den in den letzten Jahren gefährlich überfüllten Anstalten wiederherzustellen. Schlagartig stieg die Verbrechensrate um 25 Prozent. An erster Stelle steht das Drogenproblem: 90 Prozent vor allem der Gewaltverbrechen werden von Süchtigen begangen.

Die Wut der Bevölkerung aber richtet sich gegen die Polizei: „Wir sind schutzlos“, beschwerte sich ein Dutzend von Ladeninhabern der Madrid Hauptgeschäftstraße Gran Via, denen sich die internationalen Fliegengesellschaften und Reisebüros angeschlossen. Täglich werden auf einer Strecke von wenigen hundert Metern Überfälle gemeldet. Messerstecher und Pistoleros kassieren in Friseurläden auch bei den Kunden ab.

Hilfessuchende kommen jedoch auch aus dem Staatsapparat selbst. So stellen die - laut Gesetz unbewaffneten - Gefängnisbeamten von Málaga dieser Tage nach einem verzweifelten Aufruf an die Justizbehörden in Madrid fest: „Wir sind nicht mehr in der Lage, die Menschenrechte in unserem Gefängnis zu garantieren.“ Aber das sind sie schon seit Jahren nicht mehr, seit ein Gefängnisdirektor von Häftlingen mehrmals vergewaltigt wurde. Der jetzige Hilferuf kam nach einem Mord an einem Gefangenen durch Mithäftlinge. Die „Ordnung“ in manchen spanischen Gefängnissen diktiert die stärkste Bande, die gefahrlos eingeschmuggelte Drogen verteilt und zuschlägt, wenn der Aufpreis nicht bezahlt wird. Eine Zeitlang wurde jede Woche in einem der Gefängnisse ein Mord gemeldet.

In Spanien existieren vier verschiedene Polizeien: Die Gemeindepolizei, die den Verkehr regelt und die Preise

auf den Märkten überwacht. Neben der Nationalpolizei, der früheren „Policia Armada“, wird die Gemeindepolizei immer mehr auch in den Streifendienst mit einbezogen. Parallel zur uniformierten Nationalpolizei und ihr zugehörig arbeitet die Kriminalpolizei. Draußen auf dem Lande, in den Häfen und an den Grenzen soll die Guardia Civil die Ordnung sicherstellen. Sie übernimmt auch die Verkehrsstreife auf den Autobahnen. Als vierte Gruppe steckt noch in den Anfangsschritten die Landespolizei in Baskenland und in Katalonien.

So wie sich zwei linksgerichtete Polizeigewerkschaften für das Streikrecht einsetzen - und von einem zuständigen Gericht auch das Recht zugesprochen erhielten -, so beschwerte sich das rechtsgerichtete Berufssyndikat der Kriminalpolizei über die unzulängliche Ausrüstung. Sie führen die vielen Todesopfer des

Terrorismus auf die „politisch gesteuerte“ Umstrukturierung zurück, vor allem aber auf mangelhafte Informationspolitik. Schon vor drei Jahren schimpften sie: „Wir Polizisten werden ausgebeutet, schlecht bezahlt und noch schlimmer ausgerüstet.“

Die beiden Innenminister der letzten Jahre, Roson und Barriomuevo, kamen den Beschwerden und Erkenntnissen der Polizei nach. Sie fanden auch Anerkennung in der Bevölkerung. Wesentliche Arbeit leisteten sie mit dem Plan ZEN zur Bekämpfung des Terrorismus nach ganz modernen Regeln. Beifall fand auch ganz der Plan zur Schwerpunktbehebung des Verbrechens in den Städten. Bis all dies aber funktioniert, bis auch die Justiz ihre Zöpfe abgeschnitten hat und endlich mehr Richter einsetzt und neue Gerichte schafft, werden wohl noch Jahre der Spannung ins Land gehen. (SAD)



Die Herausforderer der Staatsmacht: ETA-Terrorist beim „Training“ FOTO: ETIENNE MONTES/GAMMA

WIE WAR DAS? Als sich zwischen Vatikan und USA neue Kontakte anbahnten

Von F. MEICHESNER

Mit der unmittelbar bevorstehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vatikan findet eine lange Normalisierungsentwicklung ihren Abschluß, die nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen Washington und dem päpstlichen Hof im Jahre 1868 schon vor mehr als vier Jahrzehnten begonnen hatte.

In den unter Paul VI. publizierten vatikanischen Akten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges findet das Problem der amerikanisch-vatikanischen Beziehungen seine erste Erwähnung in einem am 23. Oktober 1939 datierten Brief des damaligen New Yorker Erzbischofs Spellman an Kardinalstaatssekretär Maglione. Darin heißt es: „Hin und wieder während der letzten zwei Jahre hat mich der Präsident der Vereinigten Staaten (Roosevelt) zu Gesprächen über verschiedene Dinge eingeladen, darunter auch über die Möglichkeit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zum Heiligen Stuhl. Der Präsident hat sich stets sehr bereit gezeigt, dieses Projekt durchzusetzen.“ Der erste praktische Schritt in diese Richtung sei die Ernennung des amerikanischen Botschafters in London, Joseph P. Kennedy, zum außerordentlichen Gesandten des Präsi-

den anlässlich der Krönung Pius XII. gewesen. Bei einem Frühstück zu zweit habe Roosevelt schließlich dem Erzbischof am 24. Oktober 1939 seinen Plan enthüllt, eine Sondermission für den Vatikan zu bestellen, die sich vor allem mit Friedens- und Flüchtlingsfragen befassen solle.

Am 23. Dezember desselben Jahres teilte Roosevelt dem Papst in einem Schreiben seinen Entschluß mit, einen „persönlichen Vertreter“ an den Vatikan zu entsenden. Spellman wurde am selben Tag informiert, daß dieser persönliche Vertreter bereits ernannt sei. Es war Myro C. Taylor, für dessen Bestellung man nicht einmal formell das Akzept des Heiligen Stuhls eingeholt hatte.

Der apostolische Delegat in Washington, Cigognani, bemerkte in seinem Bericht an das Staatssekretariat etwas düpiert: „Vielleicht erscheint, bei so viel Eile, nicht alles den Normen zu entsprechen.“ Und er fügte hinzu: „Dieser Vertreter des Präsidenten der Vereinigten Staaten beim Heiligen Stuhl hat für sich keinen permanenten Charakter. Dazu dürfte es eines Aktes des Kongresses. Aber alle begreifen, daß mit dieser Entscheidung die Würfel gefallen sind.“ Pius XII. stimmte freudig zu.

Bis die Würfel wirklich fielen, vergingen dann freilich noch mehr als vier Jahrzehnte. Erst vor einigen Wo-

chen revidierte der amerikanische Kongreß mit einem „Amendment“ den Akt von 1867, mit dem - im Zeichen der damals vorherrschenden Antipathie - alle finanziellen Mittel für eine diplomatische Vertretung beim päpstlichen Hof gestrichen worden waren. Roosevelts Vertreter Taylor hatte auf Grund dieser Streichung - ebenso wie seine von Nixon, Ford, Carter und Reagan ernannten Nachfolger Cabot Lodge, Wagner und Wilson - sowohl auf diplomatischen Status als auch auf ein ordentliches Gehalt verzichten müssen. Und der apostolische Delegat in Washington war offiziell nicht als Diplomat akkreditiert, sondern Vertreter des Papstes beim amerikanischen Episkopat.

Roosevelt konnte seinerzeit den ersten Schritt zur Wiederanknüpfung der Beziehungen zum Papst mit der außerordentlichen Lage der Kriegszeit rechtfertigen, die dem Vatikan eine potentielle Mittlerrolle und umfangreiche humanitäre Aufgaben zwies. Trotzdem sah er sich gezwungen, zur Beruhigung der inneramerikanischen Opposition gleichzeitig mit seinem Schreiben an den Papst analoge Briefe an die Repräsentanten des Protestantismus und des Judentums zu senden, in denen er einlud, ihn hin und wieder zu Lagegesprächen aufzusuchen.

Börner kommt Grünen noch mehr entgegen

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat in einem weiteren entscheidenden Punkt Entgegenkommen gegenüber den Grünen signalisiert. In einem Schreiben an die Grünen-Verhandlungskommission erklärt er sich nicht nur - wie schon früher - zu einem Nachtflugverbot für die neue Startbahn West bereit, sondern hält auch ein nächtliches Flugverbot für laute Maschinen „ab einem noch exakt festzulegenden Zeitpunkt 1984/85 für möglich“. Darüber hinaus will er versuchen, das Nachtflugverbot „zu einem möglichst frühen Zeitpunkt“ auch auf sogenannte leise Flugzeuge auszudehnen, bei den Amerikanern eine „entscheidende“ Reduzierung des nächtlichen Fluglärms von Militärmaschinen zu erwirken.

Für die Grünen im hessischen Landtag sagte dann Bernd Messinger, diese Erklärung Börners sei „nicht unwichtig für die Beurteilung der Gesamtergebnisse“ in den Verhandlungen zwischen SPD und Grünen. Ebenfalls „nicht unzufrieden“ nehme seine Landtagsgruppe zur Kenntnis, daß der Ministerpräsident „unsere Forderung auf Verzicht auf Schadenersatz“ gegen Demonstrationen an der Startbahn West nunmehr nicht ablehne. Auch dies müsse in die abschließende Bewertung der Verhandlungsergebnisse zwischen den beiden Delegationen einbezogen werden.

Keine Erleichterung für Waffenexporte

Die Bundesregierung hat klargestellt, daß keine Richtlinien für einen erleichterten Waffenexport vorbereitet werden. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Entwicklungsmittelministerium, Volmar Köhler (CDU), dementierte entsprechende Erklärungen der SPD-Politiker Uwe Holz und Günter Schluckebier vom Anfang der Woche. Köhler betonte zugleich, die neue Bundesregierung habe immer wieder bekräftigt, ihre Waffenexport-Politik sei „restriktiv“ angelegt. Köhler verteidigte die von der Bundesregierung beschlossenen und der SPD kritisierten Kürzungen der Verpflichtungsermächtigungen. Der Entwicklungsmittelminister habe von seinen SPD-Vorgängern Gesamtsummen von der Dritten Welt von etwa 28 Milliarden Mark übernommen. Daher seien Kürzungen bei Neuzugängen unvermeidlich gewesen, wenn man nicht, die deutsche Entwicklungspolitik auf die Grundlage finanzieller Hochstapel stellen wollte.

In der mittelfristigen Finanzplanung soll, so Köhler, der Haushaltsansatz jährlich um 3,5 Prozent und damit stärker steigen als der Bundeshaushalt insgesamt. Zur SPD-Kritik an der Bonner Haltung, weitere Hilfe für Nicaragua von Bedingungen unabhängig zu machen, betonte Köhler, die Bundesregierung entspreche damit dem Rat führender Mitglieder der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika.

Matthöfer bewertete Anträge positiv

Dem Bundeswirtschaftsministerium sind bei der 1978 getroffenen Entscheidung über die zweite Steuerbefreiung für die Flick-Engagement beim amerikanischen Konzern Grace Bendken aus dem Bundesfinanzministerium bekannt gewesen. Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlicht hat dies in einem gestern veröffentlichten Fernsehinterview in der SPD-Obmann im Flick-Untersuchungsausschuß, Dieter Spörl, eingeräumt. Maßgeblich, so Schlicht, sei aber, daß der damalige Finanzminister Hans Matthöfer (SPD) beide Anträge der Firma Flick positiv beurteilt habe. Dieser sei damit dem „positiven Votum seiner Steuerabteilung“ gefolgt und habe damit der fachlichen Beurteilung des Wirtschaftsministeriums ausdrücklich zugestimmt.

Weiter heißt es in dem Fernsehinterview von Schlicht: „Dem Wirtschaftsministerium waren im Zuge der Erörterungen zwischen Ressorts zwar Bedenken bekannt geworden, die aber offensichtlich im Bundesfinanzministerium bei der Entscheidung ausgeräumt waren.“

Zivildienstler nehmen Hintze unter Feuer

E. NITSCHKE, Bonn

Nach drei Tagen im Amt ist der neue Bundesbeauftragte für den Zivildienst, der 33-jährige evangelische Pfarrer Peter Hintze aus Königswinter, zum ersten Mal mit der Praxis zusammengestoßen: Bei der Johanniter-Unfallhilfe am Stadtrand von Bonn stellte er sich den außerordentlich kritischen Fragen von Zivildienstleistenden, die in der Verlängerung des Dienstes ohne Uniform auf 20 Monate eine Diffamierung sehen.

„Ich bin ja nicht gekommen, um Sie hier in eine friedliche Stimmung zu versetzen“, mußte sich Hintze schon in den ersten Minuten der ihm entgegenschlagende Welle von Aggression und Mißtrauen parieren,

„Über Begrenzung des Zustroms von Ausländern mit DDR reden“

Lammer kündigt Initiative an / 90 Prozent der Asylbewerber kommen über Ost-Berlin

F. DIEDERICH, Berlin

Gespräche mit der „DDR“ über eine Vereinbarung zur besseren Kontrolle des Ausländerzustroms nach Berlin werden vom Berliner Senat für „prinzipiell denkbar und sinnvoll“ gehalten. Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) kündigte gestern Bemühungen an, zu diesem Thema „Gespräche in Gang zu bringen“.

Vor dem Hintergrund des Todes von sechs ausländischen Abschiebehäftlingen hatte sich in dieser Woche bereits die Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Liselotte Funcke (FDP), für Vereinbarungen ausgesprochen, „um die illegale Einreise von Ausländern in Berlin zu stoppen“. Funcke hatte auf die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der „DDR“ hingewiesen, da Berlin ein „offenes Tor zum Osten für Asylbewerber“ sei. Wegen des sehr hohen Ausländeranteils dürfe die Stadt nicht noch zusätzlich belastet werden, sagte die FDP-Politikerin.

Nach den Erkenntnissen der Berliner Innenverwaltung sind nahezu alle der in Berlin derzeit lebenden 19 000 Asylbewerber über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld eingereist, darunter der größte Teil der kriminellen Drogenhändler, die später von der Berliner Polizei verhaftet wurden. In Berlin wird zwar ver-

sucht, durch verstärkte Kontrollen in U- und S-Bahn die illegale Einreise und damit verbundene Rauschgiftkriminalität in den Griff zu bekommen. Erschwert wird dies jedoch durch die Tatsache, daß den Westberliner Behörden auf dem Ostberliner Zustiegsbahnhof Friedrichstraße jegliche Kontrollmöglichkeit fehlt und die Ausländer später an jedem beliebigen S- oder U-Bahnhof im freien Teil der Stadt aussteigen können, da es dort wegen des enormen Personal- und Kostenaufwandes keine festen Kontrollposten gibt.

Nach den jetzigen Vorstellungen von Berlins Innensenator Lummer wäre eine Vereinbarung mit Ost-Berlin hilfreich, nach der auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld ankommende Transitreisende künftig ausschließlich über den gut zu kontrollierenden Übergang Waltersdorf-Chaussee im Süden West-Berlins einreisen dürften. Bestrebungen, mit der „DDR“ Gespräche über mögliche Regularien zur besseren Kontrolle der Einreisen einzuleiten, waren bei Berliner Politikern in der Vergangenheit mehrfach erkennbar gewesen. Ost-Berlin hat aber bisher in diesem Punkt nie ernsthafte Gesprächsbereitschaft bekundet.

Nach der überraschenden zügigen Einigung in den S-Bahn-Übernahme-Verhandlungen sehen politische Be-

obachter in Berlin jedoch derzeit ein günstiges Klima für eine derartige Gesprächsinitiative. Wärenden Stimmungen aus der Berliner Senatskanzlei verweisen allerdings vor dem Eintritte in Verhandlungen auf die notwendige Klärung der Frage, ob eine Forderung an Ost-Berlin nach Begrenzung der Einreisefreiheit mit der generellen Freizügigkeit für Einreisen nach Berlin über die Transitstrecken in Einklang zu bringen ist. Zwar zählt die Einreise über den Ost-Berliner Flughafen Friedrichstraße nicht zu den im Grundlagenvertrag erwähnten Transitwegen, bei einem starken Drängen des Senats wären jedoch durchaus Ansprüche der „DDR“ denkbar, im Gegenzug verschärfte Kontrollen auf den Transitwegen von und nach Berlin und bei Einreise in die „DDR“ durchzuführen.

Der Berliner Senat wäre, wie auch bei den S-Bahn-Verhandlungen, alleiniger Gesprächs- und Verhandlungspartner der „DDR“ bei künftigen Konsultationen über den Ausländerzustrom. Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen teilte auf Anfrage der WELT mit, mit derartigen Überlegungen sei Bonn „bisher nie befaßt gewesen“. Für zukünftige Gespräche verwies das Ministerium darauf, keine der innerdeutschen Kommissionen sei dafür „definitiv zuständig“.

Auch Gegner der „Wende“ stimmten für eine Koalition mit der CDU

Dreikönigstreffen in Stuttgart / Bangemann Spitzenkandidat der FDP für Europa-Wahl

XING-HU KUO, Stuttgart

Auch am zweiten Tag des dreitägigen Dreikönigstreffens der beiden württembergischen Parteien, die die Regie des 36-jährigen Landesvorsitzenden Jürgen Morlok vorzuziehen. Der von ihm vorgeschlagene Spitzenkandidat für die Europa-Wahl am 17. Juni dieses Jahres, Martin Bangemann, wurde mit großer Mehrheit gewählt. Von 303 abgegebenen Stimmen waren 285 mit Ja, nur 14 mit Nein und fünf Enthaltungen registriert worden.

Bangemann führt nicht nur die Landesliste für die Europawahl an, er soll auch die Nummer eins der FDP-Bundesliste werden. Formell wird dies von der Bundesvertreterversammlung in Leverkusen am 21. Januar beschlossen, doch gibt es im Bundespräsidium bereits Einigkeit darüber, daß diesmal der Spitzenkandidat aus Baden-Württemberg, also Bangemann, diesen obersten Platz einnehmen soll.

In einer Grundsatzerklärung zur Europa-Politik erklärte Bangemann, Präsident der Liberalen und Demokratischen Fraktion im Europa-Parlament, nach dem „Fiasco von Athen“ solle man nicht an europäischen Gegebenheiten „zweifeln oder gar verzweifeln“. Scharf wandte er sich gegen „nationale Egoismen“, hier liegt nämlich das erste „Kernübel“ in Europa. Als Beispiel nannte er den Vor-

schlag aus der CSU, Autobahngebühren für Nichtdeutsche einzuführen. „Dies ist ein hervorragender Aufhänger für den europapolitischen Wahlkampf der CSU“, meinte der Redner ironisch. Das „zweite Kernübel“ sei die Tendenz, aus Furcht vor Uneinigkeit „gar keine Vorschläge“ mehr zu machen.

Unter Hinweis auf die „mangelnde Solidarität“ griechischer Parlamentarier, die sich in Berlin geweigert hatten, die Mauer zu besuchen, meinte Bangemann: „Wir müssen aus der Mut aufstehen, Staaten, die den europäischen Gedanken sabotieren, die Frage zu stellen, entweder sie respektieren Mehrheitsbeschlüsse und machen mit, oder sie verlassen diese Gemeinschaft.“ Es sei ja nicht unbedingt erforderlich, daß die EG „immer größer wird“, betonte Bangemann unter großem Beifall der Delegierten.

Bereits am ersten Tag hatte Morlok sanfte, aber wirksame Regie für einen harmonischen, fast langweiligen Verlauf des Dreikönigstreffens gesorgt. Zwei Wochen vor dem Parteitag hatte Morlok seine Idee von einer Koalitionsaussage bereits medial wirksam publiziert. Seine Rede war deshalb für niemanden mehr eine Überraschung. Nicht wenige ehemalige Gegner der Bonner Wende gingen aus Rednerpult, die jetzt - nicht ohne teilweise paradoxe

Ausführungen - begründeten, weshalb sie reichlich ein Jahr später noch für ein Zusammengehen mit der von ihnen einst so bekämpften CDU sind.

Der Tübinger Bezirksvorsitzende Ulrich von Mylius begründete seine eigene „Wende“ mit dem Hinweis, die FDP müsse liberale Ziele notfalls „mit dem Teufel“ verwirklichen, wohl ein Wortspiel mit dem Namen des als „konservativ“ geltenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag, Erwin Teufel. Auch der Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann verwies auf die Realität zur Begründung der neuen Koalitionsansätze der Südwest-FDP: „Wenn wir 20 Prozent hätten, dann wäre es wohl besser, ohne Aussage in den Wahlkampf zu gehen. Aber so brauchen wir sie eben...“

Sein Kollege Olaf Feldmann versuchte, die Koalitionsaussage dahingehend zu „entschärfen“, daß diese ja keine Aussage „zugunsten, sondern zu Lasten der CDU“ sei. Denn zunächst wolle ja die FDP, daß die CDU ihre absolute Mehrheit verliere, bevor eine Koalition gedacht werden könne. Andere Delegierte begründeten ihr Votum mit dem Hinweis, die FDP könne im „schwarzen Sanktall“ endlich für Realität sorgen. Der Antrag zur Koalitionsaussage wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Burns: Spaltung wird nicht ewig sein

Interview der „New York Times“ mit dem amerikanischen Botschafter in Bonn

SAD, New York

„Deutschland ist eine geteilte Nation, Berlin eine geteilte Stadt, Europa ein geteilter Kontinent. Ich glaube nicht, daß dies immer so sein wird. Letztlich wird die deutsche Nation wiedervereinigt werden im Rahmen eines Europa, das sich vom heutigen sehr unterscheidet, aber ich maße mir nicht an zu wissen, ob das in 20 Jahren oder in 200 Jahren passieren wird.“

Das erklärte der amerikanische Botschafter in Bonn, der 1904 im alten Österreich-Ungarn geborene Arthur F. Burns, ehemaliger Präsident der amerikanischen Bundesbank. In einem Interview mit der „New York Times“, das deren Bonner Korrespondent James M. Markham führte.

Wenn sich die deutsche Wirtschaft nicht „stark erholt“, so Burns in diesem Interview weiter, könnten die Sozialdemokraten bei den Wahlen 1987 wieder an die Macht kommen, und wenn sie dann ihre „etwas zwiespältige“ Einstellung zur NATO nicht

geändert hätten, besteht die „entfernte Möglichkeit“, daß die Bundesrepublik Deutschland aus dem Atlantischen Bündnis austreten könnte.

Burns fügte dann aber hinzu: „Wahrscheinlicher ist es nach meiner Meinung jedoch, daß die NATO (durch) geschwächt statt ganz aufgegeben wird. Und eine Schwächung der Bindung Deutschlands an die NATO würde einen starken Einfluß auf den Kongreß haben und könnte damit zu einer weiteren Schwächung der NATO führen. Das sind schlimme Möglichkeiten. Doch während ich mich besorge, bin ich - an die Zukunft denkend - ziemlich überzeugt davon, daß sich in Deutschland letztlich die Vernunft durchsetzt und daß die NATO intakt bleibt, die durch die Indienststellung der modernisierten Waffensysteme beträchtlich gestärkt worden ist.“

Der „beste Beitrag“, so Burns weiter, den die Reagan-Regierung hinsichtlich der Sicherheitsdebatte leisten könne, wäre: „Weniger über die

Raketen in Europa“ zu sprechen und sich statt dessen auf „wesentliche politische, wirtschaftliche und kulturelle gemeinsame Werte zu konzentrieren“. Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland könne dadurch erleichtert werden, daß das amerikanische Haushaltsdefizit reduziert werde, so daß die Zinssätze fallen und der Abzug deutschen Investitionskapitals in die USA gestoppt werde.

Vom Bundeskanzler Helmut Kohl sagte der US-Botschafter: „Es ist ein Mann hoher Gesinnung. Er weiß, was er will, und er hat einen vollständigen Umgangston, der bei der deutschen Bevölkerung ankommt.“ Im Gegensatz zu Helmut Schmidt verurteilte Kohl wenig von der Wirtschaft, brauche dabei „offensichtlich Unterstützung“. Neugardien widme Kohl sich mehr der Ökonomie. „Die Phase der wirtschaftlichen Erholung, die begonnen hat, muß seitens der Regierung und der Industrie sorgsam gepflegt werden.“

Golfstaaten begegnen Schiiten mit Mißtrauen

Fanatiker propagieren eine islamische Revolution

Von MUNIR D. AHMED

Es besteht kein Zweifel mehr, daß die Bombenattentate in Kuwait und die Anschläge gegen die amerikanischen und französischen Kontingente der multinationalen Friedenstruppen in Libanon auf das Konto schiitischer Fanatiker gehen. Spekulative Attentate dieser Art müssen in der Golfregion überall dort befürchtet werden, wo bedeutende schiitische, vornehmlich aus Iran stammende Bevölkerungsgruppen leben. Und sie leben in fast allen Staaten dieser Region.

In Kuwait sind die Schiiten zwar zahlenmäßig nicht sehr stark vertreten, besitzen aber dank ihres übermäßig großen Anteils an der Wirtschaft des Landes Einfluß. Dies kam zum Ausdruck, als sie im März 1983 Dutzende komplett ausgerüsteter Krankentruppen stifteten, obwohl die kuwaitische Regierung auf seinen Irak, also des Kriegsgegners Iran, steht.

In Bahrain machen die Schiiten die Hälfte der Bevölkerung aus, 1981 wäre es einer Verschwörungsgruppe, die dort eine islamische Republik nach iranischem Muster auszurufen wollte, beinahe gelungen, die Regierung zu stürzen.

Dieses Ereignis führte zur Bildung des Golf-Kooperationsrates, an der sich Saudi-Arabien, Kuwait, Qatar, Bahrain, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) beteiligten. Ursprünglich sollte sich die Zusammenarbeit auf die innere Sicherheit konzentrieren. Daß sie inzwischen auch auf eine militärische Koordinierung ausgedehnt wurde, liegt nicht zuletzt an der Haltung Teherans. Die iranische Regierung betrachtet den Golf-Kooperationsrat als gegen sich gerichtet und droht mit Gegenmaßnahmen.

Pilgerfahrten nach Mekka in Demonstrationen für die eigene Sache umzufunktionieren. Sie verteilen Flugblätter unter den Pilgern aus aller Welt, diskutieren mit ihnen und werben um Sympathie für Iran. 1981 und 1982 lieferten sie sich mit den saudischen Sicherheitskräften regelrechte Straßenschlachten. 1983 verlangte Saudi-Arabien Garantien von Iran, um ähnliche Vorfälle zu vermeiden. Andererseits wollte man die Inneren nicht ins Land lassen. Buchstäblich in letzter Minute gaben die Mullahs nach und sorgten dafür, daß die Demonstrationen unterblieben.

In Irak bilden die Schiiten die Mehrheit der Bevölkerung (60 Prozent), die zur gleichen Konfession (Zwölfter-Schiiten) gehört wie die Iraner. Gut die Hälfte der Bewohner in Jemen ist ebenfalls schiitisch, gehört aber der Konfession der Zeitiden an.

Die Zahl der Schiiten unter den Staatsbeamten in der Golfregion ist unbekannt. Ein Großteil stammt aus den islamischen Ländern, etwa aus Pakistan, wo jeder fünfte dieser Konfession angehört. Unter den 1,8 Millionen Moslems, die vom indischen Subkontinent kommen und in den

DIE ANALYSE

Goldländern arbeiten, befinden sich schätzungsweise mindestens 380 000 Schiiten.

Das Ausmaß des Gastarbeiterproblems mag an dem Beispiel der VAE gemessen werden, wo auf jeden Einheimischen fünf Gastarbeiter kommen. Zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Bahrains besteht aus Ausländern. In Kuwait stammen 60 Prozent der Einwohner aus dem Ausland. Jeder zweite Arbeitnehmer in Saudi-Arabien ist ein Ausländer.

Daß der Wohlstand der Golfstaaten durch die Gastarbeiter gesichert wird, ist hinlänglich bekannt. Dagegen wissen nur wenige, in welcher Höhe die Sicherheit von ausländischen Militärpersonal abhängt. Es handelt sich hierbei keinesfalls nur um Ausbilder, wie häufig zu hören ist, sondern um geschlossene Truppeneinheiten aus Pakistan und Jordanien. Pakistan und Indien bilden in allen drei Waffengattungen in der VAE das Rückgrat. Die Armee von Oman besteht zum größten Teil aus Belutschern, die aus Pakistan oder Iran stammen. Rekrutierungskommissionen besuchen jedes Jahr die pakistanische Provinz Belutschistan, um mit Billigung Pakistans Militärpersonal anzuwerben.

Führung in Belgrad ist sich nicht immer einig

Devisengesetz als Beispiel / Parlamentarismus erkennbar

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die jugoslawische Bundesregierung hat einen folgenschweren Entschluß gefaßt. Erstmals werden im Zuge der „Stabilisierungspolitik“ die Devisenkonten, die jugoslawische Staatsbürger bei einheimischen Banken unterhalten, angefroren. Zinsen auf diese Guthaben werden in Zukunft nicht mehr in ausländischer Währung, sondern nur in Dinar gutgeschrieben.

Dies dürfte zur Folge haben, daß die im Ausland arbeitenden Jugoslawen in Zukunft in verstärktem Maße ihr hartes Geld nicht mehr in der Heimat anlegen werden.

Daß es in der jugoslawischen Wirtschaftspolitik heftige Turbulenzen und Meinungsverschiedenheiten sowohl innerhalb der Belgrader Bundesregierung als auch zwischen Bundesregierung und den Teilrepubliken gibt, zeigte sich am Schicksal des jugoslawischen Bundesfinanzministers (die korrekte Amtsbezeichnung lautet: Bundessekretär für Finanzen) Jozef Florjancic. Der aus Slowenien stammende Minister wurde von der Belgrader Regierungschefin, Milica Fleming, aus seinem Amt entlassen, weil er offenbar nicht willens war, die von der Regierung in Übereinstimmung mit den Republiken beschlossene „Stabilisierungspolitik“ mitzutragen.

Florjancic wurde zum Vorwurf gemacht, er habe das von einem Jahr beschlossene neue Devisengesetz - das für jugoslawische Staatsbürger erhebliche Einschränkungen beim Erwerb und der Verfügung über ausländische Währungen mit sich brachte - halbherzig oder gar nicht durchgeführt.

In Belgrad wird erklärt, der nun gestürzte Finanzminister habe nicht die neuen Restriktionen auf dem Gebiet der Währungs- und Devisenpolitik in die Tat umgesetzt, sondern im Gegenteil immer wieder Vorschläge unterbreitet, die auf eine Rückkehr zum „alten“ - das heißt: liberalen - Zustand hinaus liefen. Überdies verweist man in diesem Zusammenhang darauf, daß Florjancic ein Slowene ist und mit seiner Haltung mehr die Interessen der Republik Slowenien und ihrer Bewohner als des Gesamtstaates vertreten habe.

Denn in Slowenien wurde an der restriktiven Devisenpolitik Belgrads

und vor allem an der Behinderung der freien Ausreise für jugoslawische Bürger durch die Verlängerung einer zwangsweisen „Ausreisesteuer“ (das sogenannte „Desposit“, das bei jedem Grenzübertritt hinterlegt werden muß) heftige Kritik geübt. Die Bewohner Sloweniens, für die Triest, Klagenfurt und Graz bevorzugte, vor der Haustür liegende Einkaufszentren waren, und die überdies einen höheren Lebensstandard erreicht haben als sämtliche anderen Bewohner Jugoslawiens, fühlen sich nun als Hauptleidtragende der neuen „Stabilisierungspolitik“.

Auf Verlangen der slowenischen Landesregierung in Ljubljana (Ljubljana) haben die Belgrader Behörden die Ausreisesteuer für einen Tag auf null für das Fest „Allerheiligen“ im vergangenen November, das im kommunistischen Slowenien - obwohl es sich um einen ausgesprochen katholischen Feiertag handelt - als „Tag der Toten“ auch von Staats wegen begangen wird. Von dieser zeitweisen Aufhebung der Steuer wurden nur die Bewohner Sloweniens, nicht aber das übrige Jugoslawien in Kenntnis gesetzt, so daß faktisch nur die Slowenen in der Lage waren, sich diese Erleichterung zunutze zu machen und schnell über die Grenze zu reisen.

Interessant sind im Falle Florjancic mehrere Aspekte. Erstens zeigt sich, daß auch in einem kommunistischen Staat divergierende Interessen bis in höchste Führungsgremien eindringen und dort zu heftigen Konflikten führen. Von „monolithischen“ oder auch nur einheitlichen Entscheidungen kann keine Rede sein. Zweitens scheint sich in Jugoslawien so etwas wie ein kommunistischer Parlamentarismus herauszubilden - die Regierungsmitglieder sind gegenüber dem Parlament verantwortlich und werden zur Verantwortung gezogen, wenn sie sich nicht entsprechend den parlamentarischen Regeln verhalten, die meist in komplizierten Kompromissen zwischen Bund und Republiken ausgehandelt werden. Drittens erweist sich die umgebrochene Kraft der Teilrepubliken, die - wie in diesem Falle Slowenien - auf ihren eigenen Vorteil beharren und sich nicht mehr ohne weiteres als „Diktate“ für die weniger entwickelten Gebiete der Föderation hergeben wollen.

Polizei verhört slowakische Katholiken

KNA, Preßburg

Rund 25 000 Gläubige haben, wie im Westen erst jetzt bekannt wurde, am 15. Dezember, dem Fest der „Schmerzhaften Muttergottes“, an einer Wallfahrt zum slowakischen Nationalheiligtum in Sastin (Westslowakei) teilgenommen. Das Pontifikatamt wurde vom Apostolischen Administrator der Erzdiözese Tyrnau (Trnava), Bischof Julius Gabris, gefeiert, der auch die Predigt hielt. Die Polizei mischte sich unter die Gläubigen, identifizierte einzelne Teilnehmer, besonders Jugendliche, und verhörrte zahlreiche Personen.

Selbst 15-jährige erhielten Vorladungen und wurden auf der Polizeistation mit Fragen konfrontiert, wer die Wallfahrt organisiert habe, auf wessen Rat sie sich zur Teilnahme entschlossen hätten, von wem sie überhaupt von der Veranstaltung Kenntnis erhalten hätten. Die Fragen reichten bis in die Privatsphäre: Die Jugendlichen mußten Angaben über ihr Beten und den Empfang der Sakramente machen. Gleichzeitig warnten die Beamten die jungen Menschen vor weiterer religiöser Tätigkeit, weil sie damit ihre gesamte Zukunft verspielen. Man drohte ihnen, daß sie von jeder höheren Ausbildung ausgeschlossen oder daß sie in keiner Lehrstelle Aufnahme finden würden.

Die Wallfahrt nach Sastin ist für die kommunistischen Behörden ein Anlaß zu größter Sorge. Die „Schmerzhaften Muttergottes“ gilt als Schutzpatronin der Slowakei und wird seit Jahrhunderten in der Basilika von Sastin verehrt. Obwohl das Bauwerk kunsthistorisch von Bedeutung ist und die Basilika die größte Orgel und die größte Glocke von Mitteleuropa aufweist, ist das Gebäude in keinem der zahlreichen Bildbände über die Slowakei aufgeführt und wird selbst in der Fachliteratur kaum erwähnt. Um die Bedeutung der Stadt Sastin herauszubringen, wurde der gesamte Ort in Skostreza umbenannt. Skostreza hieß ein eingemeindetes Dörfchen am Stadtrand.

Romanow beim Parteitag der DKP

Der als einer der Nachfolge-Kandidaten des kranken sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow geltende Grigori Romanow ist zur Teilnahme an einem Parteitag der DKP in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen. Romanow, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, werde voraussichtlich nach Eröffnung des Parteitages heute zu den Delegierten der rund 20 000 Mitglieder zählenden DKP in Nürnberg sprechen, wurde von sowjetischer Seite erklärt. Aus der „DDR“ reiste unter Leitung des neuen Politbüromitglieds Egon Kreiz eine SED-Delegation an. Zu ihr gehörten auch die Mitglieder des SED-Zentralkomitees Herbert Häber und Gerhard Müller.

Investitionen in Indien erleichtert?

dpa/WVD, Neu Delhi

Deutsche Unternehmen können darauf hoffen, daß ihre Investitionsanträge von den indischen Behörden künftig zügiger behandelt und Geschäfte mit Indien erleichtert werden. Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der sich zu einem sechstägigen Besuch in Indien aufhält, eine entsprechende Zusicherung gegeben.

Nach seinem Gespräch mit Frau Gandhi teilte Lambsdorff vor Journalisten mit, er habe gegenüber der indischen Regierungschefin erklärt, daß aufgrund der vielen bürokratischen Hemmnisse in Indien das Klima für Investitionen nicht besonders gut sei. Frau Gandhi habe zu verstehen gegeben, daß Indien an mehr privaten ausländischen Investitionen interessiert sei und sie alles tun wolle, um die mühsame Prozedur für Anträge zu erleichtern.

Erfolg gegen „Todesschwadronen“

Die USA haben bei ihrem Bemühen um Abschaffung der rechtsradikalen Todesschwadronen in El Salvador einen Teilerfolg erzielt. Wie aus Militärkreisen bekannt wurde, wurden auf Grund einer von den USA vorgelegten Liste mit 20 verdächtigen Offizieren, denen Zusammenarbeit mit den Mordkommandos vorgeworfen wird, Umsetzungen im Offizierskorps vorgenommen.

Als ebenfalls positiven Schritt bei der Bekämpfung der Todesschwadronen bezeichnete der Sprecher des US-Außenministeriums, John Hughes, die am 19. Dezember erfolgte Verhaftung des Hauptmanns Eduardo Avila, der der Beteiligung bei der Ermordung zweier amerikanischer Berater verdächtigt ist.

DIE WELT (Isap 609-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is \$5.00 per year. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Zusätzliche Mittel gegen Waldsterben

Bund und Länder stellen 1984 nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums rund 33 Millionen Mark zusätzlich für den Kampf gegen das Waldsterben zur Verfügung.

Der parlamentarische Staatssekretär des Ministeriums, Georg Gallus, erklärte gestern, daß dieser Betrag im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Ländern aufgebracht werde. Der Bund übernimmt damit 20 Millionen DM und die Länder 13,2 Millionen. Damit soll unter anderem die Aufforstung und Düngung beschädigter Waldbestände gefördert werden.

Auch die übrigen, über die Gemeinschaftsaufgabe finanzierten Maßnahmen zur Förderung der Forstwirtschaft werden Galus zufolge in diesem Jahr fortgesetzt.

Kritik an

"Ausreisezwang"

AP, Bonn

Die Frage der Behandlung von Ausländerkindern, die zu ihren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Eltern ziehen wollen, bleibt in der Bonner Koalition umstritten.

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP), kritisierte den Kompromißvorschlag der zuständigen Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wonach Ausländerkinder, die nach Vollendung des sechsten Lebensjahres in die Bundesrepublik gekommen sind, mit 18 Jahren wieder ausreisen müssen. Es gebe viele Beispiele sprachlicher und schulischer Eingliederung von Kindern, die erst mit elf oder 13 Jahren gekommen seien. Diesen Kindern mit 18 Jahren den weiteren Aufenthalt zu untersagen, erscheine menschlich und sachlich schwer vertretbar, argumentierte Frau Funcke. "Welchen Sinn können die Bemühungen der jungen Menschen und ihrer Lehrer und Freunde im Integrations- und schulischen Erfolg haben, wenn am Ende die Ausweisung steht?"

Moskaus Schulreform: Mehr Facharbeiter

Bremsen auf dem Weg zum Studium / Ziele des Kreml

DW, Moskau

Nach den Vorstellungen der Sowjet-Führung sollen künftig doppelt so viele Schüler die Berufsschule besuchen als bisher. Die Hauptursache der jetzt vorangehenden "Reform" ist der immer sichtbarer werdende Facharbeitermangel in der UdSSR. Oft liegen große Betriebe mit moderner und teurer Ausrüstung teilweise still, weil die Fachkräfte zur Bedienung der Maschinen fehlen.

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Dem Entwurf für eine Reform des sowjetischen Schulwesens waren Überlegungen vorausgegangen, die seine Vereinheitlichung befürchten ließen. So weit ist es nicht gekommen, wozu viele Diskussionen hinter verschlossenen Türen, aber auch in der Presse beitrugen. Die allgemeinbildenden sogenannten Mittelschulen bleiben von den "Berufsschulen" getrennt. Beide Typen sollen sich aber inhaltlich annähern: durch mehr Arbeitsunterricht auf der einen, mehr allgemeine Bildung auf der anderen Seite.

Im Hintergrund stehen sowohl praktische wie ideologische Bedenken der Moskauer Bildungsplaner. Immer mehr Schüler steuern, von ihren Eltern unterstützt oder gar angetrieben, das Abitur als Abschluß der bisherigen zehnklassigen Allgemeinschule an. Für die Berufsschulen, in die die Schüler nach der achten Klasse überwechseln können, um dort innerhalb von drei Jahren eine abgeschlossene Berufsausbildung zu bekommen, bedeutet das Rückgang und negative Auslese zugleich. Die Sowjetunion, theoretisch immer noch auf Egalität bedacht und der "Arbeiterklasse" verpflichtet, will diesen Trend nicht hinnehmen. Außerdem braucht sie mehr Facharbeiter, während der Bedarf an Hochschulsolventen mühselos befriedigt werden kann.

Nachteile beseitigen

Auch sowjetische Abiturienten drängen vornehmlich zum Studium, das ihnen trotz der gleichen strengen Aufnahmeprüfungen leichter erreichbar ist als den ebenfalls studienberechtigten Berufsschulabgängern: von ihnen, die schon halb in der Arbeitswelt stehen und geistig ohnehin weniger leistungsfähig sind, wurden bisher auch noch wesentlich be-

sere Schulzensuren verlangt, damit sie an diesen Prüfungen überhaupt teilnehmen können. Die Reform will diese Benachteiligung der Berufsschüler beseitigen, zielt aber wohl kaum darauf ab, den Ansturm auf die Hochschulen dadurch noch zu vergrößern. Vielmehr im Gegenteil, die Berufsschulen selbst sollen attraktiver werden, indem sie eine qualifiziertere Fachausbildung anbieten. Dadurch wird eine Verdopplung ihrer Schülerzahl angestrebt. An den allgemeinbildenden Schulen wird der Arbeitsunterricht zwar auch ausgebaut, orientiert sich aber nur an sogenannten Massenberufen.

Schulzeit verlängert

Wie zuletzt unter Chruschtschow, wird die Gesamtschulzeit nun wieder um ein Jahr auf elf Jahre verlängert. Während damals aber das letzte Jahr "in der Produktion" zu verbringen war, was sich als wenig sinnvoll erwies, daß die Regelung Mitte der sechziger Jahre wieder abgeschafft wurde, soll die Verlängerung jetzt der Grundstufe zugute kommen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Basiskenntnisse sowjetischer Schüler, also Schreiben, Lesen und Rechnen, sehr zu wünschen übrig lassen. Das zusätzliche Schuljahr wird durch eine frühere Einschulung gewonnen: Bisher begann die Einschulung mit sieben, jetzt mit sechs Jahren.

Während der Umstellungszeit, die vorsichtig auf "ein bis zwei Fünfteljahre" bemessen wurde, sollen endlich auch die Unterrichtsmethoden verbessert werden. Trotz einiger Experimente müssen sowjetische Schüler vor allem auswendig lernen, was ihnen von den Lehrern eingepaukt wird; ein wesentlicher Teil der Unterrichtsstunde ist mit sturen Abfragen ausgefüllt. Künftig dürfen die Schüler der höheren Klassen selbstständiger arbeiten und können sich in Arbeitsmethoden der Hochschulen üben - wenn die Praxis der Reformabsichten entspricht. Das setzt Änderungen in den Lehrplänen, bei den Schulbüchern, vor allem aber in der Lehrerausbildung voraus, der Lehrerberuf, ganz überwiegend von Frauen ausgeübt und schlecht bezahlt wie fast alle geistigen Tätigkeiten außerhalb der Industrie, soll durch materielle Besserstellung und höheres Sozialprestige verlockender werden.

Neue Sowjet-Waffen "ernsthafte Bedrohung"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die sowjetische Entwicklung mehrerer Typen von weitreichenden Marschflugkörpern, die mit nuklearen, bakteriologischen und biologischen Gefechtsköpfen ausgerüstet sind, zwingen die USA zur Modernisierung ihrer Luftverteidigung über dem nordamerikanischen Kontinent. Die vom US-Verteidigungsministerium beobachteten Tests vier neuer Typen von sowjetischen Marschflugkörpern zeigen, daß sie für die amerikanische Luftabwehr eine "ernsthafte Bedrohung" sind, berichtete die Fachzeitschrift "Aviation Week and Space Technology". Das Ministerium prüfe eine Reihe möglicher Verbesserungen für "Norad".

Die Entwicklung der vier Typen wird im Westen bereits seit einiger Zeit beobachtet, wie auch in der "WELT" verschiedentlich berichtet worden war. Der Typ AS-X-15 hat eine Reichweite von 2700 Kilometern. Er ist zur Bewaffnung des strategischen Bombers mittlerer Reichweite Backfire vorgesehen. Mit seiner Hilfe könnte er amerikanisches Territorium, aber auch solches der NATO in Europa angreifen, ohne es überfliegen zu müssen. Auch für den Backfire bestimmt ist der technisch sehr weit fortgeschrittene Marschflugkörper BL-10, der sehr groß sein soll und mit Überschallgeschwindigkeit bis zu 3600 Kilometer Distanz überwindet. Weitere Typen sind für den Einsatz von U-Booten und von Land aus vorgesehen. Der SS-NK-21 soll die sowjetischen U-Boote der Klasse Victor und Yankee 3 bestücken. Er dürfte nach Ansicht westlicher Experten die Waffe sein, mit der Moskau seine auf die NATO-Nachrüstung angelegten "Gegenmaßnahmen" vor der US-Küste konkretisieren will. Aus Positionen im Nordatlantik könnten solche Marschflugkörper die Städte an der Ostküste der USA innerhalb von Flugzeiten von weniger als einer Stunde erreichen. Schließlich ähnelt der vierte sowjetische Typ SSC-X-4 dem amerikanischen Marschflugkörper, mit dessen Stationierung die NATO letztes Jahr nach der sowjetischen Weigerung zur erfolgversprechenden Genfer Rüstungskontrollverhandlungen begonnen hat. Die Lenktechnik der sowjetischen Marschflugkörper soll der amerikanischen vergleichbar sein.

Algerien besinnt sich des „kabyllischen Elements“

Die Berber als Verbündete gegen die Integristen?

B. RÜTTEN, Bonn

Algeriens Präsident Chadli hat vor kurzem mit einem „Griff in die Geschichte“ überrascht: Er erinnerte an die bisher diskriminierten Berber und wertete ihre historische Rolle auf. Der algerische Staat ist - wie kaum ein anderes Land der Welt - ein Produkt der Kolonialzeit. Das Land, das 1962 nach einem langen und grausamen Krieg gegen die französische Kolonialmacht unabhängig wurde, hatte in dieser Form als souveräner Staat zuvor nicht existiert. Die Franzosen schufen auf Kosten der umliegenden Staaten, insbesondere des algerischen Königreichs Marokko, ein riesiges künstliches Gebilde.

Im Befreiungskampf und in der errungenen Unabhängigkeit suchte Algerien nach einer historischen Identität und fand sie im Islam und im Arabertum. Beides wurde von den Präsidenten Ben Bella und Boumedienne im Rahmen einer rigorosen Islamisierung- und Arabisierungskampagne propagiert. Dabei machten aber "Kabylen" oder auch Berber den überwiegenden Teil der Bevölkerung aus. Sie waren schon vor der römischen Kolonisierung zwischen Kiste und Sahara ansässig. Auch die in der Sahara nomadisierenden Tuareg gehören dazu.

Erst im Zuge der islamischen Expansion im 7. Jahrhundert wurden die Berber von Arabern unterworfen, die von der arabischen Halbinsel bis nach Europa vorstießen. Die Araber ließen sich vor allem in den Küstenstädten nieder und vermischten sich im Laufe der Jahrhunderte mit den Kabylen, die in diesem Prozeß auch den Islam annahmen.

Einst gemeinsamer Kampf

Während vor der Unabhängigkeit Islam und gemeinsamer Kampf gegen die Kolonialmacht arabische und kabyllische Elemente zusammenschweißten, mußten sich die Kabylen nach der Unabhängigkeit diskriminieren fühlen. Die kabyllische Sprache erhielt keinen offiziellen Status im unabhängigen Algerien. Die reichhaltige kabyllische Kultur wurde durch die Arabisierung und die mit dem Sozialismus einhergehende Proletarisierung zurückgedrängt. Bis 1980 kam es deshalb mehrfach zu Unruhen in Tizi-Ouzou, der Hauptstadt der

„Großen Kabylei“, die die am dichtesten bevölkerte Region Algeriens darstellt.

Vor diesem Hintergrund war es geradezu sensationell, daß Präsident Chadli Benjedid vor kurzem in seiner Rede vor dem Parteikongreß ausführlich das kabyllische Element Algeriens würdigte, indem er darlegte, daß Algeriens Geschichte nicht mit dem Unabhängigkeitskampf, nicht mit dem Beginn der französischen Kolonisierung und auch nicht mit der Ankunft der Araber oder der Römer begonnen habe, sondern sich über 25 Jahrhunderte erstreckte. Dabei vermißte er es offensichtlich, das Wort „Berber“ oder „Kabylen“ zu benutzen. Er bediente sich vielmehr des altertümlichen Begriffes „Amazigh“, der gleichbedeutend ist; er läßt sich außerdem mit „freie Menschen“ übersetzen und ist somit geeignet, den noch immer tiefstehenden Kolonialkomplex des Volkes zu lindern, das stark von französischen Einflüssen geprägt ist.

Vergangenheitsbewältigung

Warum Chadli gerade jetzt diesen überfälligen Schritt zur Bewältigung der algerischen Vergangenheit vollzog, liegt für politische Beobachter auf der Hand. Mehr als 60 Prozent der 20 Millionen Algerier ist unter 20 Jahre alt. Von Ineffektivität und Bürokratismus einer sozialistischen Partei- und Militäraristokratie enttäuscht, die ihre Legitimation immer noch nur aus dem Befreiungskrieg herleitet, sind viele Jugendliche zu den radikalen Moslembrüdern übergelaufen, die in der strengen Befolgung des islamischen Gesetzes angesichts weit verbreiteter Korruption und sozialer Ungerechtigkeiten eine ethische Neuorientierung suchen. Im Zug der Arabisierung und Islamisierung entstanden, hat diese Bewegung sich längst selbstständig.

Mit einer vorsichtigen Aufwertung des kabyllischen Elements versucht Chadli sich die Berber als Verbündete im Kampf gegen den Integristismus zunutze zu machen. Ob ihm dies gelingt, ist fraglich; denn in der gemeinsamen Abneigung gegen den algerischen Sozialismus sind sich Kabylen und Integristen einig. Auch unter den Kabylen finden sich zahllose Moslembrüder. Doch Chadlis Äußerungen waren klug - und historisch notwendig.

Tunis: Mehr Geld für sozial schwache Gruppen

AP, Tunis

Die tunesische Regierung hat eine Reihe sozialer Maßnahmen verkündet, mit denen die Auswirkungen der unpopulären Lebensmittelpreis-Erhöhung - vor allem der Brotpreise - auf die sozial Schwachen gemildert werden sollen. Die staatlichen Hilfgelder für Witwen und Waisen, Alte, Invaliden und Sozialhilfeempfänger wurden erhöht. Auch der Mindestlohn wurde heraufgesetzt. Um welche Beträge die Sozialausgaben jeweils erhöht werden, wurde nicht mitgeteilt.

Die sozialen Maßnahmen wurden unmittelbar nach Verhandlungen mit dem Generalsekretär Habib Achour, der einzigen legalen Gewerkschaft (UGTT) in Tunesien, bekanntgegeben. Die UGTT hatte mit einem Generalstreik gedroht.

Die Streikbewegungen hatten in den vergangenen Tagen zu blutigen Unruhen geführt. In der Hauptstadt, in der nach wie vor eine strikte Ausgangssperre gilt, kam es gestern am Rande der Altstadt erneut zu schweren Auseinandersetzungen. Polizei und mit Maschinengewehren bestückte Militärfahrzeuge wurden gegen eine Menschenmenge eingesetzt, die eines der größten Kaufhäuser der Stadt in Brand zu setzen versuchte.

Post verteidigt

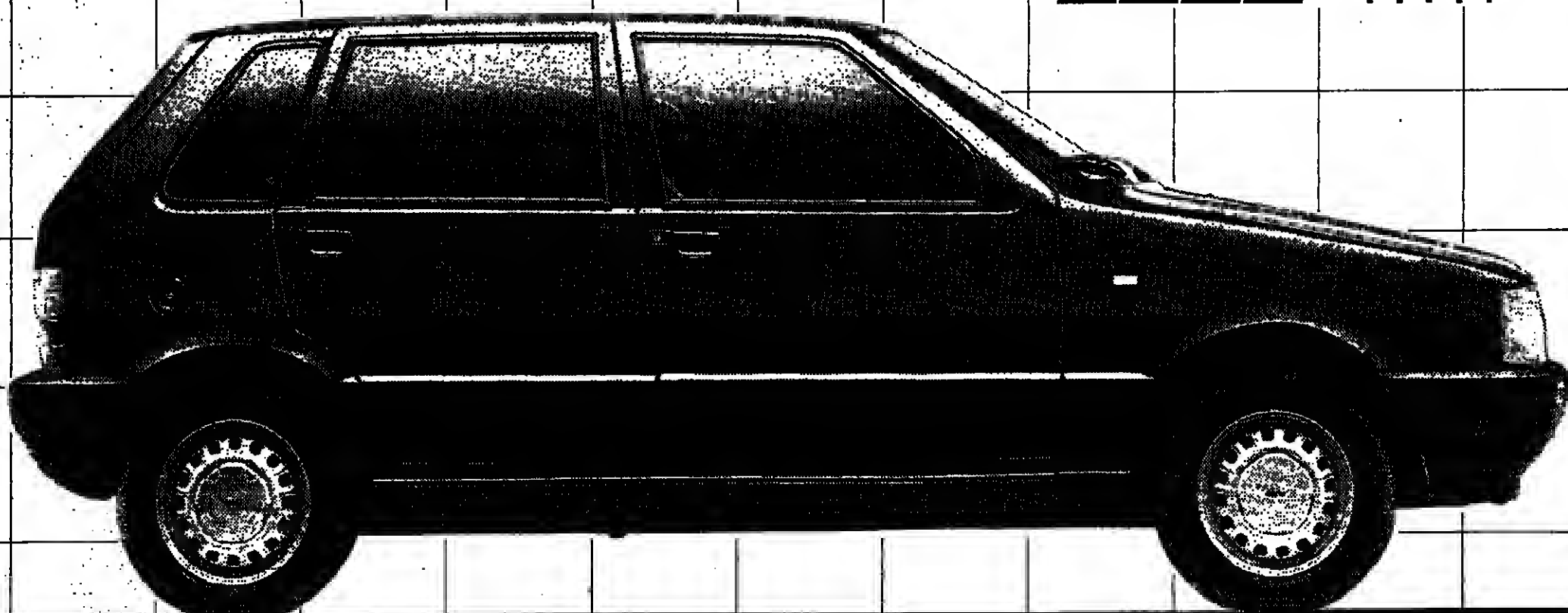
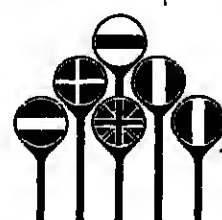
Gebührenerhöhung

AP, Bonn

Die Post hat die geplante Gebührenerhöhung für Gespräche aus Telefonzellen gegen die öffentliche Kritik verteidigt und Alternativvorschläge abgelehnt. Zur Forderung des Vorsitzenden des Bundestags-Postausschusses, Karl Liedtke (SPD), die Post müsse gleichzeitig zur Anhebung der Gebühren für eine Einheit am Münzfensprecher auf 30 Pfennig die Gebühren anderer Leistungen senken, erklärte das Postministerium, im Brief- und Paketdienst sei eine Kostendeckung in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Daher müsse der Fernmeldebereich für den Kostenausgleich Überschüsse erwirtschaften. Der Grundsatz, daß jeder Unternehmensbereich der Post seine Kosten und einen Selbstfinanzierungsbeitrag erwirtschaftet, sei nicht immer zu verwirklichen. Daraus folge, daß das Fernmeldewesen insgesamt eine „Kostenüberdeckung“ erwirtschaften müsse.

VIELE NAHMEN TEIL. EINER GEWANN: FIAT UNO.

FIAT



Schauplatz Europa. Jury: 53 Fachjournalisten aus 16 Ländern. Konkurrenz: 15 neue Modelle. Kriterien: Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Fahrverhalten, Straßenlage, Leistung, Bedienung, Fahrspaß, Design, Komfort, Preis/Leistungsverhältnis. Ergebnis: Fiat Uno. Auto des Jahres 1984. Schon das vierte Mal ein Fiat. Andere haben das höchstens zweimal geschafft. Die gewaltigen Investitionen in Forschung und Produktionsanlagen haben sich gelohnt. Fast traditionsgemäß ist Fiat in der Kompaktklasse eine Stoßstange voraus. Nicht nur unter Fachleuten: Der Fiat Uno ist auf Anhieb einer der erfolgreichsten Ausländer. Was ihn besonders auszeichnet, erfahren Sie am besten bei einer Probefahrt.

FIAT UNO. DAS AUTO DES JAHRES 1984.

Zimmermann setzt sich gegen Grolle zur Wehr

PETER PHILIPPS, Bonn
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat jetzt in einem ausführlichen Brief an den Hamburger Schulsenator Joist Grolle (SPD), dessen Vorwurf zurückgewiesen, der jährliche Verfassungsschutzbericht unterwerfe politische Aktivitäten einer Beurteilung nach dem Muster der Stüftung Warenfest. Zimmermann verweist auf einschlägige Urteile des Bundesverfassungsgerichts, nach denen „von der politischen Verantwortung der Regierung gefordert (ist), daß sie ihren jährlichen Bericht über die Entwicklung verfassungsförderlicher Kräfte, Gruppen und Parteien dem Parlament und der Öffentlichkeit vorlegt“. Bei den Aussagen des Berichts handele es sich jeweils, so die Karlsruher Richter, „um Werturteile, die der Bundesminister des Innern in Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Pflicht... abgegeben hat“.

Grolle hatte in seinem Schreiben an Zimmermann im November 1983 insbesondere moniert, daß im Verfassungsschutzbericht 1982 die Initiativen „Künstler für den Frieden“ und „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ als Beispiele „gegleglicher kommunistischer Bündnispolitik“ erwähnt werden. Zimmermann erinnert Grolle jetzt daran, daß auch die sozialliberale Bundesregierung öffentlich vor dem Bemühen der Kommunisten gewarnt hat, „durch Eingehen breiter Bündnisse der Verwirklichung ihrer verfassungsförderlichen Zielsetzung näherzukommen“. Die SPD selbst habe deshalb Abgrenzungsbeschlüsse gefaßt.

Zimmermann stellt fest, daß es „im Lichte der zitierten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein pflichtwidriges Versäumnis der Bundesregierung (wäre), wenn sie es unterließe, die vielen Gutgläubigen darüber aufzuklären, daß sie sich vor den Karren von Organisationen spannen lassen“, die nur ihrem „verfassungsförderlichen Ziel“ näherkommen wollten.

Auch 1984 hat die „DDR“ an Orwell wenig Freude

Unverhülltes Mißtrauen / „Klassiker des Kalten Krieges“

AP, Berlin
Im Orwell-Jahr 1984 hat man in Mitteleuropa am vielzitierten Buch des britischen Schriftstellers anscheinend ebensowenig Freude wie in den vergangenen Jahren. Dem neuerweckten Interesse an „1984“ wird mit unverhülltem Mißtrauen begegnet.

Unter den wenigen „DDR“-Zeitungen, die das Buch erwähnten, war das Organ der SED-Bezirksleitung Leipzig, die „Leipziger Volkszeitung“. Das Blatt warf Orwell vor, 1949 mit dem Buch einen „Bestseller des kalten Krieges“ geschrieben zu haben. Die „Volkszeitung“ fügte hinzu: „Ob aber die Spekulationen derer aufgehen, die die Wiedergeburt des kalten Krieges auch mit einer Orwell-Renaissance erneut ideologisch untermauern wollen, bleibt abzuwarten. Könnten die veränderten gesellschaftlichen Umstände zusammen mit einer wachsenden Zahl denkender Leser vielleicht auch dazu führen, daß 1984 Aussagen aus 1984 eher als objektive, den Imperialismus demaskierende erkannt werden?“

Die „Leipziger Volkszeitung“ zitierte zwar Orwells Versicherung, daß er mit dem Buch den Sozialismus nicht habe angreifen wollen, meinte aber, daß „1984“ ein „nahezu ideales antikommunistisches Angebot“ gewesen sei. „Das Buch kam zur rechten Zeit, um sofort nach seinem Erscheinen ganz in die antisowjetische ‚kalte‘ Kriegsführung integriert zu werden, und es diente auch tatsächlich beispielsweise als ideologisches Rüstzeug für NATO-Seemannöver 1955 gegen die Sowjetunion. In westdeutschen Tageszeitungen von 1949 wurde Orwells Buch in eine lückenlose antikommunistische Strategie eingefügt, und der Ton der literarischen Kritik glich bis zu den gängigen Redewendungen - „graue, grausame Trostlosigkeit brutaler Technis-“

AP, Berlin
rung vollendeter Parteidiktatur - der unablässig praktizierten Verleumdung des realen Sozialismus.“

Orwells Buch teilte „alle niedrigen Vorurteile, Aversionen und Ängste mit, welche die spätbürgerliche Gesellschaft in ihrem allgemeinen Krisenzustand täglich massenhaft produziert, und sein Buch ist auch heute dazu angetan, beim manipulierten Leser imperialistischer Länder das Schreckensbild zu verbreiten, daß jeder Versuch, den Sozialismus zu realisieren, zu einer katastrophalen Lebensordnung führen werde.“

Deshalb ist es nach Darstellung des Blattes kein Zufall, daß Orwells „1984“ im westlichen Bücherangebot des Jahres 1984 zu finden sei. Aber, so wurde hinzugefügt, die Hoffnungen jener, die für 1984 ein Orwell-Jahr angekündigt hatten, beruhten „heute wie damals auf dem offiziellen Antikommunismus“ und auf dem „von der Wirklichkeit unendlich weit entfernten Bild vom realen Sozialismus“.

Doch bringe die unerbittliche Logik der gesellschaftlichen Entwicklung zutage, „daß Parallelen zwischen Orwells 1984 und der realen Welt des Imperialismus unmittelbar vor 1984 nicht mehr zu übersehen sind“, schrieb die „Leipziger Volkszeitung“. Am augenfälligsten werde das „im Sachverhalt sich verdichtenden der totalen Überwachung der Bürger durch (westliche) Fährdungscomputer und durch die Technik der National Security Agency als des intensivsten Geheimdienstes der USA“.

(ERICH WAHA)

In der Bundesrepublik Deutschland hat jetzt der Ullstein-Verlag, Berlin, eine neue Übersetzung von George Orwells Roman „1984“ herausgebracht, dazu ein von Dieter Hesselblat ediertes Buch mit Beiträgen von Schriftstellern und Wissenschaftlern sowie die Standard-Biographie über Orwell von Peter Lewis.

Hussein startet Initiative zur Vertretung der Palästinenser

Fortsetzung von Seite 1

aus syrischer Kriegsgefangenschaft entlassenen Piloten Goodman hat Präsident Reagan in Washington seine Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen mit dem syrischen Staatspräsidenten Assad erklärt. Reagans Pressesprecher Spokes sagte dazu jedoch, es gebe vorläufig keine konkreten Pläne für eine solche Begegnung.

Die Reagan-Administration scheint vorläufig bemüht zu sein, ihre Position zu konsolidieren, die vor allem nach der Freilassung von Goodman zunehmend kritisiert worden war. Ein erster Erfolg ist die Verlautbarung des republikanischen Minderheitenführers im Repräsentantenhaus, Robert Michel, der erklärte hatte, die Anwesenheit der US-Truppen in Libanon sei zur Zeit richtig.

Auch ein erster Erfolg der Verhandlungsbemühungen in Libanon scheint bevorzustehen. Präsident Amin Gemayel hat nach Angaben aus Beirut von Syrien und Israel die Zusage erhalten, einen Sicherheitsplan für Libanon zu veröffentlichen. Der Plan Saudi-Arabiens, der in Konsultation mit Washington ausgearbeitet wurde, sieht unter anderem die Schaffung von Pufferzonen im umkämpften Süden Beiruts und in den Schuf-Bergen südlich der Hauptstadt vor. Präsident Gemayel hat nach Informationen aus Beirut die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Großbritannien ersucht, ihre Friedenstruppen in Libanon zu belassen, um so das Zustandekommen des sandarabischen Sicherheitsplanes zu gewährleisten.

PETER MEYER-RANKE, Beirut
Nachdem sich der König in einem Fernseh-Interview am Montag für „neue Beziehungen“ zwischen den Jordanern und Palästinensern ausgesprochen hatte, wurde jetzt in Amman eine Sondersitzung des Parlaments angekündigt. Hussein bat darum, daß sich die Abgeordneten in der Zeit zwischen dem 9. und 12. Januar

bereithalten. Offenbar soll das Parlament Neuwahlen beschließen und damit ein politisches Experiment einleiten, das auf vielen Umwegen zu Verhandlungen mit Israel führen kann.

Das Parlament mit 60 Abgeordneten war seit dem Verlust des Westjordanlandes 1967 an Israel nicht mehr zusammengetreten, da die Hälfte oder 30 Abgeordnete diesen 1949 annektierten Landesteil mit seiner palästinensischen Bevölkerung (700 000 Bewohner) vertraten.

Man nimmt in Amman an, daß Neuwahlen nur in Ostjordanien stattfinden werden und daß König Hussein die 30 Abgeordneten der Palästinenser aus den besetzten Gebieten ernennen wird. Entweder leben sie bereits in Amman, oder sie könnten wie die Bürgermeister mit Erlaubnis der Israelis zu Sitzungen nach Amman reisen.

Kommt es zu Wahlen, ergeben sich für Hussein Chancen und Gefahren. Zunächst hat der König die Möglichkeit, aus den gewählten Jordanern (Ostjordanern) und Palästinensern (besetztes Westjordanland) eine gemeinsame Verhandlungsdelegation zu bilden, ohne länger auf die handlungsfähige PLO warten zu müssen. Der Beschluß von Bagdad über die PLO als „einzige Vertreterin“ wäre unterlaufen, aber Palästinenser nach der Wahl Husseins wären dabei.

König Hussein könnte der arabischen Welt ein Parlament präsentieren, in dem Jordaner und Palästinenser zusammenarbeiten. Dabei hätten die Palästinenser sicher eine größere Mehrheit als die verfassungsmäßigen 50 Prozent, da viele der in Ostjordanien gewählten Volksvertreter auch Palästinenser wären. Denn von den 24 Millionen Einwohnern Ostjordanien (ohne besetzte Gebiete) sind ja rund 60 Prozent Palästinenser und waren bis 1948 im Mandatsgebiet Palästina ansässig. Sie haben heute jordanische Pässe.

Ob sich der nominale PLO-Chef Arafat an einer jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation beteiligt, bleibt fraglich. Er würde dann das Alleinvertretungsrecht der PLO formell aufgeben. Aber denkbar ist, daß er den Schachzug Husseins insgeheim billigt. Denn der jordanische König besitzt amerikanische Zusicherungen, daß Washington alles, was ihm nützt, unternehmen werde, um den israelischen Siedlungsbau im Westjordanland zu stoppen, wenn Hussein wirklich zu Verhandlungen bereit ist. Noch im April 1983 hatte ihn das Nein Arafats und der PLO daran gehindert, für die Palästinenser sprechen und handeln zu dürfen.

Wenn es ein gemeinsames Nahziel von Hussein und Arafat gibt, dann ist es der Siedlungstopp. Aber das Taktieren des Königs, so wie es sich abzeichnet, bietet auch Syrien und Libyen einen neuen Grund, sich endgültig und entschieden gegen Arafat und Hussein zu wenden, weil sie Verhandlungen von König Hussein als Sprecher der Palästinenser vereiteln müssen. Sonst verlieren sie die von ihnen beherrschten PLO-Fraktionen. Syrien ist außerdem als Partner Irans mit Jordanien verfeindet, das Irak im Golfkrieg den Nachschub sichert. Kurz: Hussein gefährdet mit Neuwahlen und danach kommenden Verhandlungen Leben und Thron.

Hussein muß die 1,4 Millionen Palästinenser innerhalb seines Herrschaftsgebiets ruhig halten, sie gegen syrische und radikale PLO-Einflüsse abschirmen.

Trotzdem kam es seit Oktober zu 14 Bombenanschlägen in Jordanien. Und die in Damaskus sitzende Terrorgruppe von Abu Nidal hat zusammen mit dem syrischen Geheimdienst die Jagd auf Jordanier im Ausland eröffnet. In Athen, Neu-Delhi, Rom und Madrid wurden in den vergangenen Wochen acht jordanische Botschafter oder Diplomaten ermordet oder schwer verletzt.

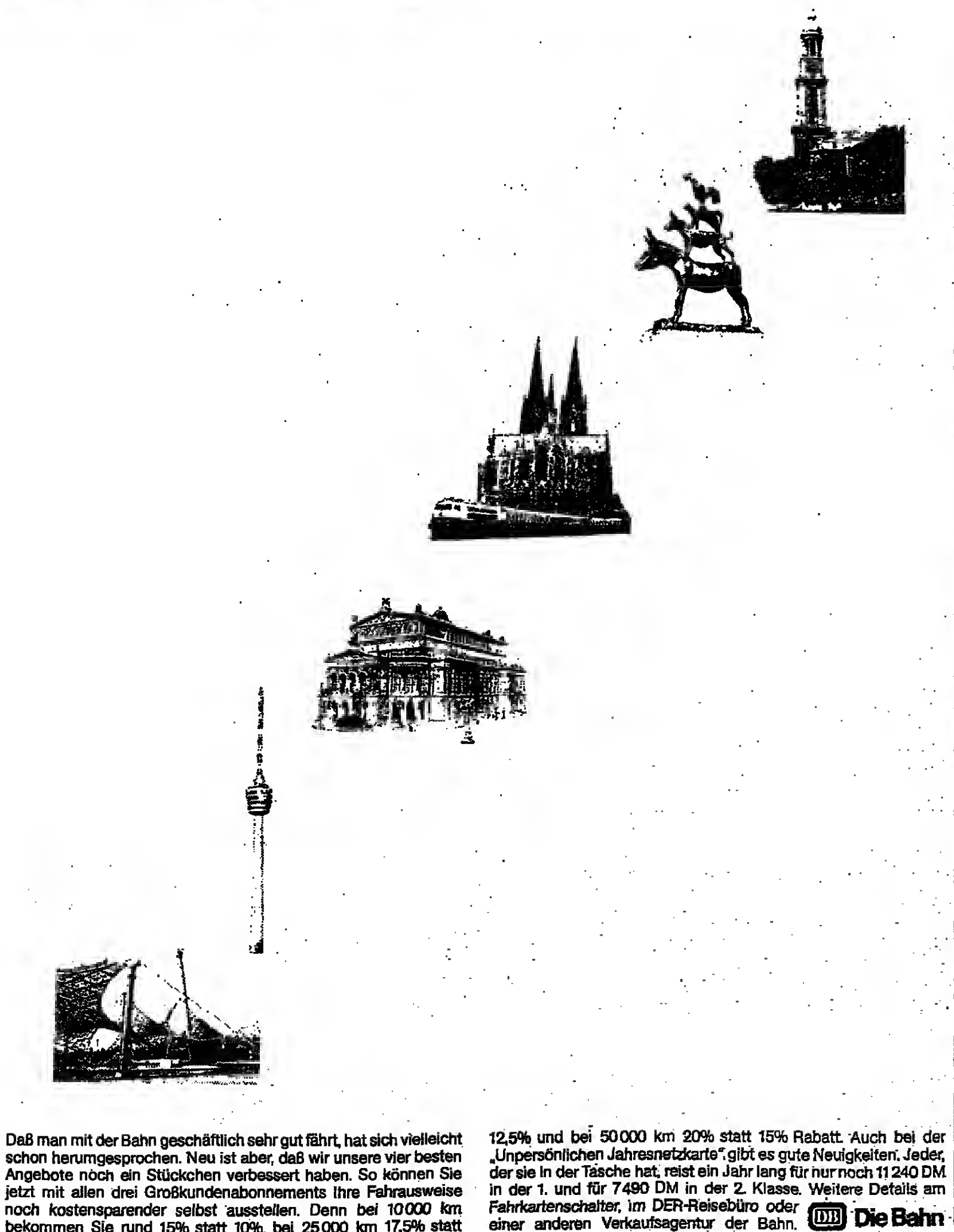
Jaruzelskis Probleme mit den Offizieren

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn
Insgesamt 13 000 polnische Offiziere sind während der Dauer des „Kriegszustandes“ oder kurz davor von verschiedenen Säuberungen - angefangen von der Entfernung aus der Truppe - erfaßt worden. Einer der erfahrensten Beobachter der polnischen Volksarmee, der polnischstämmige Brite George C. Malcher, nannte in der größten polnischen Wochenzeitung im Westen „Tydzien Polski“ (London) weitere Einzelheiten. Allein die Säuberungen in den Parteilorganisationen der polnischen Streitkräfte hätten dazu geführt, daß der Prozentsatz von Offizieren mit KP-Ausweis von 1981 bis 1983 von 85 auf 64,3 Prozent zurückgegangen sei. Eine solche große Säuberung habe es bisher nicht in der polnischen Volksarmee gegeben, schrieb Malcher. General Jaruzelski habe es keineswegs leicht gehabt, innerhalb des Militärs die entsprechenden Vorbereitungen für die Ausräumung des Kriegszustandes zu treffen. Denn: In der „Solidarität“-Ära wurden bei Wahlen zu den militärischen Parteilorganisationen 80 Prozent der Parteisekretäre, vornehmlich Politoffiziere, abgelöst und durch sogenannte Linienoffiziere ersetzt.

AFF, Warschau
700 Wissenschaftler und Mitarbeiter der polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau haben in einem Brief an den polnischen Staatspräsidenten die Freilassung von Karol Modzelewski gefordert. Modzelewski war Präsident der Sektion „Solidarität“ und ist einer der elf Spitzenfunktionäre der polnischen Opposition, die derzeit in Gefängnissen auf ihren Prozeß warten.

Der Brief ist Teil einer Aktion der Untergrundführung der „Solidarität“. Im vergangenen Dezember hatten bereits 53 polnische Intellektuelle in einem offenen Brief die Freilassung aller politischen Häftlinge gefordert.

WER GESCHÄFTLICH VIEL HERUMKOMMT, KANN DIES 1984 NOCH PREISWERTER TUN.



Daß man mit der Bahn geschäftlich sehr gut fährt, hat sich vielleicht schon herumgesprochen. Neu ist aber, daß wir unsere vier besten Angebote noch ein Stückchen verbessert haben. So können Sie jetzt mit allen drei Großkundenabonnements Ihre Fahrtausweise noch kostensparender selbst ausstellen. Denn bei 10 000 km bekommen Sie rund 15% statt 10%, bei 25 000 km 17,5% statt 12,5% und bei 50 000 km 20% statt 15% Rabatt. Auch bei der „Unpersönlichen Jahresnetzkarte“ gibt es gute Neuigkeiten. Jeder, der sie in der Tasche hat, reist ein Jahr lang für nur noch 11 240 DM in der 1. und für 7 490 DM in der 2. Klasse. Weitere Details am Fahrkartenschalter, im DER-Reisebüro oder einer anderen Verkaufsstelle der Bahn.

Die Bahn

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Manipulierte Sprache

„Klare Liebe zu Bach und Beethoven“,
WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der sowjetischen Doktrin hat „Antikommunismus“ eine feststehende Bedeutung. Er ist der Inbegriff von Friedens- und Fortschrittsfeindlichkeit und gehört in den Bereich ideologischer Kampfbegriffe.

In der Zeit, als die allgemeine Begriffsaufklärung in unseren öffentlichen Leben noch nicht gelungen war, war in der Bundesrepublik Deutschland Antikommunismus eine Ausdrucksform wehrhafter Demokratie. In der Ära Brandt begannen relativierende Beiworte einzusickern.

Der damalige Bundeskanzler sprach von einem „primitiven“ Antikommunismus, ohne ihn von einem „nicht-primitiven“ abzugrenzen. Damit konnte jeder, der den Begriff unverändert rein verwandte, in den Ruf eines Primitiven geraten. Eine Totschlagvokabel war geboren.

Von dieser Art ist auch die von Günter Gaus eingeführte Rede vom „totalitären“ Antikommunismus. Unter dem Oberbegriff Totalitarismus sind die Unterscheidungen Faschismus und Kommunismus zu begreifen und abzuwehren. Gaus hat mit seiner Formulierung antitotalitäre Haltung in die Nähe des Totalitarismus gerückt und damit alles auf den Kopf gestellt: ein Meisterstück dialektischer Verdrehungskunst aus der Agitprop-Werkstatt.

Wenn ist in der Bundesrepublik Deutschland mit solchen Manipulationen gedient? Die Sowjetunion ist damit nicht zu beschwichtigen. Ob mit oder ohne Beiwort, wer den Frieden in sowjetischem Sinn will, muß jeder Form von Antikommunismus entsagen. Da es die Intelligenz der

Macher unterschätzen hieß, dessen nicht bewußt zu sein, müssen bei ihnen geheime Sehnsüchte vorliegen, die eine „ganz andere Republik“ zum Ziel haben.

Mit freundlichen Grüßen
H. Wahl,
Köln 30

Ein Glücksfall

Leserbrief: Galilei und das Flügelt,
WELT vom 24. Dezember

Herr A. Eckhardt hält es für eine schwer lösbare Frage, wie wohl Galilei an die heliozentrische Lehre Aristarch von Samos gelangt sein könne. Das ist kein Problem. Galilei basiert auf „De revolutionibus orbium“ des N. Kopernikus, der während seiner zehnjährigen universalen Studien in Bologna und Pisa kaum hätte vermeiden können, von der Heliozentrik des Aristarch Kenntnis zu nehmen.

Die Reihe der Bücher, die in den letzten Jahren von Historikern und Kirchenmännern in deutscher Sprache über Galilei erschienen sind, tragen die geschichtlichen Fakten mit Fleiß und großem Spürsinn zusammen, haben aber den offensichtlichen Mangel, daß kein urteilsfähiger moderner Physiker zu Rate gezogen wurde und vor allem auch kein Fachmann, der den Vorgang des Erfindens zu beurteilen weiß. Letzteres wäre wichtig für ein richtiges Bild Galileis, der nach Natur und Charakter Erfinder war, mit allen Glanzlichtern und Schatten dieses Typus.

Es ist als Glücksfall zu verzeichnen, daß Krümer-Badoni die Editione Nazionale in seiner Muttersprache zu lesen vermag und zu hoffen, daß seine Feder erfolgreich sein wird gegen alle Mißdeutungen, die über Galilei zu erwarten sind.

Dr. H. Zödl,
Leer

Deutsche Realität

Schon seit über 20 Jahren schicke ich an Kriegskameraden und Studienfreunde regelmäßig Pakete nach „drüben“. Bis jetzt ist nur ein Paket verlorengegangen, die Ausgaben dafür ersetzte mir die Deutsche Bundespost - einschließlich Porto.

In diesem Jahr sandte ich zu Weihnachten auch wieder mehrere Pakete ab. So auch an einen Kriegskameraden, der u. a. um einen Wandkalender bat. Ich legte dem Paket einen Kalender mit Blumen- und Tiermotiven bei. Im Dankschreiben mußte er mir mitteilen, daß das Paket geöffnet wurde und der Kalender herausgenommen worden ist. Dafür legte die Deutsche Post in Dresden einen Zettel mit folgendem Text bei: „In dieser an Sie gerichteten Sendung wurden nachfolgend aufgeführte Gegenstände entgegen der Rechtsvorschriften der DDR eingeführt: ein Kalender. Die Einziehung wurde gemäß Paragraph 16 Zollgesetz vom 28. 3. 1962 nach der Fassung des Devisengesetzes vom 19. 12. 1973 durch die Zollverwaltung der DDR, Postzollamt, vorgenommen.“

Kommentar überflüssig!
Otto Renkel,
Darmstadt

Wort des Tages

„Es genügt nicht, nur das Übel, die Ungerechtigkeit, das Leiden dieser Welt zu sehen und sich in Taten zu stützen. Wir müssen auch wissen, warum diese Dinge Unrecht sind. Sonst beseitigen wir einzelne Übel um den Preis von neuen, die wir schaffen.“

Thomas Stearns Eliot, brit. Autor
(1898-1985)

Personalien

VERÄNDERUNGEN

Die deutsche und die französische Regierung haben für die Dauer von fünf Jahren Daniel Groscheles zum Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks und Gert Hammer zu seinem Stellvertreter ernannt. Die beiden neuen Generalsekretäre lösen Reinhard Wilke und Bernhard Lüllmann ab. Der 1938 geborene Groscheles ist seit 1982 Direktor für internationale Beziehungen im französischen Bund für Erziehung und Weiterbildung. Der 1942 geborene Politologe Hammer ist seit 1970 in der Bundesgeschäftsstelle der CDU tätig, zuletzt als Leiter der Hauptabteilung Politik.

*

Prof. Gabriele Kokott-Weldenfeld, CDU-Abgeordnete im rheinland-pfälzischen Landtag und ju-

gendpolitische Sprecherin der Fraktion, wurde in Bonn zur Bundesvorsitzenden des Fachausschusses Jugendpolitik gewählt. Vorgängerin in diesem Amt war die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Ingrid Karwatzki, MdB. Aufgabe des Bundesfachausschusses ist es, den Bundesvorstand der CDU in Fragen der Jugendpolitik zu beraten.

GEDENKEN

Zum 108. Geburtstag Konrad Adenauers versammelten sich an seinem Grab auf dem Rhöndorfer Waldfriedhof zahlreiche Politiker. Dr. Bernhard Worms, CDU-Präsident und Vorsitzender der CDU Rheinland, sprach Worte des Gedenkens und legte im Auftrag des

Bundesvorsitzenden der CDU und Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl einen Kranz nieder. Von der Familie Adenauer war Dr. Lotte Malkamp erschienen, von der Konrad-Adenauer-Stiftung Minister a. D. Bruno Heck als Vorsitzender und Karl-Heinz Bilke als Hauptgeschäftsführer der Stiftung.

GEBURTSTAG

Martin Jente, Schauspieler und viele Jahre Fernsehproduzent beim Hessischen Rundfunk, feiert am 6. Januar seinen 75. Geburtstag. Dem Publikum wurde er vor allem durch seine Auftritte als Butler Martin mit Hans Joachim Kulenkampff in „Der Herr der Ratten“ bekannt. Zuvor und daneben war er jedoch auch als Sprecher und Schauspieler am Theater, im Film und im Fernsehen tätig.

Thatchers Ultimatum

In London - Die Zeitabstände verkürzen sich zusehends, in denen die britische Premierministerin Thatcher die Europäische Gemeinschaft vor "geeigneten Maßnahmen" warnt, falls fällige Erstattungen auf britische Beitragszahlungen zum EG-Haushalt zurückgehalten werden. Doch während Margaret Thatcher bislang ausnahmslos das Unterhaus als Forum für Drohungen benutzte, scheint sie zunehmend die breite Öffentlichkeit in ihre Kampagne einzubeziehen.

Jedenfalls hat sie jetzt in einem Fernseh-Interview mit scharfen Worten wie kaum zuvor der EG ein Ultimatum gestellt. Falls das Großbritannien zustehende Geld nicht binnen drei Monaten überwiesen würde, bliebe keine andere Wahl, als "Schritte zu unternehmen, um unsere Position zu schützen". Damit ist der gängige Unterhaus-Terminus, der zufolge nichts anderes gemeint, als daß London die EG-Beitragszahlungen zurückhalten würde.

Bei den Erstattungen geht es einmal um Ausgleichszahlungen für Großbritannien, die 1982 in Höhe von 42 Millionen Pfund (186 Millionen Mark), die vom Europäischen Parlament blockiert wurden, und um die Erstattung der britischen Beitragszahlungen (1,8 in Höhe von 457 Millionen Pfund (1,9 Milliarden Mark) - fällig Ende März.

Aber auch wenn Margaret Thatcher mit ihrer Bemerkung richtig

liegt, daß Großbritannien diese Erstattungen "dringend" benötigt, "es ist unser Geld, es ist fällig, es ist uns versprochen", so darf sie doch nicht vergessen, welchen Schaden sie mit ihrem provozierenden Gang an die Öffentlichkeit anrichtet. Innerhalb der Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der EG in keinem anderen Mitgliedsland so groß wie in Großbritannien. Mit ihrer Haltung beschwört sie weit mehr herauf als "nur" eine sich zuspitzende Finanzkrise der Gemeinschaft.

Renner

ed. - Nach einem recht ordentlichen Jahrgang '82 versprach 1983, das "Jahr der Aktie", eine noch ärgere Enttäuschung. Wer daran geglaubt hatte, ist reichlich belohnt worden. Auch die Aktien-Investmentsparer, die auf die klassischen Publikumsfonds gesetzt haben. Das hätte, so sollte man annehmen, auch den Absatz beleben müssen. Aber weit gefehlt. Diese Fonds waren die Schlusslichter im Vertrieb, wenngleich sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr spürbar verbessert hat. Das ist nur zum Teil damit zu erklären, daß Investmentanleger Gewinne realisiert haben, in die Wertpapierrente hineingewachsen, die direkte Anlage in Aktien vorzog. Absatzrennen waren erstmals die Immobilienfonds und - mit nur geringem Abstand - abermals die Renditefonds mit einer mehr als bescheidenen Wertentwicklung. Vielleicht hätten mehr Investmentspareraufsichtliche Pferd gesetzt, wenn die Anlageberater am Bankständer mehr Mühe zur Aktie aufgebracht hätten.

Mutige Reformen

Von EVANGELOS ANTONAROS, Ankara

Es kommt sehr selten vor, daß Wahlwieser in Ländern an der Peripherie Europas das im Wahlkampf überschwellig Versprochene auch nach der Amtübernahme ohne große Abstriche verwirklichen. Gerade deshalb verdient die Haltung des neuen türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal besondere Beachtung. Keine vier Wochen im Amt, hat der konservative Spitzenpolitiker, der die Wahl vom 6. November gegen den Willen der Generalität gewann, konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, die in ihrer Gesamtheit erheblich revolutionärer als seine Verheißungen im Wahlkampf zu sein scheinen. Turgut Özal hat bewiesen, daß er ein Mann von Prinzipien ist.

Özals Programm hat einen deutlich erkennbaren roten Faden: Es weist ihm nämlich, wie es übrigens seit geraumer Zeit bekannt ist, als einen kompromittierten Anhänger der freien Marktwirtschaft, als einen entschiedenen Gegner jeder Art von Dirigismus und Protektionismus in der Wirtschaft aus.

Die Liberalisierung des Außenhandels und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Industrieproduktion haben für Özal und sein Team absoluten Vorrang. Den Außenhandel hat er schon liberalisiert. Eine Menge von Gütern, darunter Autos, Spirituosen, Stereoanlagen und Fernsehgeräte, die bisher unter keinen Umständen importiert werden durften, dürfen ab sofort die Türkei erreichen, wobei die Importeure hohe Einfuhrzölle zu entrichten haben. Die für den Staat dadurch entstehenden Zusatzeinnahmen will Özal, der dem Durchbruchsstadium auf Schritt und Tritt Opfer abverlangt, für den Bau von billigen Sozialwohnungen in den Slums der türkischen Großstädte einsetzen.

Özals Außenhandelspolitik ist bereits mit scharfer Munition angestrichen worden: Seine Gegner werfen ihm vor, daß er durch die bevorstehende Überschwemmung des einheimischen Marktes mit ausländischen Produkten, vielen türkischen Industriestellen den Todesschlag geben wird. Aber Özal denkt anders. Durch die Zunahme der Importe soll die einheimische Industrie angespornt werden, die Qualität ihrer eigenen

Produkte zu erhöhen. Dadurch wäre die Erschließung von neuen Märkten im Ausland möglich. Özal will den Transport dieser Exportgüter subventionieren und Firmen mit einem großen Exportvolumen erhebliche Steuerminderungen gewähren.

Gleichzeitig will er die markten, hochdefizitären Staatsbetriebe sanieren. Özal ist ein entschiedener Gegner der Erhaltung von verschuldeten Firmen, ob im Staats- oder im Privatbereich. Daher hat er die Preise von einer Reihe von Produkten, die im Staatsmonopol erzeugt werden, um 11 bis 50 Prozent erhöht. Salz, Zigaretten, Spirituosen, Streichhölzer, Heizöl und Treibstoff gehören dazu. Dadurch will er die enormen Defizite abbauen.

Populär werden diese Maßnahmen sicherlich nicht sein. Möglicherweise werden sie kurzfristig auch die Inflation antreiben, die 1983 knapp 40 Prozent betragen hat. Aber Özals rechte Hand, der Staatssekretär im Schatzamt, Pakdemirli, ist zuversichtlich, daß auf lange Sicht diese Maßnahmen Wirkung zeigen werden. Durch eine Anhebung der Zinssätze für Sparguthaben auf bis zu 52 Prozent sollen die Türken dazu gebracht werden, mehr als bisher zu sparen.

Diese Ziele hat Özal jetzt ins Auge gefaßt: Die Inflation will er erheblich senken und das 1983 auf 1,8 Milliarden Dollar geschätzte Zahlungsbilanzdefizit drastisch reduzieren. Ihm geht es auch um die Bekämpfung des schwarzen Marktes für Devisen, der in der Türkei floriert. Daher hat er die Errichtung von Devisenkonten für jeden Türken zugelassen. Ebenfalls wurden die Einschränkungen für Auslandsreisen beseitigt.

Vor dem Hintergrund des Ektismus, der in der Türkei seit den Zeiten des Staatsgründers Atatürk zur Staatsmaxime geworden ist, kommen Özals Reformen einer Revolution gleich. Ohne Risiken sind sie sicherlich nicht, aber Özal weiß, daß Mut gebraucht wird. Denn nur ein Reformprogramm kann auf die Dauer die türkische Wirtschaft sanieren. Ohne eine Stabilisierung auf lange Sicht und ohne die Schaffung von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten wird für die Türkei immer die Gefahr einer sozialen und hierarchischen politischen Radikalisierung vorhanden sein.

STEUERREFORM / Bonn will bis Mitte des Jahres nur Leitlinien beschließen

Neuregelung des Familienlastenausgleichs verzögert Stoltenbergs Zeitpläne

HEINZ HECK, Bonn

Die wichtigste steuerpolitische Entscheidung dieses Jahres ist die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs. Hatte Finanzminister Stoltenberg noch im Sommer 1983 eine Kabinettsentscheidung für Anfang dieses Jahres angekündigt, so wird die Bundesregierung nach seiner gestrigen Erklärung "bis Mitte des Jahres Leitlinien beschließen". Offen ist dabei weiterhin, wann die Reform in Kraft treten soll.

Für die sich abzeichnenden Verzögerungen gibt es mehrere Gründe. Die im Vorfeld zu klärenden Fragen erfordern mehr Zeit, als zunächst angenommen - dies vor allem deshalb, weil die Neuregelung des Familienlastenausgleichs mit in die Reform einbezogen werden soll. Zum anderen haben sich mittlerweile auch die Parlamentarier dieses Themas bemächtigt. Auf Veranlassung von Unionsfraktionschef Dregger ist im Sommer 1983 unter Vorsitz des Abgeordneten Altmeppen eine Kommission Familienlastenausgleich ins Leben gerufen worden, die die beziehungsweise Abkürzung Flak trägt. Neben Bundestagsabgeordneten gehören ihr Vertreter Unionsgeführter Bundesressorts und Landesregierungen sowie der Landtagsparlamente an den SPD-geführten Bundesländern an.

Stoltenberg hat gestern einen Ansatzpunkt der Reform verdeutlicht: Vom erarbeiteten Mehrerfordernisse werde zuviel weggelassen. Das gelte vor allem für den ersten Teil der Progressionszone von 16 000/36 000 bis 60 000/120 000 Mark Jahresinkommen (Ledige/Verheiratete), wo die Grenzsteuersätze zu stark und zu

schnell von 22 auf 50 Prozent ansteigen. Zugleich hat er den Vorrang der Haushaltskonsolidierung betont: "Für die angestrebte Wirtschaftsbelebung ist die Gesundung der öffentlichen Finanzen noch wichtiger als die Einkommensteuerrückstellung". Er kündigte zusammen mit der Tarifänderung "Ausgleichsmaßnahmen" an, vor allem den Abbau steuerlicher Subventionen.

Stoltenbergs Erklärung zum Familienlastenausgleich ist dagegen sehr allgemein gehalten: "Die Steuerentlastung sollte sich auch deutlich zugunsten von Familien mit Kindern auswirken". In diesem Punkt sei das geltende Steuerrecht "dringend anhebungsbedürftig".

Wie diese Änderung aussehen soll, ist hingegen nicht nur zwischen den Koalitionspartnern, sondern auch innerhalb der Union offen bis umstritten. Zwar hatte sich der Bundeskanzler bereits in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1982 auf das Familiensplitting festgelegt. Doch favorisieren zum Beispiel die Bundesländer, aber auch Familienminister Geißler eine Entlastung durch Freibeträge (die 1975 abgeschafft und

1983 mit jährlich nur 432 Mark wieder eingeführt wurden), kombiniert mit einer Kindergeldregelung für Bezieher niedriger Einkommen. Geißler und Stoltenberg erörtern diese Frage in einer interministeriellen Arbeitsgruppe beider Häuser und haben sich nach monatelangem Streit über die Federführung auf einen gemeinsamen Vorsitz geeinigt.

Beim Familiensplitting steht das Vollsplitting (das zu versteuernde Einkommen wird vor der Anwendung des Steuertarifs durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt) nicht mehr zur Diskussion, da zu teuer. Die Auseinandersetzung geht nur noch um die Frage, ob Teilsplitting (dabei wird für Kinder ein niedrigerer Divisor als eins angesetzt, der mit wachsender Kinderzahl zum Beispiel auch degressiv gestaltet sein kann) oder kombinierte Freibetrags-/Kindergeldlösung. Finanz-Staatssekretär Häfeler favorisiert das Teilsplitting (das schon mit Rücksicht auf Karlsruhe das Ehegatten-Splitting unberührt läßt), während Stoltenberg sich - so auch gestern - mit festlegenden Stellungnahmen noch zurückhält, da er zunächst das Ergebnis der Beratungen und Berechnungen abwarten will.

Zum 1. Januar 1985 muß in jedem Fall die steuerliche Behandlung allein erziehender Eltern neu geregelt werden, da der Verfassungsgerichtsurteil vom 3. November 1982 dies gebietet.

US-FISKALPOLITIK

Hohes Haushaltsdefizit auch für 1985 vorgesehen

H.A. SIEBERT, Washington

Für die Wall Street sind es vor allem drei Gründe, die im Ausland den Appetit auf amerikanische Dollar neu entfacht haben: die anhaltende Krise in Libanon, der Militärcoup in Nigeria und die ersten genaueren Angaben über den Haushaltsentwurf des Weißen Hauses für das Finanzjahr 1985, den Präsident Ronald Reagan am 30. Januar dem Kongress übermitteln wird. Der dritte Faktor wird als der wichtigste angesehen. Der Schock ist groß, denn die Lücke im US-Budget beträgt auch weiterhin rund 200 Milliarden Dollar.

Die Bücher vorzeitig geöffnet hat der Leiter des Haushaltsbüros der Administration, David Stockman, vor republikanischen Abgeordneten. Die schon üblichen Lecks sind Teil des Washingtoner Entscheidungsprozesses. Laut Stockman entwickelt sich das Defizit wie folgt, vorausgesetzt, der Kongress kürzt die Ausgaben um neun Milliarden Dollar und die Steuern werden nicht erhöht:

1. Das US-Bruttoinlandsprodukt wächst in den Kalenderjahren 1984 und 1985 real um 5,3 (1983: 3,3) und 4,1 Prozent und danach um vier Prozent. Das "ordentliche" Minus erreicht 1984 und 1985 jeweils 186 Milliarden Dollar und steigt 1986 auf 195 und 1987 auf 199 Milliarden Dollar, bevor es 1988 auf 179 Milliarden Dollar sinkt.

2. Amerikas Wirtschaft wächst langsamer als vorausgesehen, und die

Zinsen ziehen an: Danach schlägt das Defizit im Finanzjahr 1984, das am 1. Oktober begann, mit 188 und 1985 mit 197 Milliarden Dollar zu Buch. 1986 steigt es auf 225, 1987 auf 250 und 1988 auf 268 Milliarden Dollar.

In diesen Projektionen nicht enthalten sind die roten Zahlen der Off-Budget Agencies, die 12 bis 18 Milliarden Dollar ausmachen können und addiert werden müssen. Demnach übersteigt das Gesamtdefizit 1984 und 1985 wieder 200 Milliarden Dollar, nachdem es 1983 mit 208 Milliarden Dollar einen neuen Rekord aufstellte. Die Ausgaben des amerikanischen Bundes sind für 1985 mit 925 und für 1986 mit 1075 Milliarden Dollar angesetzt; die Aufwendungen für die Verteidigung sollen 1985 um 13 Prozent auf 305 Milliarden Dollar zunehmen.

Wie schon im Vorjahr, wird Reagan dem Kongress "Notesteuern" vorschlagen, die 1986 in Kraft treten und im selben Finanzjahr das Defizit auf rund 145 (1987: 144; 1988: 119) Milliarden Dollar drücken würden. Dies ist jedoch insofern eine Milchmädchenrechnung, weil der Kongress vor den Wahlen keinen weiteren Ausgabenkürzungen zustimmen wird, von denen das Weiße Haus jedoch höhere Abgabenlasten abhängig macht. Nach dem Durchsichtern der düsteren Defizitprognosen verteuerte sich in den USA Notenbank-Tagegeld zeitweise auf elf Prozent.

AUF EIN WORT



In den Technologien der Zukunft wird die menschliche Kreativität Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, die alle bisherigen Entwicklungen übersteigen, wird aber zugleich Engpaß für die Geschwindigkeit des Fortschritts sein. Der Ingenieur wird die Kreativität des Künstlers benötigen. Technik und Kunst, Arbeit und Spiel fließen zusammen.

Prof. Dr. Günter Spur, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik, Berlin. FOTO: OIEWELT

Zahlungsmoral wieder besser

Der leichte wirtschaftliche Aufschwung im zweiten Halbjahr 1983 hat sich nach Beobachtungen der Wirtschaftsausschüsse der Bundesbank, Frankfurt, zum Jahresende auch durch eine leicht verbesserte Zahlungsmoral bemerkbar gemacht. Nach einer repräsentativen Umfrage hielten sich im vierten Quartal 65,6 Prozent und damit 2,5 Prozent mehr Firmen an die vereinbarten Zahlungsziele als im vorangegangenen Quartal. Damit steigt der Durchschnitt der pünktlich begleichtenden Betriebe im Gesamtjahr 1983 auf 63,5 Prozent nach 61,1 Prozent im Vorjahr.

INVESTMENTGESELLSCHAFTEN

Die deutschen Aktienfonds brachten 1983 gute Gewinne

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Wertsteigerungen um 19,9 bis 35,4 Prozent - jeweils unter Einrechnung der 1983er Ausschüttungen - bescherte die feste Börse den in deutschen Aktien anlegenden Publikums-Investmentfonds im abgelaufenen Jahr. Aber selbst der Spitzenreiter, der Deviv Invest, hinter dem die DG-Bank steht, konnte mit der Steigerung repräsentativer Aktienindizes - der aus rund 80 Aktien zusammengesetzte WELT-Aktienindex erhöhte sich um 37,4 Prozent - nur knapp mithalten, obwohl die Dividendenabschläge den Anstieg der Indizes bremsen. Dies liegt im wesentlichen daran, daß Investmentfonds nicht hundertprozentig in Aktien investiert sind, sondern einen Teil ihres Vermögens in Bankguthaben und festverzinslichen Wertpapieren halten, um jederzeit liquide zu sein.

KONJUNKTUR

Europäische Industrie zeigt wieder mehr Zuversicht

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Industrieländer in der EG betrachten die wirtschaftliche Entwicklung mit wachsender Zuversicht. Dies bestätigt die jüngste Konjunkturumfrage im Auftrag der Brüsseler Kommission. Der aus mehreren Komponenten zusammengesetzte "Indikator für das Vertrauen in der Industrie" verbesserte sich danach für die Gemeinschaft von Oktober bis November um zwei Prozentpunkte. Sowohl die Einschätzung der Auftragsbestände und Fertigwarenlagen wie die Produktionsveränderungen für die nächsten Monate fielen im EG-Durchschnitt günstiger aus.

Am positivsten äußerten sich die Unternehmer in Großbritannien und Luxemburg (plus sechs Punkte). Auch im Hinblick auf das Ausfuhrvolumen verbesserten sich die Erwartungen gegenüber den Ergebnissen der Juli-Umfrage. Darin spiegelt sich nach Meinung der Kommission eine Kräftigung der Auslandsaufträge wider.

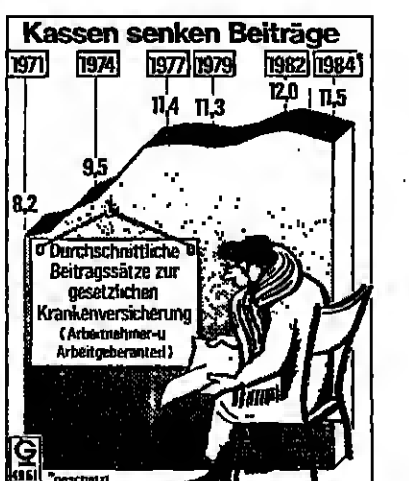
dem stellte sich der Vertrauensindikator zwar pessimistischer dar als im Oktober, doch verbesserte sich der Durchschnitt der Ergebnisse für die beiden letzten Monate im Vergleich zu dem für August und September in sämtlichen EG-Ländern deutlich um zwei bis fünf Punkte.

Im Vergleich zur Juli-Umfrage waren die Antworten der Unternehmer über die Auftragslage in sechs der erfaßten neun Mitgliedstaaten entweder positiver oder weniger pessimistisch. Besonders deutliche Fortschritte gab es in Italien (plus 22 Punkte), der Bundesrepublik (plus zehn Punkte) und Dänemark (plus sechs Punkte). Auch im Hinblick auf das Ausfuhrvolumen verbesserten sich die Erwartungen gegenüber den Ergebnissen der Juli-Umfrage. Darin spiegelt sich nach Meinung der Kommission eine Kräftigung der Auslandsaufträge wider.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften

Bonn (HE) - Die Bundesregierung schätzt die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften für 1983 auf gut 60 Milliarden Mark (1981: 76 und 1982: 70 Milliarden). Nach den vorliegenden Haushaltsplänen von Bund und Ländern sowie Schätzungen für die Gebietskörperschaften wird die Nettokreditaufnahme 1984 auf etwa 55 Milliarden zurückgehen, erklärte Finanz-Staatssekretär Voss (CSU) auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Purps. Die Bundesregierung halte angesichts der absehbaren Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und wachsender privater Kreditnachfrage diese weitere deutliche Verminderung des öffentlichen Finanzierungsdefizits 1984 "für konjunktur- und finanzpolitisch geboten". Bei einem nominalen Wirtschaftswachstum von jährlich sechs Prozent, einem Ausgabeanstieg der Gebietskörperschaften von jährlich drei Prozent und unverändertem Steuerrecht könnte das Finanzierungsdefizit bis 1987 auf 15 Milliarden Mark zurückgehen.



Der Versuch, die Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen, ist offenbar gescheitert: Über 540 Kassen der gesetzlichen Krankenkassen haben ihre Beitragssätze gesenkt - im Jahresdurchschnitt 1983 auf 11,8 Prozent. Für 1984 sind weitere Beitragssenkungen beschlossen, so daß sich der Durchschnittssatz nach Angaben des Arbeitsministeriums auf 11,5 Prozent reduzieren wird.

QUELLE: GLOSUS

Weniger Dollaremissionen

Brüssel (VWD) - Mit einem weiteren Rückgang der Euro-Emissionen mit festem Zinssatz in 1984 rechnet die Banque Internationale à Luxembourg. Der Anteil der Dollar-Anleihen dürfte allerdings zugunsten der D-Mark, des Yen und der Ecu sinken. Gleichzeitig könne aber die Unsicherheit über die Entwicklung der US-Zinsen zu einer Zunahme der Dollar-Emissionen mit variablem Zins führen, meint die Bank. Sie stellt außerdem eine Tendenz zur Ausgabe von mehr Euro-Anleihen mit Emissionsbeträgen über 500 Millionen Dollar fest. Deshalb schließt sie für 1984 ein etwas höheres Emissionsvolumen als 1983 nicht aus.

Krise am Flugzeugmarkt

Paris (dpa/VWD) - Der französische Airbus-Partner Aérospatiale hat die Flaute am Flugzeugmarkt 1983 kräftig zu spüren bekommen. Rückläufige Militär- und Zivilaufträge ließen den Auftragseingang 1983 auf 13 Milliarden Franc (4,4 Milliarden Mark) schrumpfen nach 15,6 Milliarden Franc 1982. Diese Zahl nannte Aérospatiale-Präsident Jean Martre gestern in Paris. Seiner Ansicht nach kann die Krise am Flugzeugmarkt bis über 1984 hinaus anhalten. Aérospatiale hofft weiterhin auf eine baldige Entscheidung für den Bau des geplanten Airbus A-320 mit 150 Sitzen.

Keine Wertschöpfungssteuer

Bonn (tr) - Das Bundesfinanzministerium hat den Vorschlag einer Wertschöpfungssteuer zugunsten der Gemeinden anstelle des Gewerbesteuer-Systems zurückgewiesen. Wie Staatssekretär Friedrich Voss in einer Mitteilung erklärte, sind für 1984 weder Eingriffe in die Gewerbesteuer noch gesetzgeberische Schritte in Richtung einer Gemeindefinanzierungsreform geplant. Der Wertschöpfungs-Vorschlag war vom nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor mit dem Ziel ins Gespräch gebracht worden, den Gemeinden eine konjunkturunabhängigere Steuerquelle zu erschließen.

Zahlreiche US-Bankpleiten

Washington (Sbt) - Die Rezession und die stark schwankenden Zinsen

Rohstahlproduktion gesunken

Düsseldorf (tr) - Die Rohstahlproduktion in der Bundesrepublik Deutschland ist 1983 leicht gesunken. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sank sie nach vorläufigen Berechnungen im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Prozent auf 35,73 Millionen Tonnen. Während die Erzeugung von Sauerstahl um 0,9 Prozent auf 29,77 Millionen Tonnen anwuchs, erhöhte sich die Erzeugung von Eisen um 0,9 Prozent auf 6,96 Millionen Tonnen. Siemens-Martin-Stahl wurde 1983 nicht mehr hergestellt.

Keine Beschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank ist gestern in Frankfurt zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammengetreten. In Frankfurter Bankenkreisen wird allgemein nicht mit geld- und kreditpolitischen Beschlüssen gerechnet. Neben dem deutlichen Anstieg der US-Währung gegenüber der D-Mark dürften das Bundesbankrekord und die elf Landeszentralbankchefs die aktuelle konjunktur- und währungspolitische Landschaft beraten.

„DDR“ verkauft Schiffe

Berlin (dpa/VWD) - Die Werften der „DDR“ haben 1983 insgesamt 67 Schiffe verkauft, 1984 sollen es 74 sein. Größter Abnehmer war die Sowjetunion mit 54 Hochsee- und Binnenschiffen, berichtete ADN. Erstmals kaufte Gabun zwei Mehrzweckfrachter. Die „DDR“-Flotte erhielt vier Neubauten, darunter ein Feuerlöschboot. Die „DDR“-Binnenwerften lieferten vier Binnenfahrtschiffe für Urlaubsfahrten auf sowjetischen Flüssen.

WAHRUNGSMIDDEL

Zugang zu Kreditmitteln wird jetzt eingeschränkt

H.A. SIEBERT, Washington
Nach einem Gerangel, das drei Monate dauerte, hat der Internationale Währungsfonds (IWF) wichtige Aufträge der letzten Jahresversammlung in die Tat umgesetzt. So wird der Zugang der 146 Mitgliedstaaten zu den Kreditmitteln, die im Rahmen der Tranchenpolitik vergeben werden, von bisher 150 auf 102 bis 125 Prozent der jeweiligen Länderquote beschränkt. Statt 450 können die Regierungen über drei Jahre nur noch 306 bis 375 Prozent ihrer Einlage ziehen, wodurch die dem Fonds zur Verfügung stehenden verwertbaren Vahuten erheblich gestreckt werden. Außerdem beschloß das Exekutivdirektorium, den Zugang zur komplementären Finanzierung von 100 auf 83 Prozent der Quote zu begrenzen. Auf diese Fazilität dürfen die Regierungen zurückgreifen, wenn die Exporteinfuhr als Folge fallender Rohstoffpreise sinken oder sich die

MITTELSTAND / Bonner Institut und Koblenzer Handelskammer legen Studie vor

Durch „Denkbremsen“ behindert

HANNA GIESKES, Bonn

In der mittelständischen Wirtschaft stecken erhebliche Kräfteverhältnisse. Das ist das Fazit einer Untersuchung, die das Institut für Mittelstandsforschung, Bonn, und die Industrie- und Handelskammer Koblenz jetzt gemeinsam vorgelegt haben. Kleinere Unternehmen reagieren zwar „schnell, flexibel und oftmals intuitiv“ auf Veränderungen in ihrem wirtschaftlichen Umfeld, heißt es, „aber immerhin zeigt jeder fünfte mittelständische Betrieb Krisensymptome.“ Die Unternehmer sollten ihre „Denkbremsen“ lösen, empfehlen die Forscher. Jahrelange Vertrautheit mit einem bekannten Sortiment, einer bestimmten Technik und einem abgegrenzten Kundenkreis leiste der Routine Vorbehalt, „so daß der Mittelständler sehr oft vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht“.

Schwachstellen entdeckten die

Forscher in nahezu allen Unternehmensbereichen. So mochten sie im Segment Markt/Wettbewerb „die starke Ähnlichkeit konkurrierender Produkte, den leichten Zugang zum Know-how und Nachlässigkeiten bei der Überprüfung der eigenen Wettbewerbsposition“. Das beeinträchtigt die zukünftigen Markchancen, „auch wenn sich die mittelständischen Unternehmen in den vergangenen Jahren gut im Wettbewerb behaupten konnten“.

Für den Bereich Organisation/Führungsstil stellen die Forscher lakonisch fest: „Die Vorliebe der Mittelständler für Routineentscheidungen und ausführende Tätigkeiten läßt bereits erahnen, daß sie sich für unentbehrlich halten. Gelobt wird jedoch die „überaus große Flexibilität“, bedingt durch kurze Entscheidungswege.“

Information ist das halbe Geschäft, betonen die Verfasser der Studie und beklagen, daß Mittel-

ständler sich im wesentlichen auf ihr „Fingerspitzengefühl“ und ansonsten auf die Tageszeitung verlassen. Darüber hinausgehende schriftliche Informationen verfehlen weitgehend ihre Wirkung. Der Zeithorizont der Planung sei oft zu kurz, „zudem fehlt den Plänen meist die Präzision“.

Unternehmenskontrolle und Fertigung erhielten im allgemeinen gute Noten. Als „ausgeprägte Schwachstelle“ identifizierten die Forscher Marketing und Vertrieb: „Hier fehlen die Konzepte, Exportchancen werden nicht genutzt.“ Gelobt wird indes das „Qualitäts-, Preis- und Servicebewußtsein im Mittelstand“.

Freundlich beurteilen sie den wichtigen Bereich Forschung und Entwicklung. Das ändere jedoch nichts „an der Überalterung vieler Hauptprodukte und der häufig anzutreffenden Konzeptionslosigkeit bei der Forschung“.

FRANKREICH

Weitere Preise liberalisiert

JOACHIM SCHAUFFUSS, Paris
Die französische Regierung will den Kampf gegen die Inflation verstärken. Gleichzeitig aber der „Preiswahrheit“ fortschreitend Rechnung tragen. Staatspräsident Mitterrand erklärte vor dem letzten Ministerrat die 1983 erzielten Stabilisierungserfolge für „unzureichend“. Die Inflationsrate erreichte fast zehn Prozent, obwohl sie auf acht Prozent gedrückt werden sollte. Aber die Tendenz der letzten Monate kam diesem Ziel näher.

In diesem Jahr soll die Inflationsrate fünf Prozent nicht überschreiten. An dieser Norm müßten sich alle (einschließlich der Sozialpartner bei ihren Lohnverhandlungen) orientieren, erklärte der Staatspräsident. Er forderte seinen Premierminister auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die schnelle Reduzierung des Inflationsgefälles zu den wichtigsten französischen Handelspartnern zu erreichen.

Das soll aber eine gewisse Flexibilität der Preispolitik nicht ausschließen, denn nach Mitterrand kann die Wirtschaft nicht durch administrative Kontrollen in Gang gehalten werden. Die Regierung habe nur die großen Linien der industriellen und kommerziellen Strategie festzusetzen, sagte Mitterrand. Gemeint sind damit konkret die Stabilisierungsverträge, die unter der Preisstabilisierung inzwischens für 65 Branchen mit dem Wirtschaftsministerium ausgehandelt wurden und die durchschnittliche Preisänderungen von 4,5 Prozent 1984 zulassen.

Gleichzeitig setzt die Regierung ihre selektive Preisliberalisierungsaktion fort. Nachdem im Laufe des letzten Jahres etwa 30 Prozent aller Industrie- und Dienstleistungspreise freigegeben wurden, werden jetzt auch verschiedene Konsumgüterpreise freigegeben, insbesondere für elektrische Haushaltsgeräte (Fernseher, Bügeleisen, Heizkörper usw.).

Sehr restriktiv wird man dagegen bei den Handelsspannen bleiben. Sie müssen in diesem Jahr wieder um einen Prozentpunkt ermäßigt werden. Darüber hinaus haben sich die großen Warenhäuser und verschiedene Discounter verpflichtet, ihre Preise bis Ende März nicht zu verändern.

Abonnieren Sie Exklusivität
90 Korrespondenten an 35 wichtigen Plätzen des In- und Auslandes schreiben für die WELT Ihre Informationen, Analysen, Hintergrundberichte und Kommentare erscheinen in keiner anderen Zeitung. Bezahlen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie exklusiv informiert.

DIE WELT
Hilft für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend- und Morgenzeitung) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

Bestellschein
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), ansonsten Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend- und Morgenzeitung) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

NAMEN

Gerd Somberg (64) ist erneut zum Präsidenten des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie (BBI) gewählt worden. Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in Bekleidungs- und Textilindustrie bleibt Kurt Beyer, zugleich erster Vizepräsident des BBI.
Willy Lersch, Vorstand der Buchtal GmbH Keramische Betriebe, Schwarzenfeld, und Präsident der Industrie- und Handelskammer Regensburg, vollendet am 7. Januar das 70. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: München: Münchner Treuhandgesellschaft, Immobilien-Fonds mbH, Martinsried; Eugen Feil, Bodenbeläge GmbH & Co. KG; Nachl. d. Elektroerzeuger Lohr; Bensheim: Caspers Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Remscheid-Littlinghausen; Weiden: Nachl. d. Heimer Mühl, Garmsch-Partenkirchen; Wiesbaden: L.S.E. Handels- u. Vertriebs GmbH, Stelle 1.
Ausfall-Konkurs eröffnet: Trier: Zerkelmeier Maschinenfabrik GmbH, Konz; Weiden: Anne Ibing, Kaufhaus, Inh. d. Madame Bekleidungs-Gesellschaft, Garmisch-Partenkirchen.
Verfahren beantragt: Detmold: ZGD Zylinder-Guß GmbH; Osterode: Schmalbeck AHP Allgemeine Hochbau-Planungsgesellschaft mbH & Co. KG, Schwabedissen; AHP Allgemeine Hochbau-Planungsgesellschaft mbH, Schwabedissen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Die Nachfrage nach Automobilen bleibt in allen Ländern schwach

Sättigung des Marktes schafft Probleme

WILHELM HADLER, Brüssel
Der europäischen Automobilindustrie steht ein schwieriges Jahr bevor. Dies zeigen gleichzeitig veröffentlichte Berichte der EG-Kommission und des Verbindungsausschusses der Automobilhersteller in Brüssel. Beide rechnen für 1984 mit einer schwachen Kfz-Nachfrage. Während eine von der EG-Behörde beauftragte private Marktforschungsfirma von einem stagnierenden Absatz bei rund 8,9 Millionen Einheiten ausgeht, sagt der Verband eine Zunahme der Verkäufe von Personenzugmaschinen um 0,5 bis 1 Prozent gegenüber 1983 bis 3,5 Prozent im abgelaufenen Jahr voraus.

Die Kommission befürchtet, daß die Marktsättigung um so schwerer verkraftet werden kann, als sich die europäischen Produzenten beträchtliche Investitionsprogramme vorgenommen haben. Trotz einiger positiver Anzeichen sei die Ertragslage der EG-Hersteller „unverändert schwierig“ geblieben. Die laufenden Investitionsvorhaben könnten im Hinblick

auf den begrenzten zukünftigen Nachfrageanstieg „zu weiteren erheblichen Belastungen führen“. Der Verbindungsausschuß spricht seinerseits davon, daß die finanziellen Ergebnisse der Branche 1983 „deutlich besser“ gewesen seien als in 1982. Es sei jedoch keineswegs sicher, daß das Jahr 1983 für die gesamte Automobilindustrie der Gemeinschaft mit einem positiven Ergebnis ende.

Die Produktionszunahme der EG im Jahre 1983 von rund 6,3 Prozent ist nach Angaben der Hersteller vor allem auf eine gestiegene Nachfrage in der Bundesrepublik, Großbritannien und den Niederlanden zurückzuführen. Zuwachsraten zwischen 11 und 15 Prozent in diesem Teil der EG konnten die schlechte Konjunktur in Frankreich, Italien und Belgien mehr als wett machen. Die Exporte der Gemeinschaft beliefen sich bei rund 20 Prozent der Gesamtproduktion. Der Importanteil war mit 14 Prozent leicht rückläufig (1982: 14,3

Prozent). Immerhin sind die Einfuhren aus Japan 1983 wieder angestiegen, wenn auch in begrenztem Ausmaß. Ihr Marktanteil betrug 1983 in der EG rund 8,6 Prozent (verglichen mit 8,2 Prozent im Vorjahr und über 9 Prozent in 1980).

Das von der Kommission hinzugezogene Studienbüro veranschlagt die Pkw-Produktion der EG für 1985 auf rund 10 Millionen Einheiten, von denen 2,2 Millionen exportiert werden dürften. Die Importe werden auf 1,25 Millionen geschätzt. Daraus ergibt sich ein Nettoexport der Gemeinschaft von voraussichtlich 980 000 Fahrzeugen verglichen mit 714 000 im Jahre 1983.

Der Bericht sagt voraus, daß Frankreich sich 1985 erstmals an die Spitze der europäischen Exportländer setzen und die Bundesrepublik mit einem Anteil von 40,8 Prozent der gesamten Kfz-Exporte (deutscher Ausfuhranteil: 40,7 Prozent) überflügeln wird. Als Grund dafür nennen die

privaten Autoren die Verkaufserfolge von Renault in den USA. 1982 betrug der deutsche Anteil noch 47,2 Prozent, der Frankreichs 35,9 Prozent. Nach Angaben der EG-Produzenten konnte Frankreich 1983 seine Exporte von Personenzugmaschinen in Nicht-Gemeinschaftsländer um 31,4 Prozent steigern, während die Ausfuhren der deutschen Automobilindustrie um 7,1 Prozent rückläufig waren.

Die Kommission will sich bei ihren Bemühungen um eine Festigung des europäischen Binnenmarktes weiterhin für die Schaffung von stabilen Rahmenbedingungen für die Automobilindustrie einsetzen. Die Gespräche über eine Freistellung von Vertriebs- und Kundendienstplätzen vom Kartellverbot sollen mit den Beteiligten auch 1984 fortgeführt werden. Außerdem arbeitet die EG-Behörde an Vorschlägen für eine Verringerung der Autoabgabe – vor allem an einheitlichen Vorschriften über bleifreies Benzin. Sie sollen dem Rat im April vorgelegt werden.

WELTBÖRSEN / Im neuen Jahr setzte sich der Aufwärtstrend fort

Kursrekord in Tokio und London

Paris (J. Sch.) – Die Pariser Börse hat das neue Jahr in guter Verfassung begonnen. Der nach der steuerlich bedingten Sonderhaushalts zum Jahresende eingetretene Rückschlag blieb mit 0,6 Prozent in der ersten Sitzung – vor einem Jahr waren es minus vier – sehr bescheiden. Aber bereits am folgenden Tag zog der Index der französischen Aktienkurse um 1,3 Prozent an. Eine Wiederholung der Vorjahreshaushalts (Indexplus: 56 Prozent) dürfte nach allgemeiner Auffassung nicht möglich sein, und zwar schon wegen der verhältnismäßig schlechten Ertragsaussichten der meisten französischen Unternehmen. Der Markt würde deshalb selektiver werden. Einen Kursanstieg von durchschnittlich zehn bis 15 Prozent hält aber der Syndikus der Börsenmaklerkammer, Xavier Dupont, für durchaus möglich. Er stützt seinen Optimismus auf die weitere internationale Konjunkturbelebung und auf einen erwarteten Rückgang der Inflationsrate, der zur Entspannung bei den Zinsen führen müßte.

New York (dpa) – Zu einem Kursaufschwung auf breiter Front kam es zur Wochenmitte an der New Yorker

Effektenbörse. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte kletterte um 16,31 auf 1289,05 Punkte (Vorwoche: 1260,16). Der Umsatz war mit 112,98 Millionen Aktien außerordentlich hoch. Obwohl ein Kursanstieg von den Analysten erwartet worden war und die Belegung allgemein ermutigte, äußerten sich einige skeptisch. Der Kursprung sei noch kein Anzeichen für einen allgemeinen Trend des Marktes.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche in der Fragestunde, einen Überblick über den Kursstand an den wichtigsten internationalen Börsen.

Zeit nur kurz auf. Angesichts der sich belebenden Wirtschaft und des beträchtlichen Aufwärtspotentials des Yen halten es Börsenbeobachter für wahrscheinlich, daß der Index schon in den nächsten Tagen die 100 000-Schallmauer durchbrechen wird.

London (fu) – Die Londoner Aktienbörse ist in ähnlich positiver Stimmung ins neue Jahr gegangen, wie sie das alte beendet hat. Nachdem der Financial Times-Index am Donnerstag vor Weihnachten mit 776,2 Punkten einen neuen Rekordstand erreicht hatte, bröckelten die Kurse zwischen den Jahren und an den ersten beiden Börsentagen dieses Jahres (Dienstag und Mittwoch) insgesamt nur unwesentlich ab. Jedoch unterschritt der Financial Times-Index für 30 führende Unternehmenswerte nie die 770-Punkte-Marke. Dies ist angesichts zwangsläufiger Gewinnminderungen und eines ausgesprochen ruhigen Geschäftslaufes während der Feiertagswochen bemerkenswert. Am Donnerstag kletterte der Index bis zum frühen Nachmittag auf den neuen Rekordstand von 780,9.

INTERBAUSTOFF / Zweitgrößte Kooperation mit neun Prozent Marktanteil

Handelsverbund im Aufwärtstrend

HARALD POSNY, Siegen
Die Interbaustoff-Gruppe, zweitgrößte Kooperation im überregional operierenden Baustoffhandel der Bundesrepublik, erwartet für 1984 zumindest eine Stabilisierung des Absatzes ihrer Mitglieder. Die bereits im letzten Jahr auf breiter Front anlaufende Bau- und Modernisierungstätigkeit läßt nach den Worten der Geschäftsführer dieses Verbundes, Iris Mayer, aber auch gute Chancen für ein leichtes reales Plus erwarten. In einem Gespräch mit der WELT setzt sie sich höhere Erwartungen in die Steigerung des über die Zentrale, der Interbaustoff GmbH & Co. KG, (IBS) Wildorf/Siegen, abgewinkelten Geschäft.

Da die Konzentration des Umsatzes der 114 (107) Mitgliedsunternehmen (ohne Kies, Sand, Zement und Holz) auf etwa 150 Vertragslieferanten mit durchschnittlich 40 Prozent noch zu wünschen übrigläßt, wird diesem vermittelnden Absatz – mittelfristig werden 50 Prozent angestrebt – künftig größeres Gewicht beigemessen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Die schon vorhande-

nen Erfolge bestätigen, so Iris Mayer, „zum einen die Gruppen-Philosophie, zum anderen die Leistungsfähigkeit der Industrie-Partner“.

Dieser Philosophie der erst Ende 1968 gegründeten Kooperation wird mit „Förderung der Mitgliedsbetriebe durch Verbesserung ihrer Marktposition und Steigerung der Rentabilität, Profilierung als leistungsstarke Unternehmen im Verbund und Aufbau bzw. Festigung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zur Industrie“ umschrieben. Eine demokratische Struktur der Verbundorgane und ihrer Entscheidungsfunktionen steht für die Erfolge dieser mit „addierter Schlagkraft“ nur ungenügend charakterisierten Kooperation. Schulung, Beratung, EDV-Software und die Zentralregulierung der Umsätze mit Delkrede-Übernahme durch eine Bank unterstreichen, daß IBS nicht mehr „Bundesschiedsverein“ (Iris Mayer) sondern echter Leistungsverbund ist.

Dem zentralregulierten Umsatz von 302 (268) Mill. DM im letzten Jahr steht ein Gruppenumsatz aller 114

Mitglieder mit ihren rund 4000 Mitarbeitern von (geschätzt) 1,6 (1,48) Mrd. DM (Marktanteil etwa 9 Prozent) gegenüber. Obgleich Vollsortimente für alle Baustoff-Angebote rund ums Haus entfallen 40 (vor Jahren noch 70) Prozent des Umsatzes auf Tief- und Hochbau (Roh- und Ausbau). Jeweils ein Drittel der Mitglieder ist stark im Holz, Dach, Fassaden- und Bauelementebereich tätig. Dies kennzeichnet nicht zuletzt die langsame Verschiebung der Absatzstruktur vom gewerblichen (60 Prozent) zugunsten des privaten Abnehmers (40 Prozent).

Schließlich hat die Hälfte der Mitglieder auch Baumärkte angegliedert. Die Bandbreite des Mitgliederumsatzes reicht von 5 bis 45 Mill. DM. Eindeutiger Schwerpunkt der rechtlich und wirtschaftlich selbstständigen Mitglieder liegt im Norden. Im Süden bestehen noch etliche „weiße Flecken“. Konkurrenzschluß besteht in der Regel im Umkreis von 50 Kilometern, und die Aufnahme neuer Mitglieder bedarf nach eingehender Prüfung der Einstimmigkeit der Gesellschafter.

Telefunken-Konzept steht noch nicht

dos. Hannover
Die Absicht der zum französischen Staatskonzern Thomson-Brandt gehörenden Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, Anfang 1984 das Unternehmen in eine Vertriebsgesellschaft aufzuteilen, ist bislang nicht verwirklicht worden. Nach Angaben eines Sprechers konnten nicht alle Fragen rechtzeitig gelöst werden.

Das Telefunken-Konzept sah vor, die Produktionsgesellschaft unter neuen Namen als Tochter der Vertriebsgesellschaft weiterzuführen. Offenbar ist es dem Unternehmen nicht gelungen, Einigung mit der AEG, die noch mit 25 Prozent an Telefunken beteiligt ist, zu erzielen.

Beendet wurde mit dem Jahresende 1983 die seit dem Herbst andauernde Kurzarbeitsphase, deren Höhepunkt in der Vorweihnachtszeit lag.

Von den gut 3300 Beschäftigten in den Werken Celle, Hannover und Braunschweig waren über 1800 Mitarbeiter für die Kurzarbeit betroffen. Noch keine endgültige Entscheidung ist über die vorgesehene Entlassung von insgesamt 500 Beschäftigten gefällt worden.

DAIMLER-BENZ / Baumaschinen-Aktivitäten

Euclid an Clark abgegeben

DW/dpa/VWD, Stuttgart
Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat ihre amerikanische Tochtergesellschaft Euclid Inc., Cleveland/Ohio, an eine neugegründete Tochtergesellschaft der amerikanischen Clark Equipment Co., Buchanan/Michigan, in der die Baumaschinenaktivitäten von Clark ausgegliedert werden, verkauft und erhält im Gegenzug eine fünfprozentige Beteiligung am Clark-Grundkapital, die nach dem derzeitigen Kurs knapp 30 Mill. Dollar (rund 83 Mill. DM) wert ist. Dies teilten beide Unternehmen mit. Hinzu kommt noch eine kleinere zusätzliche Abfindung, so daß die Stuttgarter nach Branchenschätzungen etwa 32 Mill. Dollar Erlösen.

Daimler-Benz hatte Euclid 1977 von dem inzwischen in Konkurs gegangenen US-Nutzfahrzeughersteller White Motors für rund 60 Mill. DM gekauft. Euclid erlitt 1982 und 1983 hohe Verluste, und Daimler-Benz hat

seit 1977 nicht unerheblich in das Unternehmen investiert. Euclid mußte 1982 einen Umsatzrückgang auf umgerechnet 464 (602) Mill. DM hinnehmen. Die Belegschaft wurde 1982 auf 1151 reduziert. Daimler-Benz will mit der neuen Lösung das von Euclid betriebene Geschäft der „Offhighway“-Schwerlastfahrzeuge langfristig absichern und auf eine breitere Basis stellen.

Clark Equipment verzeichnete in den ersten neun Monaten 1983 einen Umsatz von 622 Mill. Dollar. Ein Drittel des Clark-Konzern-Geschäfts entfällt auf Baumaschinen. Ähnlich wie Euclid hat auch Clark aufgrund des Verlustes von Exportmärkten enorme Probleme. Der Clark-Umsatz liegt heute nur noch halb so hoch wie im Jahr 1977. Clark hatte 1982 noch 154 Mill. Dollar Verlust erlitten. Das Unternehmen wird aber aufgrund eines radikalen Kostensenkungsprogramms 1984 voraussichtlich wieder in die Gewinnzone zurückkehren.

ITALIEN / Kreditpolitik wird liberalisiert

Wettbewerb für Banken

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Seit Anfang dieses Jahres sind in Italien Kreditgewährungen der Banken keinerlei Limitierung oder Kontingentierung seitens der Zentralbank mehr unterworfen. Die Kreditplafondierung, die erstmals im Juli des Jahres 1973 eingeführt wurde, um in der Folge mehrmaligen Korrekturen zu unterliegen, war bereits Ende Juni vorigen Jahres abgeschafft und in ein System der überwachten Selbstlimitierung umgewandelt worden. Die nunmehr vollständige Liberalisierung der Kreditgewährungen wird Experten zufolge zu einer verschärften Konkurrenz der Banken untereinander und zu mehr Effizienz der einzelnen Kreditinstitute führen. Der verstärkte Wettbewerb wird sich Bankbeobachtern zufolge nicht nur in einem verbesserten Dienstleistungsangebot niederschlagen, sondern auch in einer weniger weit geöffneten Zinswährung.

Eine weitere positive Auswirkung auf die Wirtschaft erwarten Bankkreise dadurch, daß der Erwerb von Staatsaktien, zu dem die Kreditplafondierung die Banken in den letzten Jahren gezwungen hatte, jetzt sicher zurückgehen dürfte.

Bankbeobachter sehen in der neuen Maßnahme der italienischen Zentralbank die konsequente Fortsetzung der Deregulierungspolitik, die im Juli 1981 bereits zur Aufhebung der Ankaufspflicht der Banca d'Italia für vom Markt nicht gezeichnete Staatsanleihen und im Dezember 1982 zur Lockerung der Portefeuille-Anlagen zu Lasten der Banken geführt hatte. Mit dieser Auflage werden die Kreditinstitute gezwungen, einen Teil ihres Einlagenwachstums neben der Mindestreserve auch in Staatsaktien anzulegen.

MAN-ROLAND / Gespaltene Entwicklung

Gewinne von der Rolle

JOACHIM WEBER, Offenbach
Noch steht der Vorstand der MAN-Roland Druckmaschinen AG, Offenbach, den ersten Erholungssignalen von seinen Märkten skeptisch gegenüber. Dabei ist die Entwicklung deutlich gespalten: Während die Kapazitäten für die Produktion von Rollen-Offsetmaschinen gut ausgelastet sind, hapert es bei den Bogenmaschinen noch ein wenig. Nach ersten Impulsen vom Inlandsmarkt regt sich aber auch der zweitgrößte Absatzmarkt USA hier wieder etwas stärker.

Schon im Geschäftsjahr 1982/83 (30.6.) war es neben „gezielten, kurzfristig wirkenden Sparmaßnahmen“ vor allem die gute Auslastung im Rollenbereich, die noch ein positives Ergebnis ermöglichte. Der Rückgang des Gesamtumsatzes (einschließlich der Tochter MAN-Roland USA Inc.) um 2 Prozent auf 857 (877) Mill. DM hinterließ gleichwohl sichtbare Spuren. Der Gewinn nach Steuern blieb mit 2,8 (4,6) Mill. DM um 36 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Das Offenbacher Stammhaus konnte mit 753 (755) Mill. DM den Vorjahresumsatz nahezu halten. Dabei wurden die (auch von der Investitionszulage gestützten) Wachstums-erfolge im Inland durch einen 13prozentigen Rückgang im Auslands-geschäft (Umsatzanteil: 74 nach 76 Prozent) völlig zunichte gemacht. Auch die Auftragseingänge blieben um 3 Prozent unter dem „außergewöhnlich hohen“ Wert des Vorjahres.

Die Belegschaft wurde dennoch auf 5140 (5030) Mitarbeiter aufgestockt. Die Neueinstellungen betrafen vor allem „zukunftsorientierte Bereiche“ wie Forschung und Entwicklung, Konstruktion und Datenverarbeitung. Die auf 108 (109) Mill. DM kräftig gestiegenen Sachinvestitionen sind sozusagen künstlich aufgeblickt: Von der Muttergesellschaft wurde der bisher gepachtete „alte“ Druckmaschinenbereich in Augsburg mit einem Wert von 78 Mill. DM übernommen.

VEREINIGTE SAATZUCHT / Gutes Ergebnis

Umsatzsteigerung hält an

DOMINIK SCHMIDT, Elstorf
Für die Vereinigte Saatzuchten eG (VSE), Elstorf, war das Geschäftsjahr 1982/83 (30.6.) über weite Strecken ein „Kraftakt ohne Atempause“. Trotz des widrigen Umfeldes, so Geschäftsführer Heinrich G. Badenhop, habe die VSE ihre Position im Spitzenfeld der deutschen Genossenschaften festigen können. Dies werde am Umsatz deutlich, der im Berichtsjahr leicht auf 65,7 (64,5) Mill. DM gestiegen ist. In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres hielt der Aufwärtstrend an: Mit 39 (35,7) Mill. DM nahm der Umsatz überdurchschnittlich zu.

Für das laufende Jahr rechnet Badenhop bei der Getreideerfassung mit Mengen, die um rund 7 Prozent unter dem Niveau von 1982/83 liegen. Aus heutiger Sicht seien nennenswerte Preisveränderungen nicht sehr wahrscheinlich. Im Saatgetreidebereich profitierte die VSE von der bundesweit um rund 6 Prozent ausgeweiteten Wintergersten-Anbaufläche. Dagegen wurden erste Schätzungen bei Winterroggen und -Weizen von einer Flächeneinschränkung um je 1 Prozent ausgehen.

Günstig verläuft für die VSE das Speisekartoffelgeschäft. Im Vergleich zum Herbst 1982 sei die Ver-kaufleistung um 25 Prozent gestiegen. Badenhop rechnet mit eher noch steigenden Preisen auf dem deutschen Kartoffelmarkt. Aus dem Ausland komme weniger Ware in die Bundesrepublik, weil die Holländer und Franzosen in erheblichem Umfang andere Länder beliefern. Allerdings bleibe festzuhalten, daß die Verbraucher in diesem Jahr Herbstgetreide die Bevorratung um fast ein Drittel eingeschränkt hätten. Dies könnte einen weiteren Verzehrrückgang mit sich bringen und die geringere Ernte 1983 wieder ausgleichen.

Ihre Arbeit aufgenommen hat im Herbst die Speisekartoffel-Vertriebs-gemeinschaft „Heile Niedersachen“, der insgesamt 18 Genossenschaften angeschlossen sind. Ihr erstes Ziel, eine Verbesserung der Preis-, Angebots- und Marktstabilität, habe die Gemeinschaft bereits erreicht. Als nächster Schritt stehe der Abschluß von Erzeugerverträgen mit einem Volumen von 200 000 t Speisekartoffeln bestimmter Sorten bevor.

Das Absatzgeschäft (Umsatz 37,3 Mill. DM) nahm mengen- und wertmäßig um 2 Prozent zu. Wesentliche Bedeutung kommt der VSE als Saatgutzüchter zu. Insgesamt 149 Vermehrungsbetriebe mit 51 Sorten repräsentieren den Absatz von 3200 t Saatgetreide. Bei Pflanzkartoffeln (81 Sorten) stehen 91 Vermehrungsbetriebe hinter einer Menge von rund 10 000 t. Für Konsumzwecke lieferte die Genossenschaft 44 000 t Getreide und 44 500 t Speisekartoffeln (davon 9500 t an die Industrie).

Inlandszertifikate

	5.1.	5.1.	4.1
IV-F 1	118.53	111.82	111.82
+	12.32	32.46	37.07

17546	Alkerm Vers. D.	6710	(3754)	Adirop	22.67	27.01	22.00
14036	Dt. Babcock	4070	(2816)	Adirop	58.66	56.81	56.60
15656	Degussa	3229	(3738)	Adirop	58.75	54.52	83.94
9792	Gintex	796	(399)	Adirop	81.26	71.79	77.05
15656	Hummel	125	(-)	Agri Bank-Fds.	34.72	34.48	34.48
1378	Horseshoe	3535	(122)	Agri Bank-Fds.	45.34	45.34	45.57
5853	Phelps Chem.	1201	(285)	Agri Bank-Fds.	167.82	159.87	159.87
15547	Solids Commander	1179	(410)	Alkerm	118.45	117.71	117.13
1081	Strabag	380	(414)	Alkerm Fds.	72.35	70.87	70.46
10543	Frankfurt	S. L.		Allieng RentenFonds	125.76	127.69	177.68
				Analytik Fds.	79.08	77.03	76.53

[illegible][illegible]

Lindenberg-P, 0	71	578	Mettler I	17,78	17,75	17,55
M. Fänge 10	70	578	Mettler II	18,05	18,05	18,05
M. Fänge 20	70	578	Nordseeint. 1	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 30	70	578	Nordseeint. 2	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 40	70	578	Nordseeint. 3	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 50	70	578	Nordseeint. 4	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 60	70	578	Nordseeint. 5	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 70	70	578	Nordseeint. 6	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 80	70	578	Nordseeint. 7	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 90	70	578	Nordseeint. 8	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 100	70	578	Nordseeint. 9	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 110	70	578	Nordseeint. 10	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 120	70	578	Nordseeint. 11	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 130	70	578	Nordseeint. 12	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 140	70	578	Nordseeint. 13	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 150	70	578	Nordseeint. 14	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 160	70	578	Nordseeint. 15	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 170	70	578	Nordseeint. 16	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 180	70	578	Nordseeint. 17	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 190	70	578	Nordseeint. 18	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 200	70	578	Nordseeint. 19	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 210	70	578	Nordseeint. 20	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 220	70	578	Nordseeint. 21	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 230	70	578	Nordseeint. 22	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 240	70	578	Nordseeint. 23	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 250	70	578	Nordseeint. 24	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 260	70	578	Nordseeint. 25	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 270	70	578	Nordseeint. 26	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 280	70	578	Nordseeint. 27	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 290	70	578	Nordseeint. 28	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 300	70	578	Nordseeint. 29	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 310	70	578	Nordseeint. 30	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 320	70	578	Nordseeint. 31	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 330	70	578	Nordseeint. 32	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 340	70	578	Nordseeint. 33	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 350	70	578	Nordseeint. 34	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 360	70	578	Nordseeint. 35	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 370	70	578	Nordseeint. 36	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 380	70	578	Nordseeint. 37	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 390	70	578	Nordseeint. 38	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 400	70	578	Nordseeint. 39	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 410	70	578	Nordseeint. 40	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 420	70	578	Nordseeint. 41	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 430	70	578	Nordseeint. 42	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 440	70	578	Nordseeint. 43	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 450	70	578	Nordseeint. 44	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 460	70	578	Nordseeint. 45	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 470	70	578	Nordseeint. 46	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 480	70	578	Nordseeint. 47	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 490	70	578	Nordseeint. 48	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 500	70	578	Nordseeint. 49	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 510	70	578	Nordseeint. 50	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 520	70	578	Nordseeint. 51	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 530	70	578	Nordseeint. 52	44,45	44,45	44,25
M. Fänge 540	70	578	Nordseeint. 53	44,45	44,45	44,

10 dgl. 70	101,75	102,6
75 dgl. 71	100	99,75

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

	Madrid	Paris
--	--------	-------

[illegible]

Devisenterminmarkt

Die Büro-Dollar-Zinssätze am 5. Januar etwas nach, so daß die Dollar-Deposits alle niedriger lagen.

	6 Monate		
Dollar/DM	0,80/0,80	2,79/2,89	5,26/5,15
Pfund/Dollar	0,07/0,15	0,24/0,27	0,67/0,51
Pfund/DM	1,80/1,40	3,80/2,50	6,70/5,20
FR/DM	28/10	68/50	152/115

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 1. Tagesgeld 5,50-6,00 Prozent; Monatsgeld 5,50-6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,50-6,00 Prozent.

Freiheitskassensätze am 5. 1. 10 bis 15 Prozent; 3 Monatskassen 3,00 bis 3,50 Prozent; 6 Monatskassen 3,00 bis 3,50 Prozent; 9 Monatskassen 3,00 bis 3,50 Prozent; 12 Monatskassen 3,00 bis 3,50 Prozent.

Diskontsätze der Bundesbank am 5. 1. 4 Prozent; Lombardsätze 5,5 Prozent.

Bundesbankstatistiken (Zinssatz vom 1. Januar 1968 an)

Zinssätze im Prozent für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar und dem jeweiligen Zinssatzwechsel:

Angabe 1964/1 (Typ A) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,47-8,00) (6,94-8,25) (7,00-8,25) (7,00-8,25) (6,94) (Angabe 1964/2 (Typ B) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/3 (Typ C) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/4 (Typ D) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/5 (Typ E) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/6 (Typ F) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/7 (Typ G) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/8 (Typ H) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/9 (Typ I) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/10 (Typ J) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/11 (Typ K) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/12 (Typ L) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/13 (Typ M) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/14 (Typ N) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/15 (Typ O) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/16 (Typ P) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/17 (Typ Q) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/18 (Typ R) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/19 (Typ S) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/20 (Typ T) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/21 (Typ U) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/22 (Typ V) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/23 (Typ W) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/24 (Typ X) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/25 (Typ Y) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/26 (Typ Z) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/27 (Typ AA) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/28 (Typ AB) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/29 (Typ AC) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/30 (Typ AD) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/31 (Typ AE) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/32 (Typ AF) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/33 (Typ AG) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/34 (Typ AH) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/35 (Typ AI) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/36 (Typ AJ) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/37 (Typ AK) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/38 (Typ AL) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/39 (Typ AM) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/40 (Typ AN) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/41 (Typ AO) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/42 (Typ AP) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/43 (Typ AQ) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/44 (Typ AR) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/45 (Typ AS) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/46 (Typ AT) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/47 (Typ AU) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/48 (Typ AV) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/49 (Typ AW) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/50 (Typ AX) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/51 (Typ AY) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/52 (Typ AZ) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/53 (Typ BA) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/54 (Typ BB) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/55 (Typ BC) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/56 (Typ BD) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/57 (Typ BE) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/58 (Typ BF) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/59 (Typ BG) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/60 (Typ BH) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/61 (Typ BI) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/62 (Typ BJ) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/63 (Typ BK) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/64 (Typ BL) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/65 (Typ BM) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/66 (Typ BN) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/67 (Typ BO) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/68 (Typ BP) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/69 (Typ BQ) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/70 (Typ BR) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/71 (Typ BS) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/72 (Typ BT) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/73 (Typ BU) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/74 (Typ BV) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/75 (Typ BW) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/76 (Typ BX) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/77 (Typ BY) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/78 (Typ BZ) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/79 (Typ CA) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/80 (Typ CB) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/81 (Typ CC) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/82 (Typ CD) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/83 (Typ CE) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/84 (Typ CF) 3,50/2,50 (5,00-7,00) (6,94) (Angabe 1964/85

Drehung am Rentenmarkt

Am Rentenmarkt hat sich ein Stimmungswandel vollzogen. Damit reagiert er auf den am Freitag veröffentlichten Bericht über die Inflationssteigerung im vergangenen Jahr. In den USA zündet einmal zentraler Markt. Wenn es bei den deutschen öffentlichen Anleihen zu Kursenhebungen bis zu 0,25 Prozentpunkten kam, ist dies nicht zuletzt einigen Kursrückgängen aus dem Ausland zu verdanken. Sie waren in den Tagen vorher ausgeblieben, weil die Anleger nicht bereit waren, die zum Jahresabschluss "heraufgeputzten" Kurse zu bewilligen. Am Pfandbriefmarkt war die Tendenz zwar auch freundlicher, doch von einer Beilebung der Umsatzsituation konnte keine Rede sein.

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Am Rentenmarkt hat sich ein Stimmungswandel vollzogen. Damit reagiert er auf den am Freitag veröffentlichten Bericht über die Inflationssteigerung im vergangenen Jahr. In den USA zündet einmal zentraler Markt. Wenn es bei den deutschen öffentlichen Anleihen zu Kursenhebungen bis zu 0,25 Prozentpunkten kam, ist dies nicht zuletzt einigen Kursrückgängen aus dem Ausland zu verdanken. Sie waren in den Tagen vorher ausgeblieben, weil die Anleger nicht bereit waren, die zum Jahresabschluss "heraufgeputzten" Kurse zu bewilligen. Am Pfandbriefmarkt war die Tendenz zwar auch freundlicher, doch von einer Beilebung der Umsatzsituation konnte keine Rede sein.

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Ausländische Aktien

Ausländische Aktien	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Warenpreise - Termine

Etwas schwächer schlossen am Donnerstag die Gold- und Silbermärkte an der New York Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Gewinne in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Warenpreise - Termine	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Ölpreise blieben am Donnerstag stabil. Fette und Tierprodukte zeigten leichte Schwäche.

Öle, Fette, Tierprodukte	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wolle, Fasern, Kunststoffe

Wolle und Fasern zeigten am Donnerstag leichte Steigerungen. Kunststoffe blieben stabil.

Wolle, Fasern, Kunststoffe	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Metallnotierungen

Metallnotierungen zeigten am Donnerstag leichte Schwäche. Edelmetalle blieben stabil.

Metallnotierungen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Neu Yorker Metallbörsen

Neu Yorker Metallbörsen zeigten am Donnerstag leichte Steigerungen.

Neu Yorker Metallbörsen	5.1.	4.1.
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

So können Sie die WELT abonnieren

1 Zustell-Abonnement

Die Zeitung wird durch Träger oder durch die Post zugestellt. Der Abonnementsvertrieb der WELT nimmt Ihre Bestellung entgegen.

2 Scheck-Abonnement

Die maßgeschneiderte Art des Abonnements für alle, die oft unterwegs sind und die ihr WELT-Exemplar jeden Tag dort haben wollen, wo sie gerade sind: Scheckhefte mit WELT-Gutscheinen für jeden Erscheinungstag, einzulösen bei jeder WELT-Verkaufsstelle im Inland. Wenden Sie sich an den Abonnements-Vertrieb der WELT.

3 Studenten-Abonnement zum Vorzugspreis

Als Student können Sie die WELT zum Vorzugspreis beziehen. Senden Sie Ihre Abonnementsbestellung bitte mit Immatrikulationsbescheinigung an den Abonnements-Vertrieb der WELT.

4 Auslands-Abonnement

Die Zeitung wird mit normaler Post oder mit Luftpost ins Ausland geschickt. Senden Sie Ihre Abonnementsbestellung bitte an den Auslandsvertrieb der WELT in Hamburg.

DIE WELT

VERBUNDENES DRUCKEREI- UND VERLAGSWERK

Hamburg
Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36
Telefon (040) 347-1

Berlin
Kochstraße 50, 1000 Berlin 41
Telefon (030) 2591-1

Essen
Im Teutobuch 100, 4300 Essen 18 (Kettwig)
Telefon (02054) 101-1

Bitte informieren Sie mich

☐ über das Zustell-Abonnement durch Träger oder Post

☐ über das Scheck-Abonnement

☐ über das Vorzugs-Abonnement für Studenten, Schüler, Soldaten

☐ über das Auslands-Abonnement

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Beruf: _____

Datum: _____

Der Fernsehjournalist Dieter Kronzucker

Das Studio als Marktplatz

Das Fernsehstudio muß zum Marktplatz werden", erklärte im Januar 1978 der frisch ernannte Chef der ZDF-Nachrichtensendung „heute-journal“, Dieter Kronzucker, als man ihn fragte, was denn so seine Zielvorstellungen seien. Ob er damit reüssiert hat, blieb dem Urteil des abendlichen Betrachters dieses Nachrichtenmagazins überlassen.

Jedenfalls kann man dem 47-jährigen nicht abstreiten, daß er – alles in allem – in seiner Medienkarriere erfolgreich war. Unterlegt hat er seine Fernsehlaufbahn mit einem Studium der Philosophie und Kunstgeschichte, das er 1962 mit der Promotion abschloß. Dann absolvierte Kronzucker in schnellen Sprüngen von der Deutschen Welle zum WDR-Fernsehen, den Regionalprogrammen, Monitor und dem Weltspiegel die Lehrjahre, um 1968/69 als ARD-Korrespondent aus Vietnam und anschließend aus Lateinamerika mit Sitz in Caracas zu berichten. Als nächste Station folgte 1973 der stellvertretende Chefredakteur des Zeitgeschehens und die Leitung des Weltspiegels in Hamburg. 1977 dann der Wechsel zum ZDF und damit zum „heute-journal“. Kronzucker ist CDU-Mitglied, worauf auch von selber kommt, wer seine Ansichten zu den Nachrichten in deutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten hört und liest.

Der Vergleich mit den amerikanischen Kollegen, den er als Washingtoner ZDF-Korrespondent seit 1981 leicht anstellen kann, führt zu erstaunlichen Erkenntnissen: „Wenn hier (in der Bundesrepublik) ein Journalist einen Gegenstand anspricht und ihn dem Publikum vorsetzt, ohne eine messianische Mitteilung zu machen ...“ Was auch der Grund dafür sein mag, daß Kronzucker auf die Frage, ob er je ein politisches Magazin moderieren wolle, mit einem kurzen Nein antwortet, weil nach seiner Überzeugung der „messianische Eifer“ in dieser Programmvariante noch stärker ist.

Zwar gibt es auch Fernseh-Insider, die behaupten, der begeisterte und talentierte Jazz-Trompeter und Pianist sei gar nicht so politisch, und seine Distanz zu politischen Sendungen rühre mehr von der Neigung zum Darstellen als zur politischen Analyse, aber da spielt gewiß auch der Neid lieber Kollegen eine Rolle.



Er lebt und spielt selber Jazz: Dieter Kronzucker. FOTO: DPA

Ein persönliches Drama hat Kronzucker bekannter gemacht als sein Erscheinen auf dem Bildschirm: die Entführung seiner beiden Kinder und eines Neffen durch sardische Banditen. Dank des Einsatzes von Papst und Kardinal Benelli und der Zahlung des Lösegeldes von über vier Millionen Mark kamen die Kinder frei; später fand man sogar einen Teil des Geldes und spürte die Kidnapper auf.

Seit dem unfreiwilligen Ausscheiden des WDR-Fernsehredakteurs Theo M. Loch, der über seine Waffen-SS-Vergangenheit stolperte, war Kronzucker als dessen Nachfolger im Gespräch. Aber er winkte ab, obwohl von verschiedenen Politikern aufgefordert und von den WDR-Verwaltungsgrößen hart gedrängt. Intime Kenner des WDR- und ZDF-Innenlebens vermuteten schon vorher, daß er den Posten, der ja mit eigentlich journalistischer Arbeit wenig, dafür aber mit Administration und dem Austragen parteipolitischer Glaubenskämpfe im Hause um so mehr zu tun hat, nicht annehmen werde. Angehlich soll er sich schon einmal für die Leitung des ZDF-Studios interessiert haben, dabei aber auf den Widerstand der politischen Freunde gestoßen sein, die ihm an sich nahestehen. Was liegt dann näher, als zu sagen, wenn ich dafür eurer Ansicht nach nicht gut genug bin, dann müßt ihr euch für den Chefredakteur in Köln einen anderen Kandidaten suchen? Aber dieses Thema ist ja inzwischen erledigt.

FRIEDRICH TRILLEN

KRITIK

Der Kunstgriff des Regisseurs

Theoretisch ist es unmöglich, einen glaubhaften Fernsehfilm zu drehen über Menschen, die wissen, daß sie demnächst sterben werden. Ein solcher Film muß entweder bloßes Gerate- oder harter Kitsch werden – unglaublich auf jedem Fall, so oder so.

Weshalb ein solches Thema nicht bewältigt werden kann, läßt sich mit zwei Zitaten erklären. Das eine erinnert daran, daß wir alle sterben müssen: „Es ist das einzige auf der Welt, was wir sicher wissen – und eigentlich ist es auch gut so.“ Das andere Zitat lautet: „Du kannst nicht an die Ewigkeit denken – das ist zu schwer.“ Nein, zwischen zwei solchen Absolutheiten eingeklemmt ist kein Spiel mehr möglich.

Die beiden Zitate sind einem Schauspiel von Michael Cristofer entnommen, das Ende der siebziger Jahre ein großer Broadway-Erfolg war. Der Filmschauspieler Paul Newman hat sich nun erstmals als Regisseur betätigt und aus dem Stück den Fernsehfilm „Endstation Malibu“ (ARD) gemacht. Und ausgerechnet in den USA, wo doch sonst der Tod aus dem Bewußtsein verdrängt wird, ist das Wunder geschehen: Newman Film stellt sein Thema in seiner ganzen Härte durchaus glaubhaft dar.

Das liegt nicht allein daran, daß die acht Rollen des Filmes von großartigen Schauspielern verkörpert werden, die wir sonst nur aus Rollen zweiten Ranges kennen (außer der süßen Silvia Sidney von einst, die nun eine alte Frau ist).

Der Kunstgriff, der das Thema erträglich macht, besteht darin, daß der Film sich ganz auf die herbeigereisten Angehörigen konzentriert, die das für sie Unfassliche nicht annehmen.

Immerhin standen Projekte der Kohlevereinbarung, um die es bei der Kooperation Flick/Grace unter anderem gehen sollte, Mitte der siebziger Jahre unter der Schockwirkung der Ölpreiserhöhung und des Embargos, doch im Kurs. Doch warum sollte man dies dem Zuschauer in Erinnerung rufen? Damit würde die zu suggerierende Vorstellung, daß das große Geld die Politik beeinflusst, nur unnötig in Frage gestellt.

men wollen. Die drei Todeskandidaten selbst werden bloß von der Seite her anvisiert und stets im richtigen Augenblick wieder aus der Bildfläche entfernt. So entstand ein Meisterwerk an Sensibilität, das wir eher aus England als aus der Welt von „Dallas“ und „Denver Clan“ erwartet hätten.

ARMIN MOHLER

Vorverurteilung per Meinungsumfrage

Der Vorverurteilung durch die Veröffentlichung von Zitaten aus Gerichtsakten folgt jetzt die Vorverurteilung per Meinungsumfrage. Das war das wohl einzig Neue an der WDR-Sendung „Das Millionending – Politik und Kapital: Der Fall Flick“. Für den Sender hat Infos, so der WDR, „in einer bundesweiten repräsentativen Telefon-Bitzumfrage“ herausgefunden, über die Hälfte der Bevölkerung (56 Prozent) glaube, Flick sei unrechtmäßig zu einem Steuervorteil gekommen, ganze 12 Prozent seien der Meinung, hier sei alles mit rechten Dingen zugegangen. Angesichts einer so „erdrückenden“ – oder sollte man sagen „überwältigenden“? – Mehrheit scheint bereits alles klar, bevor Verwaltungsgericht und Finanzbehörden überhaupt beginnen, sich mit dem Fall zu befassen.

Immerhin standen Projekte der Kohlevereinbarung, um die es bei der Kooperation Flick/Grace unter anderem gehen sollte, Mitte der siebziger Jahre unter der Schockwirkung der Ölpreiserhöhung und des Embargos, doch im Kurs. Doch warum sollte man dies dem Zuschauer in Erinnerung rufen? Damit würde die zu suggerierende Vorstellung, daß das große Geld die Politik beeinflusst, nur unnötig in Frage gestellt.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Hätten Sie heut' Zeit für uns?
11.25 Souvenirs, Souvenirs
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis

12.55 Presseschau
13.00 heute
13.15 Videotext

13.30 Internationale Viereckchen-Tournee
4. Springen in Bleichhofen
13.35 Zeitgeschehen, heute/weltweit
Lore Lorentz und Werner Schreyer singen Erich Kästner

14.00 Tagesschau
14.10 Der Kleinstadtkommissar
14.20 Die unvollkommene Flasterstraße
14.30 Tagesschau

14.35 Tagesschau
14.40 Tagesschau
14.45 Tagesschau
14.50 Tagesschau

14.55 Tagesschau
15.00 Tagesschau
15.05 Tagesschau
15.10 Tagesschau

15.15 Tagesschau
15.20 Tagesschau
15.25 Tagesschau
15.30 Tagesschau

15.35 Tagesschau
15.40 Tagesschau
15.45 Tagesschau
15.50 Tagesschau

15.55 Tagesschau
16.00 Tagesschau
16.05 Tagesschau
16.10 Tagesschau

16.15 Tagesschau
16.20 Tagesschau
16.25 Tagesschau
16.30 Tagesschau

16.35 Tagesschau
16.40 Tagesschau
16.45 Tagesschau
16.50 Tagesschau

16.55 Tagesschau
17.00 Tagesschau
17.05 Tagesschau
17.10 Tagesschau

17.15 Tagesschau
17.20 Tagesschau
17.25 Tagesschau
17.30 Tagesschau

17.35 Tagesschau
17.40 Tagesschau
17.45 Tagesschau
17.50 Tagesschau

17.55 Tagesschau
18.00 Tagesschau
18.05 Tagesschau
18.10 Tagesschau

18.15 Tagesschau
18.20 Tagesschau
18.25 Tagesschau
18.30 Tagesschau

18.35 Tagesschau
18.40 Tagesschau
18.45 Tagesschau
18.50 Tagesschau

18.55 Tagesschau
19.00 Tagesschau
19.05 Tagesschau
19.10 Tagesschau

19.15 Tagesschau
19.20 Tagesschau
19.25 Tagesschau
19.30 Tagesschau

19.35 Tagesschau
19.40 Tagesschau
19.45 Tagesschau
19.50 Tagesschau

19.55 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.05 Tagesschau
20.10 Tagesschau

20.15 Tagesschau
20.20 Tagesschau
20.25 Tagesschau
20.30 Tagesschau

20.35 Tagesschau
20.40 Tagesschau
20.45 Tagesschau
20.50 Tagesschau

20.55 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.05 Tagesschau
21.10 Tagesschau

21.15 Tagesschau
21.20 Tagesschau
21.25 Tagesschau
21.30 Tagesschau

21.35 Tagesschau
21.40 Tagesschau
21.45 Tagesschau
21.50 Tagesschau

21.55 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.05 Tagesschau
22.10 Tagesschau

22.15 Tagesschau
22.20 Tagesschau
22.25 Tagesschau
22.30 Tagesschau

22.35 Tagesschau
22.40 Tagesschau
22.45 Tagesschau
22.50 Tagesschau

22.55 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.05 Tagesschau
23.10 Tagesschau

23.15 Tagesschau
23.20 Tagesschau
23.25 Tagesschau
23.30 Tagesschau

23.35 Tagesschau
23.40 Tagesschau
23.45 Tagesschau
23.50 Tagesschau

23.55 Tagesschau
24.00 Tagesschau
24.05 Tagesschau
24.10 Tagesschau

24.15 Tagesschau
24.20 Tagesschau
24.25 Tagesschau
24.30 Tagesschau

24.35 Tagesschau
24.40 Tagesschau
24.45 Tagesschau
24.50 Tagesschau

24.55 Tagesschau
25.00 Tagesschau
25.05 Tagesschau
25.10 Tagesschau

25.15 Tagesschau
25.20 Tagesschau
25.25 Tagesschau
25.30 Tagesschau

25.35 Tagesschau
25.40 Tagesschau
25.45 Tagesschau
25.50 Tagesschau

25.55 Tagesschau
26.00 Tagesschau
26.05 Tagesschau
26.10 Tagesschau

26.15 Tagesschau
26.20 Tagesschau
26.25 Tagesschau
26.30 Tagesschau

26.35 Tagesschau
26.40 Tagesschau
26.45 Tagesschau
26.50 Tagesschau

26.55 Tagesschau
27.00 Tagesschau
27.05 Tagesschau
27.10 Tagesschau

27.15 Tagesschau
27.20 Tagesschau
27.25 Tagesschau
27.30 Tagesschau

27.35 Tagesschau
27.40 Tagesschau
27.45 Tagesschau
27.50 Tagesschau

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Sozialkunde (21)

18.30 Marco
Zeichentrickserie
Mit „Blickpunkt Düsseldorf“

18.40 Tagesschau
18.45 Tagesschau
18.50 Tagesschau

19.00 Tagesschau
19.05 Tagesschau
19.10 Tagesschau

19.15 Tagesschau
19.20 Tagesschau
19.25 Tagesschau

19.30 Tagesschau
19.35 Tagesschau
19.40 Tagesschau

19.45 Tagesschau
19.50 Tagesschau
19.55 Tagesschau

20.00 Tagesschau
20.05 Tagesschau
20.10 Tagesschau

20.15 Tagesschau
20.20 Tagesschau
20.25 Tagesschau

20.30 Tagesschau
20.35 Tagesschau
20.40 Tagesschau

20.45 Tagesschau
20.50 Tagesschau
20.55 Tagesschau

21.00 Tagesschau
21.05 Tagesschau
21.10 Tagesschau

21.15 Tagesschau
21.20 Tagesschau
21.25 Tagesschau

21.30 Tagesschau
21.35 Tagesschau
21.40 Tagesschau

21.45 Tagesschau
21.50 Tagesschau
21.55 Tagesschau

22.00 Tagesschau
22.05 Tagesschau
22.10 Tagesschau

22.15 Tagesschau
22.20 Tagesschau
22.25 Tagesschau

22.30 Tagesschau
22.35 Tagesschau
22.40 Tagesschau

22.45 Tagesschau
22.50 Tagesschau
22.55 Tagesschau

23.00 Tagesschau
23.05 Tagesschau
23.10 Tagesschau

23.15 Tagesschau
23.20 Tagesschau
23.25 Tagesschau

23.30 Tagesschau
23.35 Tagesschau
23.40 Tagesschau

23.45 Tagesschau
23.50 Tagesschau
23.55 Tagesschau

24.00 Tagesschau
24.05 Tagesschau
24.10 Tagesschau

24.15 Tagesschau
24.20 Tagesschau
24.25 Tagesschau

24.30 Tagesschau
24.35 Tagesschau
24.40 Tagesschau

24.45 Tagesschau
24.50 Tagesschau
24.55 Tagesschau

25.00 Tagesschau
25.05 Tagesschau
25.10 Tagesschau

25.15 Tagesschau
25.20 Tagesschau
25.25 Tagesschau

25.30 Tagesschau
25.35 Tagesschau
25.40 Tagesschau

25.45 Tagesschau
25.50 Tagesschau
25.55 Tagesschau

26.00 Tagesschau
26.05 Tagesschau
26.10 Tagesschau

26.15 Tagesschau
26.20 Tagesschau
26.25 Tagesschau

26.30 Tagesschau
26.35 Tagesschau
26.40 Tagesschau

26.45 Tagesschau
26.50 Tagesschau
26.55 Tagesschau

27.00 Tagesschau
27.05 Tagesschau
27.10 Tagesschau

27.15 Tagesschau
27.20 Tagesschau
27.25 Tagesschau

27.30 Tagesschau
27.35 Tagesschau
27.40 Tagesschau

27.45 Tagesschau
27.50 Tagesschau
27.55 Tagesschau

28.00 Tagesschau
28.05 Tagesschau
28.10 Tagesschau

28.15 Tagesschau
28.20 Tagesschau
28.25 Tagesschau

28.30 Tagesschau
28.35 Tagesschau
28.40 Tagesschau

28.45 Tagesschau
28.50 Tagesschau
28.55 Tagesschau

29.00 Tagesschau
29.05 Tagesschau
29.10 Tagesschau

Lloyds neue Kundschaft

cf - Nun, nach mehr als zwei Jahrzehnten, scheint es ziemlich sicher zu sein, daß die Dinge oben bleiben, wenn man sie an der rechten Stelle hat: unsere kleinen gefiederten Freunde im All, die Satelliten. Die Erdtrabanten. Nein, da prasseln nicht Milliardenwerte auf die alte Erde zurück oder schwimmen gar ab ins Weltall. Sie bleiben, wo sie hingehören, sie können ihren Platz, und sie tun ihre Arbeit: Wetterfotos, Telefon, Fernsehen usw. Und Spionage natürlich.

Kurzum, die Flugkörper scheinen eine verhältnismäßig sichere Sache zu sein, und dies wird uns allen jetzt damit bestätigt, daß man nun bei Lloyds in London und auch anderswo seinen Satelliten dagegen versichern kann, daß er runterfällt oder sonstwie in Verlust gerät. Der Versicherungsschutz deckt die Kosten des Satelliten selbst und auch die Arbeit, ihn dorthin zu bringen, wo er in Verlust geraten ist. Allerdings gibt es noch keine Versicherung dagegen, daß angesichts des Satelliten-Booms irgendwann die Satelliten-Plätze im All knapp werden könnten.

Dies wird bei den heutigen Satelliten-Preisen ein sehr schönes Geschäft werden. Noch schöner kann es sein, wenn nach internationalem Versicherungsbrauch der Schutz für Satelliten ähnlich aussieht wie der für Autos: Kaum hat das Ding seine ersten Tage im All hinter sich, ist es zwar noch wie neu, doch in den Augen des Versicherers schon reichlich entwertet. Was den Gebrauchswert eines Satelliten ausmacht, werden wir genau erst erfahren, wenn einer in Verlust gerät, und eben dies wollen wir ja nicht hoffen, auch wenn jede Familie ihren Satelliten natürlich versichern muß.

München: Tabori inszeniert „Warten auf Godot“

Pingpong mit Pausen

Für George Tabori ist Beckett schon seit langem Dreh- und Angelpunkt. Immer wieder versucht er sich an diesem Autor, in München zuletzt 1980, als er einen Beckett-Abend im Zirkusrund abbläuen ließ, mit verbliebenen Elefanten, die durch die Arena trotteten. Nun inszeniert er im Münchner Werkraumtheater Becketts unverwundlichen Klassiker „Godot“, hochkarätig besetzt mit Peter Lühr, Thomas Holtzmann und Claus Eberth.

Da Taboris legendäre „Truppe“ längst in alle Winde zerstreut ist, verzichtet der Regisseur diesmal auch auf die üblichen ruffellen Vorbereitungen, sondern vielmehr seinen Protagonisten jede Möglichkeit, sich selbst voll zu entfalten. Tabori begreift Beckett als Realisten. Er hält seine Gestalten ganz aus dem Metaphysischen heraus, sieht sie schlicht als Emigranten auf der Flucht.

Nun, diese originale Auslegung der berühmten Parabel wirkt durchwegs überzeugend: beschert einen Theaterabend, den man sich lange erinnern wird. Keine Clowndereien, kein ab Man wartet, wartet hoffnungsvoll und geduldig mit diesen zwei zerlumpten Gestalten Estragon und Vladimir, erlebt das Warten gewissermaßen als existenzielle Kategorie. Estragon und Vladimir ärgern sich, beleidigen und quälen sich, machen sich gegenseitig Mut, lachen oder weinen, um der lastenden Gegenwart zu entfliehen. Doch je länger man mit ihnen hinwartet, immerhin sind es auch in München drei Stunden, umso mehr verführt dies das Warten hier nicht etwa zu Langeweile, sondern zum Interesse für das Phänomen der vernünftigen Zeit.

Diese beiden Wärtenden, die so ganz im Nebenbei nicht nur die tiefen individuellen Lebens, sondern auch die tiefen der Geschichte ausloten, sind geradezu bewundernswert. Sie tun lieber gar nichts, als daß sie etwas Falsches täten. Nichts kann sie vom Warten abbringen. Man ist fasziniert, und das ist vor allem das Verdienst von Lühr als Estragon und Holtzmann als Vladimir. Welch ein Zusammenspiel! Wie Pingpongball kommen die Repliken, und nuanciereich bis ins letzte vertropfen die Pausen. Diese beiden wunderbaren Schauspielerei verhalten einander zu unverwechselbaren Konturen. Auf einer Fläche ohne alle Requisiten er-

spielen sie das Warten der ganzen Menschheit.

Vier Stühle markieren ein sandiges Mini-Rund. Ein Tisch, zwei Stühle, eine gelbe Lampe darüber, die scharfe Schlagschatten wirft. Dies ist der Ort Nirgendwo, wo zwei Menschen auf Veränderung, auf Entscheidung, auf Erklärung warten. Peter Lühr, der Agilere, der Kleinere, agiert schamlos und zart zugleich. Kokett wie ein Weib bis in die Zehenspitzen dreht und wendet er sich, abwechselnd ein chaptinesker Tramp oder ein in Melancholie versunkener Caliban.

Demgegenüber Holtzmann, von größerer Statur, der Langsamere, der schwerer Hin- und Herkackende, der höchstens dann und wann einmal in lautes schmerzliches Lachen verfällt. Er ist es, der sich an den anderen anklammert, das Paar immer wieder zu einer einzigen Skulptur zusammenschweißt, zu einer Gruppe der Trauer, des Übermuts und der Angst im Kampf um die Zeit, die man lang tickend von einem Wecker hören und sehen kann.

Zweimal wird dieses anschließende, ganz offensichtlich unabänderliche Zusammensein der beiden durch das Erscheinen von Pozzo (Claus Eberth) und Lucky (Arnulf Schübmacher) aufgebrochen. Pozzo, ein wild brüllender Herrenmensch, einer, der seine Reipetische wieder und wieder durch die Luft sausen läßt. Und Lucky, überlastet mit Gepäck, eng im Halsband, auf Anforderung tanzend und „denkend“, irrwitzige Kausalitätsrezepte und abgewrackte Unsinn aus sich herausstoßend. Auch zwei, die so quavoll aufeinander bezogen sind, daß nach der Erblindung seines Herrn der Knecht die Freiheit verliert.

Warum allerdings bei Tabori der Bote (Hans Kremer) auf den Knien hereinrutschen muß, um seine verstörenden Botschaften von Godot zu bestellen, bleibt unklar. Am Schluß liegt der Wecker zerstört am Boden, sein Ticken hat aufgehört, die Zeit ist nicht mehr wichtig. Estragon und Vladimir fragen sich, ob sie Schlupfmachen sollen mit ihrem Leben. Doch lächelnd geben sie den Plan auf. „Man hat Zeit genug, um alt zu werden“, sagt Vladimir. Das Bild erstarrt, das Licht geht aus. Lange Ovationen für diesen großen Schauspielabend.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Emigration auf der Flucht: Thomas Holtzmann als Vladimir (l.) und Peter Lühr als Estragon in der Münchner Aufführung. FOTO: COA-STERNBERG

Spätantike und frühes Christentum: Eine paradigmatische Ausstellung im Frankfurter Liebieghaus

Als die Imperatoren Götter sein wollten

Die Ausstellung „Spätantike und frühes Christentum“ im Frankfurter Liebieghaus ist ein zwiespältiges Unternehmen. Der Katalog von 700 Seiten besteht zum größeren Teil aus Aufsätzen über die politische und die kirchliche Geschichte der ersten Jahrhunderte, über die zunehmende Vergöttlichung der Imperatoren, über die verschiedenen hellenistischen Religionen, über die Verfolgungen und althergebrachte Duldung bis zur Anerkennung des Christentums, über den antiken Heroenkult und „göttlichen“ Menschen, über die hellenistischen Einflüsse auf Christentum und Christologie, über die Anfänge frühchristlicher Kunst bei spätantiken Motiven – und das alles von zwei Dutzend verschiedenen Autoren.



Auf dem Weg in die Schlocht: Silbersechse aus dem Schatzfund von Kaiseraugst, aus der Frankfurter Ausstellung. FOTO: KATALOG

Darunter sind Aufsätze, die nichts zur Sache beitragen, z.B. die Frage nach dem Warum der vielen spätantiken Achilleszyklen. Das Auf und Ab der Christenverfolgungen ist seit Eduard Meyer bestens bekannt und hat mit der christlichen Kunstentwicklung nur so weit etwas zu tun, als nach der (theologisch komplizierten) konstantinischen Wende der ärmlichen Katakombenmalerei ein künstlerischer Aufschwung auch im christlichen Bereich folgte.

Im Ganzen erhält der unbewanderte Besucher und Leser den Eindruck, die hellenistischen Völker seien ein bloc von Krisenbewusstsein erfüllt gewesen, und die christliche Religion sei durch Geben und Nehmen einfach eine Spielart in dem Konglomerat geworden. (Diese Simplifikation trägt heute auch die „moderne“ katholische Theologie vor, die ihr Erstgeburtsrecht für das Linsengericht der Flucht aus dem Ghetto verkauft.) Da ist es denn erfrischend, daß in dem Aufsatz „Christus als Gottmensch“ von Peter Stockmeier der Hinweis auf die hellenistischen Modelle sachlich richtig eingeschränkt wird: „... wobei freilich sein Tod am Kreuz – als Turpismus mors verum – bereits die geläufigen Muster einer Vergöttlichung sprengte. So wie das Kreuz den gängigen Vorstellungen weichen durchdrang, so ließen sich der Anspruch Jesu und sein Sendungsbewußtsein nicht mit den bereitliegenden Modellen vereinbaren.“ Stockmeier schränkt auch

den Anspruch dieser Ausstellung ein: „Eine endgültige Klärung der Christenfrage war jedoch nicht auf dem Weg bildlicher Darstellung zu erreichen, sondern nur in sorgfältiger Entfaltung philosophisch-theologischer Vokabular.“

Wer diesen entscheidenden Punkt nicht sieht, kann nur Banalitäten oder fixe Ideen zum besten geben. Weniger an Beiträgen wäre mehr gewesen. So wie vor zwei Jahren die gute Mainzer Ausstellung „Gallien in der Spätantike“ mit zurückhaltenden, dafür aber sachlich relevanten Texten auskam. Vieles von dem in Mainz Gezeigten (z.B. die herrliche Ada-Kamee, die kostbare Elfenbeintafel mit einer Reliquienprozession, Silberplatten aus dem Kaiseraugst-Schatzfund u.a.) findet man in Liebieghaus wieder.

Da die Frankfurter Ausstellung weiter zurück- und weiter ausgreift als Mainz, kann sie Einzelheiten größer abhandeln. So werden z.B. zahlreiche Kaiser- und Kaiserinnenbüsten und Büsten Unbekannter

präsentiert. Statuetten, Münzen, Medaillons, Plastiken vieler Götter (Sol invictus, Jupiter Dolichenus, Isis, Sarapis, Kybele, Mithras, darunter ein dem Haus gehörender Fragmentesatz). Auf den z.T. sehr guten Elfenbein- und Silberstücken und den sog. Diptychen (je zwei Elfenbeinreliefs, ursprünglich konsularische Amtsgeschenke) vollzieht sich der Wandel in christliche Thematik, und so auch auf einigen der vorhandenen Sarkophagen, die eine Zeitlang zentrale bukolische Reliefs zeigen, bevor sich ausschließlich christliche Darstellungen finden. (Das Liebieghaus selbst besitzt ein schönes Fragment eines Kindersarkophags.) Eine Silberplatte, eine Jubiläumsgabe des Kaisers Theodosius, ist eine ästhetisch sehr gute Arbeit.

A propos Ästhetik. Die Ausstellung ist nicht kunsthistorisch, sondern kultur- und religionspolitisch angelegt. Sonst würden im Textteil die Mosaiken von S. Apollinare nuovo nicht als Advenstusvariante kaiserlicher Einzugsdarstellungen abgefer-

tigt, sondern es würde auf die erstmalig in Ravenna auftauchende, eminent künstlerische Neuerung der hieratischen, frontalen, transzendental geradeaus blickenden, auf Goldgrund isolierten Figuren hingewiesen, die für lange Zeit Schule machten.

Das von Dagmar Stutzinger entworfene Konzept entstammt der politisch-theologisch-kulturgegeschichtlichen Schule, die in dieser dunkelsten aller kunstgeschichtlichen Epochen ein dankbares Feld für Thesen, Vermutungen, Deutungsvorschläge und Privatmythologeme vorfindet. Da bezieht sich jede der beteiligten Disziplinen auf Argumente aus zweiter Hand von nebenan, und so kommt es, daß viele unbedeutende Fundstücke „heidnische“ und christliche Handwerker für unbedeutenden Bedarf einen überragenden Aussagewert erhalten. Erd- statt Feuerbestattung ist eine religiöse Selbständigkeit, Motivanleihen sind teils Vorsicht Verfolger, teils harmlose Selbstverständlichkeiten, so wie im germanischen Raum die Vereinnahmung der Göttin Ostara. Das Wesentliche, die Gottmensch-Christologie, blieb davon unberührt.

Die große profane und religiöse Kunst dieser Jahrhunderte fehlt naturgemäß, weil sie nicht transportabel ist: die Baudenkmalerei, die Mosaik, die Wandmalerei. Dafür sind die winzigen eingestreuften Schwarzweißfotos kein Ersatz. Aber auch das vorhandene Material ist für die angestrebte kulturhistorische Totalität zu wenig, trotz vieler Leihgaben aus aller Welt. Vor allem wäre es zu wenig aussagekräftig für die Epoche, auch wenn es noch zahlreicher wäre.

Das Ganze ist nicht viel mehr als eine sehr kostspielige Volkshochschulveranstaltung für ein oberflächlich interessiertes Publikum. Wer sich für die Kunst jener Zeit ernsthaft interessiert, greife zu einer großangelegten „Kunst“-Geschichte der Epoche und unternehme anschließend eine Reise nach Ravenna, Rom, Venedig und – wenn es die Kasse erlaubt – Konstantinopel. Frankfurt gibt nur einen kleinen, durch Schul-tendenzen zweifelhaft aufbereiteten Teilspektakel. (Bis 11.3., Katalog 25 Mark.)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Neue Platten: Die amerikanische Sopranistin Jessye Norman und die Wiederkehr des Duos Getz/Baker

Eine Lanze für Chausson Samt aus der Trompete

„Chanson perpétuelle“ als markante Beiträge des Genres ebenfalls ernst genommen werden sollten. Vor allem seine schwerwiegend-klagliche Elegie auf des Meeres und der Liebe wankelmütigen Wellen hat bei besonderem Reiz. Hat Chausson doch für dieses Orchester-Poem ein harmonisch und koloristisch höchst apartes Idiom gefunden, das Wagner, der Spätromantik zwar noch nicht entschieden Adieu zu sagen wagt, aber doch schon erste Schneisen in impressionistische Gefilde schlägt.

Daß man es nicht als weiteren Gefühlschwulst abtun kann, macht Jessye Norman mit ihrer höchst delikaten, die feinen Stimmnuancen und melodischen Schwingen verzieht auskostenden Darstellung unmißverständlich klar. Und Armin Jordan macht mit dem Monte-Carlo-Philharmonikern auch keinen Hehl aus seiner Bewunderung für den feinsinnigen Chausson (ERATO ZL 30904 DX).

So souverän und gedankentief wie die Chausson-Poeme trägt die Norman auch Straußens „Vier letzte Lieder“ vor, diesen melodien-überschweblichen Abgesang eines Wandermüden auf das Leben. Wunderbare Stimmfülle und Klangsprache paaren sich hier mit der Kunst, auch den feinsten Regungen mit weichem Atem und unverzerrtem Piano nachzugehen. Bewegende Meditationen sind so entstanden, gegen die die Interpretation gängiger Strauß-Lieder merkwürdig ins Geschnäkelische abdriftet. Anmerkung: Partner der Norman: Kurt Masur und das Gewandhausorchester (Philips 6514322).

My funny Valentine“, dieser bitter-süße, zwischen Moll und Dur kriechende Ohrwurm von Rodgers & Hart, war in den vierziger Jahren durch so viele Kellköpfe gewälzt worden, daß ein New Yorker Nachtclub-Besitzer seinen Sängern einen vertraglich verbot, ihn vorzutragen: Hätte er Chet Baker Version gehört, wäre er vermutlich anderen Sinnes geworden. So behutsam, jedes Wort auf der Zunge vorschmeckend, hat kaum jemand diesen Evergreen gesungen. Seit den 50er Jahren ist er obligater Bestandteil von Bakers Repertoire, und daher verwundert es kaum, daß er auch auf seiner jüngsten Platte auftaucht.

Vor einem knappen Jahr hat der Trompeter zusammen mit dem Saxophonisten Stan Getz ein Konzert in Stockholm gegeben, und jüngst erschien ein Mitschnitt unter dem Titel „Line for Lyons“ (SNTF 688/Intercom Import Service). Stilistisch klingt die Platte, als sei sie vor einem Vierteljahrhundert entstanden – und das nicht nur, weil sie ausnahmslos Titel aus den 50er Jahren enthält. Eine sentimentale Reise in die Gefilde des Cool-Jazz unternehmen Getz und Baker, beides ohne Frage elegante Reiseliebe. Von Getz erwartet man ja auch gar nicht, daß er sich weiterentwickelt – wenn er Getz spielt, er ist am besten. Der Stil hat Patina angesetzt, aber das muß ja das Hörvergnügen nicht schmälern.

Getz ist ein brillanter Techniker, der sein Instrument souverän zu handhaben weiß. Jeder Ton wird sauber und präzise vom anderen getrennt, und das selbst dann, wenn die Sechzehnteilnoten in atemberaubendem Tempo einander jagen. Das ist der Sound, den er in den fünfziger Jahren entwickelt und unbeschadet durch den Latinjazz der sechziger getragen hat. Sein Tonansatz ist klar und kühl geblieben, ohne sentimentale Vi-brati. Mit wem er auch spielte, Getz ist sich selbst stets treu geblieben.

Bakers Trompete kommt sozusagen auf Samtpfoten daher, er spielt „Stella by Starlight“ oder „Just Friends“ verhalten-nachdenklich. Da besteht freilich mitunter die Gefahr, daß die ganze Chose unversehens in oberflächliche Barmusik hin-einrutscht – wenn nicht Jim McNeely am Klavier und Victor Lewis am Schlagzeug energische Akzente dagesetzten.

Wenn Getz in der schwedischen Hauptstadt spielt, darf natürlich seine Auffassung von „Ack Värmland, du sköna“, die er „Dear Old Stockholm“ nennt, nicht fehlen. Aber das hat man schon mitreißender gehört – ebenfalls in Stockholm, mit seinen Swedisch Allstars in einer Aufnahme vom März 1951 beispielsweise. Was die meisten Titel nicht bewirken, vermag dann „Airegin“, Sonny Rollins spiegelverkehrte Huldigung an Nigeria. Man horcht erheitert auf – Bakers Trompete ist vom Samt befreit und auch Getz bläst rauher, aggressiver, also fast ungewohnt, doch ohne ein Jota an Präzision einzubüßen. Da zeigen die alten Meister, was sonst noch so alles in ihnen steckt.

Auf dieser Platte mit Reminiszenzen an den Cool Jazz passiert genau das, was offenbar auch beabsichtigt war: der Hörer schweigt in Erinnerungen.

RAINER NOLDEN

Und damit geizt die Sängerin denn auch in diesem Winter nicht. Eine Glück-„Alceste“ ist mit ihr in der Titelliste erschienen. Ihre Stammfirma Philips/Phonogram brachte eine Aufnahme mit den „Vier letzten Liedern“ und anderen Orchesterliedern von Richard Strauss heraus. Und Erato ließ sich die Norman für ein Recital aus, in dem sie ihren frankophilen Neigungen frönen kann, wie sie das ja bereits so eindrucksvoll mit Aufnahmen von Bizet, „Nuits d'été“ und Klavierliedern von Ravel, Poulenc und Satie getan hat.

Diesmal nun bricht Jessye Norman eine Lanze für Ernest Chausson, den Massenet- und Franck-Schüler und Debussy-Freund, von dem im Grunde nur das als „Poème“ titulierte Violinkonzert wirklich populär geworden ist, obwohl seine hier vorgestellten Orchesterlieder, das „Poème de l'Amour et de la Mer“ und sein

Vor einem knappen Jahr hat der Trompeter zusammen mit dem Saxophonisten Stan Getz ein Konzert in Stockholm gegeben, und jüngst erschien ein Mitschnitt unter dem Titel „Line for Lyons“ (SNTF 688/Intercom Import Service). Stilistisch klingt die Platte, als sei sie vor einem Vierteljahrhundert entstanden – und das nicht nur, weil sie ausnahmslos Titel aus den 50er Jahren enthält. Eine sentimentale Reise in die Gefilde des Cool-Jazz unternehmen Getz und Baker, beides ohne Frage elegante Reiseliebe. Von Getz erwartet man ja auch gar nicht, daß er sich weiterentwickelt – wenn er Getz spielt, er ist am besten. Der Stil hat Patina angesetzt, aber das muß ja das Hörvergnügen nicht schmälern.

Getz ist ein brillanter Techniker, der sein Instrument souverän zu handhaben weiß. Jeder Ton wird sauber und präzise vom anderen getrennt, und das selbst dann, wenn die Sechzehnteilnoten in atemberaubendem

Berendt auf dem Brahmanenpfad: Die Welt ist Klang

Joachim Ernst Berendt, der deutsche Jazzpapst, auf dem Brahmanenpfad? Der Titel seines neuen Buches „Nada Brahma“ (erschienen im Insel Verlag, Frankfurt a.M., 485 S., 38 Mark) könnte dem Leser diesen Gedanken nahelegen. „Nada Brahma“ ist ein Urwort altindischer Weltanschauung. Man kann es vielleicht mit dem Ausdruck „Gott und die Welt sind Musik“ übersetzen.

Aufgrund dieser Erkenntnisse erweist sich uns die gesamte Welt, die der neuzeitliche Europäer seit Descartes für stumm und tot hielt, als eine Orgie von Klängen. Wir wissen jetzt oder können es wissen, daß etwa die Teilchen – Protonen und Neutronen – des Sauerstoffatoms in C-Dur schwingen, daß jeder Haalm einer Bergwiese sein eigenes Lied „singt“ – und daß alle diese Klänge harmonisch zusammenklängen, daß auch die Entstehung lebendigen Blattgrüns aus Sonnenlicht und den Stoffen der Erde im Grunde ein musikalisches Phänomen ist.

Angesichts des Zusammenbruchs der alten Physik ist – so J.E. Berendt – der „Klangcharakter der Welt“ eine der wenigen Gewissheiten, auf die wir verlassen können. Die fortgeschrittensten Zweige moderner Naturwissenschaft lehren uns, die Welt ähnlich zu sehen, wie schon vor Jahrtausenden ein Hindu, Buddhist,

Taoist oder Pythagoräer die Welt gesehen hat.

Man hat mit guten Gründen die moderne technisch-industrielle Zivilisation mit ihren Zeitungen, Illustrierten, Fernsehapparaten und einer Fülle visueller Reize und Signale als eine „optische Zivilisation“ bezeichnet. J.E. Berendts Buch spricht nun die Vermutung aus, daß diese „Hypertrophie des Optischen“ eine Gefahr für die lebensvolle Integrität des Menschen bedeutet; sie läßt die anderen Sinne und unsere Erlebnisfähigkeit insgesamt in erschreckendem Maße verkümmern.

„Nada Brahma“ ist also ein Hymnus auf die Gabe des Hörens und Lauschens, in dem naturwissenschaftliche, anthropologische, philosophische und religiöse Erfahrungen und Erkenntnisse zusammenfinden. Berendt erinnert an den konkreten Sinn wahrer Symbole und mystischer

Aussagen wie „Im Anfang war das Wort“. Der Mensch kann nur deshalb musizieren und singen, weil das Universum selbst ein ursprünglich musikalisches Phänomen ist: Rhythmus, Tanz und Symphonie. Rhythmen und Klänge sind elementarer als die Materie, ja sogar gewisser als Zeit und Raum!

Berendt begnügt sich nicht mit der Zusammenfassung der Resultate verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und der Erinnerung an weitgehend vergessene esoterische Lehren. Sein Buch gipfelt in einer Vision: „Der Musiker als Weltbürger“, der zum Hören fähig, der lauschende und musikalische Mensch als Garant einer besseren und menschenwürdigeren Zukunft. Eine interessante, eine ganz von kosmischem Optimismus erfüllte Publikation!

G.-KLAUS KALTENBRUNNER

JOURNAL

Hollywood brach 1983 sämtliche Rekorde

AFP, Los Angeles

Für Hollywood hat das Jahr 1983 sämtliche Rekorde des Box Office gebrochen, während die Qualität der Filme von der Kritik ziemlich niedrig eingestuft wurde. Nach Schätzungen der amerikanischen Fachzeitschrift „Variety“ wurden im vergangenen Jahr mehr als 3,7 Milliarden Dollar eingenommen gegenüber 3,45 Milliarden Dollar im Jahr 1982. Der alles überragende Erfolg war George Lucas „The Return of the Jedi“. Einspielergebnis: 235 Millionen Dollar. Dennoch konnte der dritte Teil des „Star Wars“-Epos Steve Spielbergs „E.T.“ aus dem Jahr 1982 nicht übertreffen, der der größte Einspielerfolg in der Geschichte des US-Films bleibt. Überraschend rangiert das Musical „Flashdance“, eine „low budget“-Produktion, mit insgesamt 90 Millionen Dollar auf Platz zwei der Film-Hits. Trotz guter Kritiken gehörte Woody Allens „Zelig“ nicht zu den Kassenschlagern des vergangenen Jahres.

Trier bereitet seinen 2000. Geburtstag vor

apl, Trier

In Trier hat das Jubiläumsjahr 2000 begonnen. Die wichtigsten kulturellen Ereignisse des prall gefüllten Veranstaltungskalenders aber sind erst im Frühjahr zu erwarten. So zeigen ab Ende März/Anfang April die Domschatzkammer und das Bischöfliche Museum Trierer Schatzkammer und die Konstantinischen Deckengemälde aus dem Palast der römischen Kaiserin Helena, das Rheinische Landesmuseum eine Ausstellung über „Die antike und frühchristliche Stadt“ Trier. Gleichzeitig findet eine Internationale Städtekonferenz statt unter dem Motto „Die alte Stadt“. Ab Mai präsentiert die Trierer Stadtbibliothek mit dem Stadthaus „Kostbare Bücher und Dokumente aus Mittelalter und Neuzeit“.

Ströher-Sammlung ab September in Frankfurt

Nea, Frankfurt

Die 1981 von der Stadt Frankfurt für mehr als fünf Millionen Mark erworbene Ströher-Sammlung moderner Kunst, vor allem Pop-art, wird zum ersten Mal im September dieses Jahres für drei Monate im bis dahin fertiggestellten Museum für Architektur öffentlich zu sehen sein. Endgültig sollen die über 100 Objekte der Sammlung dann im geplanten Museum für moderne Kunst ihren Platz finden. Zur Zeit werden die Kunstgegenstände in früheren Räumen der Stadtbibliothek verwahrt.

„Paris dernier“ auf Fotos festgehalten

AFP, Paris

Vor dem Bulldozer der Abreißkommandos hat der Photograph Jean Mouniuc vergessene Häuser, Plätze und Gassen in Paris festgehalten. Das Ergebnis seines fast fünfjährigen Streifzugs durch unscheinbare verwinkelte Ecken, die es in Kürze nicht mehr geben wird, ist bis 22. Januar im Musée Carnavalet zu sehen. „Paris dernier“, Paris zuletzt, nennt Mouniuc seine Dokumentation einer Seite der Stadt. Die meisten der Sackgassen, Innenhöfe, ärmlichen Wohnhäuser und staubigen Gäßchen, die Mouniuc in den vergangenen Jahren für die Nachwelt abbildete, stammen aus dem 18. Jahrhundert.

Steinzeitliches Werkzeug in Sibirien gefunden

AFP, Moskau

Steinzeitliches Werkzeug und Arbeitsgerät haben Archäologen in Jakutien in Nordibirien entdeckt. Die Gerätschaften sind vermutlich 500 000 bis eine Million Jahre alt. Die Wissenschaftler stießen auf behauene Steine, Schaber und Messer aus Rosenquarz. Sollte sich das geschätzte Alter der Funde bei den genaueren Untersuchungen bestätigen, so müßte die Besiedelungsgeschichte dieses Raums in Jakutien früher als bisher vermutet angesetzt werden. Auf dem Gelände fanden sich daneben Grabstätten jüngerer Datums, in denen die Überreste von Zeitgenossen der ägyptischen Herrscher Tut-ench-Amun und Nofretete ruhen. Analysen der rund dreihunderttausendjährigen Skelette ergaben, daß es sich um einen bisher nicht bekannten Menschentypus mongolider Rasse handelt.

Erasmus-Preis 1984 an Massimo Pallottino

AFP, Amsterdam

Der Erasmus-Preis für das Jahr 1984 ist von der Amsterdamer „Stichting Præmium Erasmianum“ dem italienischen Archäologen Massimo Pallottino (74) für seine „unermüdliche Akzentsetzung auf die italienische Zivilisation als Einheit und auf deren Beziehungen zu den anderen Mittelmeerkulturen“ zuerkannt worden. Pallottino gilt eigentlich als Fachmann für Archäologie, Kunst, Geschichte und Entschlüsselung der Sprache der Etrusker. Der Preis ist mit einer Geldprämie von 100 000 Gulden verbunden.

KULTURNOTIZEN

Hans Scharoun ist eine Ausstellung mit Fotos und Bildern gewidmet, die das Bremerhavener Morgensternmuseum bis Ende Februar zeigt. Glas Magazine heißt eine französische Filmzeitschrift, die in diesem Monat erstmals erscheint.

72,5 Millionen Besucher haben 1983 in den DDR-Kinos in- und ausländische Filme gesehen, wobei Frank Beyers „Aufenthalts“ nach Hermann Kant der erfolgreichste war.

Das Museum of Modern Art in New York heißt wegen Umbauarbeiten bis Mai geschlossen.

Der Mies-van-der-Robe-Preis in Höhe von 55 000 Mark wurde von der Düsseldorfer Aktionsgemeinschaft „Glas und Bau“ zum dritten Mal ausgeschrieben.

Richard Hughes, Journalist aus Australien und einer der besten Asienkenner, ist in Hongkong im Alter von 77 Jahren gestorben.

Doch Berendts Buch handelt gar nicht von Indien – oder doch nur insoweit, als der Autor in der indischen Metaphysik eine allgemeine menschliche spirituelle Erfahrung ausgesprochen findet. Es ist dies eine Erfahrung, die sich auch bei anderen Völkern nachweisen läßt, man denke etwa an die Idee der Sphärenharmonie bei den Griechen, aber auch an manche erstaunliche Ergebnisse der modernen Kosmologie, Biologie und Atomphysik.

Stillt ein „Früchtchen“ den Hunger in Afrika?

Experten setzen große Hoffnungen auf „Wüstendattel“

HELGA MÜHLE, Bonn
Paradiesische Früchte müssen nicht immer süß sein. In der afrikanischen Sahelzone, vor allem aber in Sudan, hat man eine bislang völlig nutzlos erscheinende bittere Frucht wiederentdeckt, die dem kargen, von Hungersnot gezeichneten Landschaftscharakter eine nahezu paradiesische wirtschaftliche Nutzung verspricht: die „Wüstendattel“. In der gleißenden Wüstensonne baumelte sie am „Balanit“-Baum – bislang ohne wirkliche Existenzberechtigung. Bis eines Tages, eher durch Zufall, Experten darauf stießen, was sie alles kann.

Schnell war die Rede von Wunderkraft nicht nur deshalb, weil sie verspricht, die Hungersnot in Afrika zu beseitigen oder Kranke zu heilen. Und man hofft auf noch mehr. So kann die Balanitfrucht auch zur Herstellung von Speiseöl, Seife und Viehfutter genutzt werden. Ihre chemischen Substanzen bieten sich zur Arzneimittelproduktion an und ihr entbitterter Kern wird zu einer Art Erdnuß, die ein wichtiger Beitrag zur menschlichen Ernährung sein kann.

In Sudan, wo der Balanit-Baum am häufigsten vorkommt, und ein Forschungsinstitut, das „Industrial Research Consultancy Institute“ sowie kleinere Pflanzenverarbeitungsanlagen vorhanden sind, hat die UN-Organisation für industrielle Entwicklung (Unido) entsprechende Verfahren entwickelt. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt das vielversprechende Unternehmen mit 170 000 Dollar.

Schmecken wie Erdnüsse

„Dies ist wirklich ein Beispiel, wie mit geringsten Mitteln maximale Erfolge erzielt werden können“, erläutert Horst König, Leiter der Versuchsanstalt. Mehr oder weniger vom Schreitisch in Wien aus – nur wenige Male reiste der Unido-Mann nach Khartum – schuf Horst König in Sudan die Möglichkeit, einen nahezu toten Landschaftscharakter wirtschaftlich zu nutzen und einen neuen Industriezweig zu gründen und das, ohne einen einzigen Entwicklungshelfer einzusetzen.

Das sudanesisches „Forestry Institute“ heuerte die Landbevölkerung zum Sammeln der Balanitfrüchte

an. In selbstgebaute Kesseln werden die Fruchtkerne in heißem Wasser gerührt, bis sich ihre bittere Schale abziehen läßt. Dann werden sie in bereits vorhandenen Ölmöhlen, die nur teilweise ausgelastet waren, gepreßt, anschließend zu Speiseöl oder zu Seife weiterverarbeitet. Geröstet schmecken die entbitterten Kerne wie Erdnüsse.

Maximale Verwertung

Die beteiligten Industriebetriebe der Region Khartum beschäftigen ausschließlich Arbeiter aus der Region oder Dorfbewohner für die Produktion. Fachkräfte des sudanesischen Forschungsinstituts gab es nur wenige, aber diese wenigen schulten sehr gewissenhaft ihre Mitarbeiter, die heute bereits selbständig die einzelnen Verfahren der Weiterverarbeitung beherrschen.

Bei dem Bemühen, nichts, aber auch gar nichts von dieser Frucht verkommen zu lassen, finden auch die Preßrückstände der Fruchtkerne noch eine Verwendung. Das Kernmehl ist mit seinem hohen Proteingehalt ein überdurchschnittlich mästendes Viehfutter, wie eine einjährige Fütterungsstudie sudanesischer Schafe ergab. Das Futter schien diesen sonst nur Grasfressern nicht nur ausgesprochen gut zu schmecken, sie legten dabei auch ganz schön zu.

Aber damit immer noch nicht genug des Guten. Der gelblich harte Kern der entbitterten Frucht enthält eine chemische Substanz, das sogenannte Saponin, das als Rohmaterial zur Arzneimittelherstellung verwendet werden kann; auch zur Herstellung der „Pille“. Zu guter Letzt – und hier erreicht die Frucht in der Vorstellung vieler tatsächlich paradiesische Qualitäten – enthält das Fruchtfleisch auch Substanzen, die dem Bier durch Aufschäumen die richtige Blume aufsetzen. Die letzten beiden Verwertungsmöglichkeiten haben allerdings bislang noch keine Anwendung gefunden.

Die wirtschaftliche „Kernkraft“ liegt vorwiegend denn auch in der enormen Ökologierigkeit der Balanitfrucht. Eine wichtige Entdeckung von enormer Bedeutung für Sudan, wo die Nachfrage nach Pflanzenölen zunimmt, während die Produktion gleichzeitig sinkt.



Als er 1965 Gemini-4 verließ, lag Edward White noch an mehreren Versorgungsseilen.

Bei der nächsten Mission des Shuttle gehen zwei Astronauten eigene Wege

A. BÄRWOLF, Hamburg
Er hielt sich an den Griffen fest und beugte sich aus der runden Öffnung hinaus. Unter ihm, in der Tiefe des Abgrunds, drehte sich die Erde. Über Simferopol löste er sich von seinem letzten Halt und glitt dann wie ein großer Meeresvogel mit weit geöffneten Flügeln neben dem Raumschiff dahin. Alexei Leonow hatte als erster Mensch einen künstlichen Satelliten der Erde verlassen. Mit seinem zehn Minuten währenden Flug durch den Lerraum schaffte er eine Entfernung von 5000 Kilometern.

Seit diesem ersten Außenbordmanöver in der Geschichte der Astronautik am 18. März 1965 sind zahlreiche Kosmonauten und Astronauten als eigene Satelliten oder „menschliche Monde“ mit einer Geschwindigkeit von acht Kilometern in der Sekunde um den Erdball gezogen. Doch immer waren sie durch eine Leine mit dem Raumschiff verbunden. Sie arbeiteten sozusagen in der kosmischen Kuppel mit Netz. Beim nächsten Flug des amerikanischen Raumtransporters Space Shuttle, der für

den 30. Januar vorgesehen ist, sollen nun zum ersten Mal Astronauten ohne Sicherheitsleine durch das Vakuum rasen und sich bis zu 100 Meter von dem Mutterschiff entfernen.

Der Russe Leonow hing damals vor 18 Jahren an einem fünf Meter langen Kabel, das an drei Stellen an seinem Körper befestigt war. Das Kabel bremste beim Abstoßen vom Raumschiff Woschod-2 den Schwung ab, „sonst hätte ich mich wohl in den Sternen verloren“, erinnerte sich der literarisch begabte Kosmonaut. Der erste Amerikaner, der sein Raumschiff am 27. Juli 1965 verließ, hing an einem 7,6 Meter langen Nylonseil. Das Seil, das Edward White mit dem doppelstöckigen Satelliten Gemini-4 verband, war zusammen mit einer Sauerstoffleitung, vier elektrischen Kabeln und einer Fernmeldeleitung zu einer zweieinhalb Zentimeter dicken Kordel gewickelt, die von außen vergoldet war. White hielt sich zehn Minuten länger als Leonow außerhalb des Muttersatelliten auf. Er konnte zudem mit Hilfe eines Handgeräts ein wenig manövrieren.

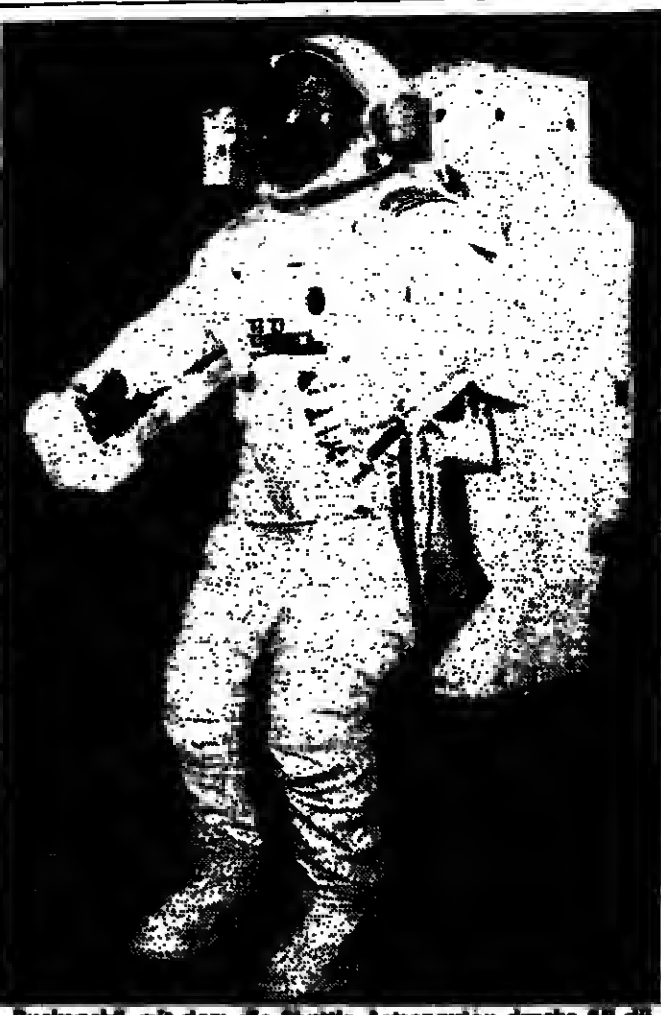
Der große Durchbruch zu einem tragbaren Gerät, das praktisch alle Merkmale eines Raumschiffs hat – eigene Atmosphäre, Antrieb, Lagesteuerung – hat 18 Jahre auf sich warten lassen. Erst jetzt sollen die Astronauten – Robert Stewart, Major der US-Luftwaffe, und Korvettenkapitän Bruce McCandless – ein „Jet Pack“ erproben, mit dem sie frei im Weltraum herumgondeln können. Damit erfüllt sich ein langgehegter Wunsch der Militärs, den die Nasa immer aus Sicherheitsgründen abgeblockt hatte. Die US-Luftwaffe hatte den freifliegenden Astronauten, der ohne Sicherheitsleine operiert, immer für notwendig gehalten. Für die Nasa war das Risiko zu groß.

Die Premiere für das „Jet Pack“, allerdings mit Sicherheitsleine, hatte schon im Sommer 1966 genommen. Gene Cernan, der Navy-Astronaut, verließ über Hawaii das Raumschiff Gemini-9. Er sollte sich das außerhalb des Raumschiffs geflagerte 72 Kilogramm schwere Manövriergerät umschallen und im Verbandsflug mit um die Erde kreisen.

Doch die Technik zeigte Mängel. Das Visier des Raumschiffs Cernans beschlug, vernebelte. Cernan sah die Raumschifflichter verschwommen wie Antolampen im Nebel. Sein Puls erreichte Spitzen von 180. Das Experiment wurde nie wiederholt.

Gelingt das Experiment jetzt beim zehnten Shuttle-Flug am 30. Januar, ist das von großer Bedeutung für die Montage von Erdaußenstationen oder die Reparatur von Satelliten. Nicht unwichtig ist es aber auch für die Inspektion und Vernichtung von Satelliten.

Das Risiko, ohne Sicherheitsleine mit 28 000 Stundenkilometern durch den Kosmos zu rasen, ist ebenfalls groß. Doch es ist geringer als die Außenbordarbeit am Ende eines hundert Meter langen Seils. Schon zur Zeit des Fluges von Leonow hatten Computer-Simulationen bei Verwendung von 30 und 60 Meter langen Sicherheitsleinen ergeben, daß der Freiflug sicherer ist. Bei 80 Computerläufen verwickelte sich das Seil 72mal mit dem Raumschiff.



„Rockback“, mit dem die Shuttle-Astronauten durchs All fliegen sollen.

Nur Gutes vom Frankfurter Kartentelefon

AP, Frankfurt

Möglicherweise wird es trotz der Erhöhung der Gebühren für das Telefonieren an Münzfernsprechern in der Bundesrepublik Deutschland doch noch „Preis-Oasen“ für Telefongespräche geben. Nach Auskunft des Sprechers der Frankfurter Opostdirektion, Horst Spies, ist „bisher noch nicht sicher“, ob diese Erhöhung auch für die 29 Kartentelefone in Frankfurt gelten soll. Die Halbjahres-Bilanz des Modellversuchs „Kartentelefon“ schilderte Spies gestern jedenfalls sehr positiv. Seit Juni vergangenen Jahres ist es an verschiedenen Stellen in der Frankfurter Innenstadt und auf dem Messegelände möglich, bargeldlos zu telefonieren. Der Kunde erwirbt an einer von drei Ausgabestationen – zwei Postämtern und ein Zigarettenladen – eine Telefonkarte in Scheckkartengröße für zehn oder zwanzig Mark und damit die Möglichkeit, entweder 45 oder 92 Einheiten an den Kartentelefonen zu verbrauchen. Die Karte wird in den Apparat eingeschoben, und ein Rechner entwertet sie Einheit für Einheit. In den nächsten Monaten soll das in Frankfurt offiziell auf ein Jahr begrenzte Experiment auch auf drei Städte im Rheinland ausgedehnt werden. Die Erfahrungen mit den Kartentelefonen bezeichnete Spies als „bestens“. Vandalismus, gerade in Frankfurt, Telefonzellen ein großes Problem, sei überhaupt nicht vorgekommen.

Die Eltern erschlagen

dpa, Stockholm
Ein 21 Jahre alter Mann aus Umeå, der wegen Tötung seines Vaters in eine geschlossene Anstalt eingewiesen worden war, hat während eines Urlaubs jetzt auch seine Mutter umgebracht. Die Frau hatte selbst darum gebeten, ihren Sohn während der Feiertage bei sich haben zu dürfen.

Katastrophe bestätigt

dpa, Moskau
Die Gerüchte von einer schweren Umweltkatastrophe in der sowjetischen Autostadt Togliattigrad an der Wolga schon vor geraumer Zeit hat jetzt die Moskauer Partzeitung „Pravda“ bestätigt. Danach wurden durch einen Unfall in einer Stickstoffabrik die Kiefernwälder der Umgebung entzündet. Ob Menschen verletzt wurden, wie man annimmt, geht aus dem Bericht nicht hervor.

TÜV in Frankreich?

dpa, Paris
In Frankreich soll es bald eine ähnliche Einrichtung geben wie den Technischen Überwachungs-Verein (TÜV) in der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung in Paris plant die Kontrollen allerdings nicht für alle Autos, sondern nur für Unfallwagen und zum Verkauf angebotene Gebrauchtwagen.

Terror beeinflusst Spiele

dpa, Belfast
Die seit nunmehr fast 15 Jahren andauernde Gewalt in der britischen Provinz Nordirland hat das Spielverhalten der Kinder erheblich beeinflusst. Das zeigte eine Untersuchung nach Beobachtungen von 50 Spielplätzen in Ulster. Danach übertrugen die Kinder den täglichen Terror in ihre Welt und finden Vergnügen an Gewalttaten.

Politischer Mord?

AP, München
Möglicherweise politische Hintergründe könnte der Mord an einem 37-jährigen syrischen Kaufmann in Schwaben haben. Der Mann wurde Mittwoch nachmittag in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Raubmord scheitert als Tatmotiv aus.

Wintereinbruch

AP, Frankfurt
Der Wintereinbruch hat gestern morgen Tausenden von Autofahrern den Weg zur Arbeit erschwert. Die Ausläufer eines Island-Tiefs brachten in weiten Teilen Deutschlands Niederschläge, die im Flachland als Eisregen, in Höhen von mehr als 500 Metern aber als Schnee fielen. Für das Wochenende werden weitere Schneefälle erwartet.

„Columbia“-Panne

AP, Berkeley
Die Bilder von entfernten Sternen, aufgenommen während des jüngsten Fluges der amerikanischen Raumfähre „Columbia“ mit dem europäischen Weltraumlaboratorium Spacelab an Bord, sind alle mißlungen. Laut Nasa eine weitere in einer Reihe von kleinen Pannen, die unter anderem auch zu einer Verschiebung der Landung geführt hatten.

Miet-Urteil

dpa, Köln
Die Praxis, wonach Vermieter von ihren Mietern einen Nachweis ihres Einkommens verlangen können, ist rechtens. Dies ist der Kern eines rechtskräftigen Urteils des Kölner Landgerichts, das gestern veröffentlicht wurde. (Az.: 1 S 73/83)

Recht und Umwelt
Recht und Umwelt: Einiges sagt das Bundesverwaltungsgericht, das die Frankfurter Kartentelefon-Debatte im Blick hat.

ZU GUTER LETZT

„Die Preise liegen zwischen 130 und 200 Mark pro Quadratmeter inklusive Erschließung.“ Aus dem Hamburg-Teil der WELT.

Empfangskomitee für einen Stern

Auch die UdSSR sicherte Zusammenarbeit bei Beobachtung des Halleyschen Kometen zu

dpa, Hamburg
Mit fünf Raumsonden will die internationale Wissenschaft den Halleyschen Kometen abfangen, wenn er Anfang 1986 bei seiner periodischen Wiederkehr nach 76 Jahren im Schwenk um die Sonne die Erde passiert. Quasi hautnah wollen die Astronomen an dem Himmelsphänomen mit seinem mehr als 100 Millionen Kilometer langen Schweif Umatmosphäre erforschen, die der Komet während der längsten Zeit seiner Existenz in den Außenbezirken unseres Sonnensystems wie in der Tiefkühltruhe konserviert hat. Zur Überraschung westlicher Teilnehmer hat die Sowjetunion bei einer Tagung in der südjapanischen Hafenstadt Kagoshima für die internationale Halley-Beobachtung ihre Mitarbeit in den kommenden drei Jahren, in denen der bis auf das Jahr 466 vor Christus nachgewiesene Schweifstern an- und abreist, zugesichert.

Die Sowjetunion will Ende dieses Jahres selbst zwei mit Fernsehkameras bestückte Sonden zunächst zur Venus und dann im März '86 zum Rendezvous mit dem Halleyschen Kometen starten. Die beiden Sonden sollen dann in etwa 10 000 Kilometern Abstand an dem gefrorenen Kern des Kometen vorbeifliegen, um dessen Zusammensetzung und die

seines langen Schweifes zu erforschen. Das Vorhaben wird „Vega“ genannt, wobei der erste Teil des Akronym für Venus und der zweite Teil für Halley – russisch Venera und Gallei – steht. Dabei haben die Sowjets die USA zum ersten Mal während einer Aktion im All um Unterstützung gebeten. Bei der Annäherung der sowjetischen Sonde an den Schweifstern sollen die Amerikaner drei Antennen-Anlagen für die Sicherung von Bahndaten zur Verfügung stellen. Die Sowjets wollen sich dafür revanchieren, indem sie dem Westen alle Erkenntnisse über den Halleyschen Kometen zur Verfügung stellen. Die Vega-Sonden sollen den in Sonnennähe mit 225 000 Stundenkilometern dahinschreitenden Schweifstern am 6. und 9. März 1986 ins Fotovisier nehmen. Mit diesen Daten soll dann wenige Tage später – am 13. März '86 – die europäische Sonde „Giotto“ in eine optimale Position zum Kometen – „hautnah“, d. h. nicht weiter als 500 Kilometer von ihm weg – gebracht werden. Bei so engem Kontakt geht die Europäische Raumfahrtbehörde (Esa) freilich davon aus, daß ihre im Juli 1985 mit einer Ariane-Rakete startende Sonde abzuschreiben ist.

Auch die Japaner wollen zwei

Raumfahrzeuge in Richtung Halley auf den Weg bringen. Sie sollen insbesondere den als Koma bezeichneten Gasmantel um den Kern des Kometen erforschen, sich jedoch nicht auf weniger als 100 000 Kilometer nähern. Dagegen verzichten die Amerikaner aus Kostengründen auf die Entsendung einer eigenen Halley-Sonde.

Dennoch werden die Nasa-Fachleute möglicherweise den fünf Halley-Sonden die Schau stehlen und schon sechs Monate früher die erste Begegnung eines von Menschenhand gefertigten Raumfahrzeuges mit einem Kometen inszenieren. In einem komplizierten himmelsmechanischen Manöver dirigieren sie den Nasa-Satelliten „ISEE 3“, der bis 1982 stationär zwischen Sonne und Erde den sogenannten Sonnenwind erforscht, hat am 11. September '85 etwa 70 Millionen Kilometer von der Erde entfernt zu einer Begegnung mit dem weniger bekannten Kometen Giacobini-Zinner.

Halley (nach dem von 1656 bis 1742 lebenden britischen Astronomen Edmund Halley) ist der prominenteste, größte, leuchtkräftigste und am genauesten vorauszusagende Komet. Zuletzt machte der kosmische Vagabund 1910 der Erde seine Aufwartung.

LEUTE HEUTE

Immer wieder 29

„Dallas“-Star Victoria Principal hatte jetzt zwar Geburtstag, aber der anstrengenden TV-Aufnahmen wegen keine Zeit, ihn richtig zu feiern. Schließlich muß sie täglich um vier Uhr aufstehen, und meist dauern die Filmarbeiten dann bis in die Nacht. „Das ist mein alljährlicher 29. Geburtstag“, erklärte sie deshalb am Dienstag und wurde – 34.

Nebenjob?

Marie Osmond, Star der singenden und tanzenden Mormonenfamilie, hat zusammen mit ihrem Mann Steve ein Haus in Hollywood gekauft. Sie wird zwar vorwiegend weiterhin auf dem Familienanwesen in Provo/Utah wohnen, möchte sich aber doch mehr Hollywood widmen – sie will nämlich, so erklärte sie, „ernsthaft Schauspielerin“ werden.

Gene wartet

Der 71jährige Tänzer und Schauspieler Gene Kelly, dessen Luxushaus in Beverly Hills abbrannte, wartet noch immer auf eine Nachricht seiner Versicherung. Solange er nicht weiß, was die Versicherung zahlen wird, will er zur Miete wohnen. Kelly schätzt den Schaden, entstanden durch einen Weihnachtsbaumbrand, auf mehr als eine Million Dollar.

Trompete vom Computer

Japanischer Instrumentenbauer übertrifft Töne alter Meister

E. KARMOL, Tokio
Japanische Instrumentenbauer spielen mittlerweile die erste Geige in der Welt. Die Nummer eins unter den Instrumentenbauern ist dabei Yoshihiro Kaji, der Leiter einer Spezialfirma für Metallblasinstrumente der Meisterklasse. Seit es Kaji und seinem Team gelungen ist, den Klang der Instrumente alter Meister nicht nur zu erreichen, sondern sogar noch zu übertreffen, sind seine Trompeten in New York ebenso wie in Berlin, Chicago oder Wien gefragt.

Der Durchbruch gelang Kaji 1979. Damals sandte ihm Helmut Wobisch, erster Trompeter der Wiener Philharmoniker, ein zwei Zentimeter großes Stück seiner gut achtzigjährigen Heckel-Trompete. Dieses handgearbeitete Meisterwerk aus dem um die Jahrhundertwende berühmten Familienbetrieb für Musikinstrumentenbau, hatte seine Leistungsgrenze erreicht; der reine Klang war dahin. Der Japaner – damals schon einer der anerkannten Fachleute auf dem Musikinstrumentenbau – war der einzige, der hinter das Geheimnis des Heckel-Tones kommen konnte und sollte daher eine gleichartige und gleichwertige Trompete bauen. Nach einer Serie komplizierter Analysen kam Kaji dem Geheimnis dieses Wunderwerkes tatsächlich auf

die Spur: Es bestand in gewissen Uneinheiten des von den Herstellern verwendeten Messings. Ihm waren in der Legierung höhere Dosen von Zinn, Nickel und Mangan beigegeben worden. Mit Hilfe von Computern baute der Japaner erst einmal die Form der alten Trompete identisch nach. Dann gelang es ihm, nach einer Reihe von Versuchslegierungen, den Wohlklang des Tones nicht nur zu erreichen, sondern eben sogar noch zu steigern. Die Wiener Philharmoniker waren von der Nachbildung so begeistert, daß sie gleich ein Dutzend dieser Kaji-„Heckel“-Trompeten kauften. Das war 1979. Ihre „Premiere“ hatten die Instrumente dann bei den Salzburger Festspielen desselben Jahres in Verdis Oper „Aida“ unter der Stabführung Herbert von Karajans.

Kaji, der Meisterbauer, verdankt sein Interesse an westlicher Musik seinem Vater, einem Lehrer der Yamato-Stiftung für Musik. Der Sohn wurde Trompeter in einer Schülerkapelle. Der 41 Jahre alte Japaner leitet heute nicht nur ein Heer von tausend Spezialisten, Kunsthandwerkern und Ingenieuren mit einem Forschungsbudget von 5,7 Millionen Mark, sondern ist nebenbei auch ein guter Trompeten-Solist und Dirigent geworden. (SAD)

WETTER: Etwas milder

Wetterlage: Der Ausläufer eines Nordmeereisles überquert im Tagesverlauf ganz Deutschland von West nach Ost. Auf seiner Rückseite wird verhältnismäßig milde Meeresluft herangeführt.



Vorhersage für Freitag:
Gesamtes Bundesgebiet: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Niederschläge, teils als Regen, teils als Schnee. Tageshöchsttemperaturen im Flachland bei 5 Grad, im höheren Bergland um den Gefrierpunkt. Nächtl. Tiefstwerte zwischen plus 2 und minus 2 Grad. Im Süden schwächer, sonst mäßiger bis frischer Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Nach vorübergehender Wetterberuhigung gegen Abend von Nordwesten her wieder Eintrübung und nachfolgend Regen.

Temperaturen am Donnerstag, 12. Uhr:	
Berlin	2°
Bonn	3°
Dresden	2°
Essen	1°
Frankfurt	3°
Hamburg	2°
List/Sylt	4°
München	-1°
Stuttgart	0°
Alger	10°
Amsterdam	4°
Athen	10°
Barcelona	8°
Brüssel	2°
Budapest	3°
Bukarest	6°
Helsinki	-7°
Istanbul	13°
Kairo	18°
Kopenhagen	3°
Las Palmas	18°
London	5°
Madrid	8°
Mallorca	5°
Moskau	13°
Nizza	10°
Oak	-5°
Paris	3°
Prag	0°
Rom	4°
Stockholm	-5°
Tel Aviv	20°
Tunis	11°
Wien	4°
Zürich	0°

Seemannsurlaub am Samstag: 8.26 Uhr, Untergang: 16.30 Uhr, Mondaufgang: 11.04 Uhr, Untergang: 20.50 Uhr.
*In MEZ, zentraler Ort Kassel

Elizabeth Bouvias sehnlichster Wunsch: sterben

WOLFGANG WILL, Riverside
Elizabeth Bouvia hat ein hübsches Gesicht, flinke Augen, einen wachen Geist. Aber die 26jährige Kalifornierin leidet seit ihrer Geburt unter Quadruplegie, einer Lähmung aller Extremitäten. Zeit ihres Lebens ist sie deshalb in einen Rollstuhl gefesselt, auf Hilfe und Fürsorge anderer angewiesen. Seit einiger Zeit verschlimmert sich ihr Zustand, weil eine Arthritis in unglaublicher Schnelligkeit voranschreitet. Sie will deshalb sterben. Ärzte und Gerichte aber verhindern dies bisher – sie wird zwangsernährt, weil sie versuchte sich zu Tode zu hungern. „Eine andere Selbstmordmöglichkeit habe ich ja als so schwer Gelähmte nicht“, begründet sie Ärzten und Richtern gegenüber, „und so, mit diesen Leiden, weiterleben, das will ich nicht“.

Sie ist Voll-Pflegefall und dazu ohne interessierte Familienangehörige. Solange sie das College besuchte, war sie noch lebensfähig. Um so mehr, als sie in einem Mit-Studenten einen Freund fand, der sie sogar heiratete. Diese Ehe scheiterte jedoch schnell

und seit September vergangenen Jahres ist Elizabeth wieder allein. Seitdem ist es ihr sehnlichster Wunsch zu sterben – doch das soll, so ihr weiterer Wunsch, „schmerzlos und in Würde“ vor sich gehen, unter



Gelähmt und hilflos: Elizabeth Bouvia. FOTO: DPA

ärztlicher Aufsicht. Deshalb ließ sie sich in das Riverside General Hospital einweisen, in der erklärten Absicht, verhungern zu wollen.

Sie hatte um schmerzstillende Mittel und hygienische Fürsorge gebeten, und ihre Anwälte unterstützten ihren Wunsch, ihrem Leiden ein Ende zu

setzen. „Anfangs habe ich die Post gelesen“, sagt sie jetzt, „aber inzwischen bin ich ihrer müde geworden. Schließlich muß ich die Entscheidung treffen, nicht andere.“

Das Riverside-Hospital möchte die unbequeme und exzentrische Patientin so schnell wie möglich entlassen, geradezu „loswerden“, und die zuständige Landkreisverwaltung, die für die täglich 1239 Dollar Zimmer- und Fürsorgekosten aufkommt, hat sich um andere Unterkunftsmöglichkeiten bemüht. Elizabeth und ihre Anwälte, gestellt und bezahlt von der Bürgerrechtsvereinigung „American Civil Liberties Union“, haben alle entsprechenden Vorschläge abgelehnt. Auch das Angebot von Robin Tyler, Elizabeth bei sich aufzunehmen und sie zu Tode hungern zu lassen, verwirft die Gelähmte. Robin Tyler, eine Festival-Organisatorin, habe nicht aus humanitären Gründen, sondern eigener Publizität wegen so gehandelt, meinte Elizabeth Bouvia, grimmig entschlossen, den Tod im Krankenhaus, unter ärztlicher Aufsicht zu suchen. (SAD)



Korea:
Studienreise
durch das
Land der
Morgenstille

Seite VIII

Deutschland:
Ruhige
Wintertage
am
Niederrhein

Seite III

**Schach mit
Großmeister
Pachman,
Bridge und
Denkspiele**

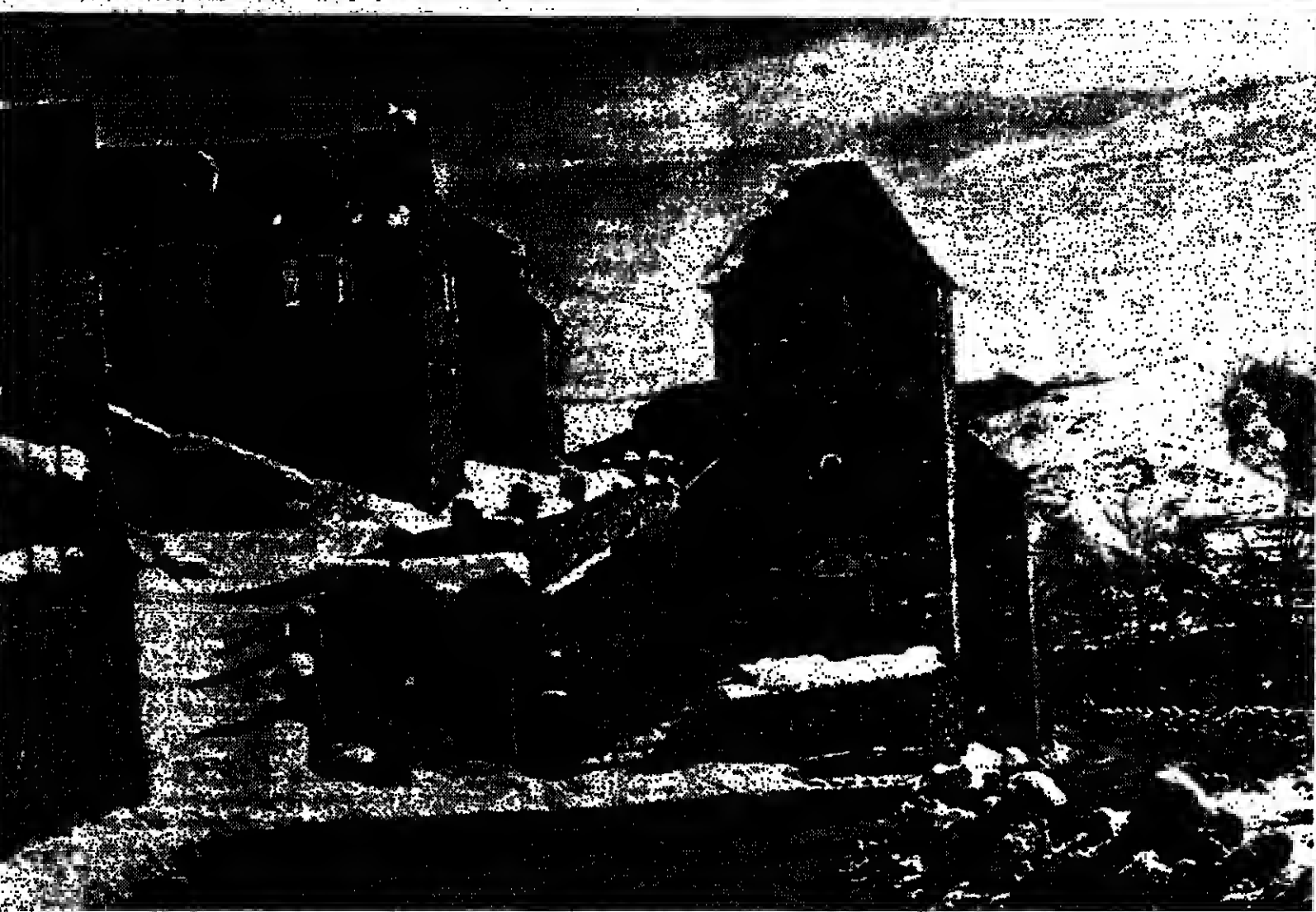
Seite VII

Ausflugstip:
Friedberg –
Idylle im
Schatten von
Augsburg

Seite VIII

Indonesien:
Auf Bali
entstand
ein neuer
Urlaubsort

Seite VIII



In Saint Lary spüren Besucher noch die rauhe Atmosphäre eines Bergdorfes in den Pyrenäen

Mit Kraft bahnt sich der Bach seinen Weg durch die Gebirgswelt
FOTOS: KATJA HASSENKAMP

Wintersport in den Pyrenäen / Mañana, mañana ist auch noch ein Tag . . .

Font-Romeu

Winterurlaub in den Pyrenäen? Ein fast exotischer Gedanke. Die Pyrenäen sind für viele deutsche Urlauber nur ein fester Gebirgszug, den es auf dem Weg nach Spanien zu überwinden gilt. Vor Atlantik bis zum Mittelmeer bildet er die französisch-spanische Grenze. Radsportfreunde haben schon von der berühmten Bergstrecke am Col du Tourmalet gehört. Doch nur wenige wissen, daß hinter den grünen Tälern des Bearn, südlich von Toulouse, ein echtes Hochgebirge liegt, mit Dreitausendern, die im Sommer Bergsteiger locken, und Abfahrten, die im Winter das Herz der Brettlfans höher schlagen lassen. Die Pisten sind noch nicht überlaufen, die Preise vernünftig und die Sonne scheint hell. Nicht ohne Grund steht in Font-Romeu die größte europäische Anlage zur Gewinnung von Solarenergie.

Pistenfahrer kommen in den Pyrenäen nicht auf ihre Kosten, kaum ein Ort hat sich dem „totalen Ski“ verschrieben, und was in den französischen Alpen an Skikurorten aus dem Boden gestampft wurde, ist meist na-

türlich gewachsen und hat über-schaubare Dimensionen bewahrt. Die Pyrenäenbewohner, Südländer mit baskischem Einschlag zum Atlantik hin und katalanischen Bräunen hoch über dem Mittelmeer, sind gastfreundliche Leute. Die Grenze ist nah, weshalb der Skifahrer spanische Lieder singen kann, die Leute von der Bergwelt die unglaublichesten Geschichten erzählen und man elige Touristen mit einem charmanten Lächeln auf morgen vertröstet – mañana, mañana, ist auch noch ein Tag.

Jedoch, wo einst nur bescheidene Thermalkurorte vor sich hinträumten, stehen heute moderne Aufstiegs-hilfen, stehen Hotel- und Appartemen-tbauten neben alten Holzchalets – man hat sich mit dem Wintersport arrangiert.

Gourette, Caunterets, Barèges, La Mongie, Saint Lary, Superbagneres und Font-Romeu sind inzwischen französischen Skifahrern ein Begriff. Dazu gesellen sich kleinere Orte – Hautacam, Gavarnis, Luz, Ardiens, Payolle, Val Luron, Guez, Porté Pyrenais, Les Angles, Bagnères 2000 –, die das Angebot gerade auch für Langläufer vervollständigen. Ingesamt warten 38 Pyrenäenstationen

mit südlicher Sonne und meist guten Schneeverhältnissen auf.

Gourette ist die älteste Skistation der Pyrenäen, 1908 wurde hier der 1. Internationale Skiwettkampf der Pyrenäen ausgetragen. An den Wochenenden fanden die Skipioniere in den Schafelhütten Unterschlupf, ehe 1931 der erste Berggasthof eingeweiht wurde. Heute schnallt man, wie in so vielen modernen Stationen, die Skier vor dem Haus an, um mit dem Sessellift in Richtung Pène Blanche hinaufzuschweben. Dabei tröstet der Blick auf den majestätischen Pic de Ger darüber hinweg, daß unten im Tal leider grauer Beton die alten Hütten verdrängt hat.

Caunterets war einst als Kurort „en vogue“, zählten doch Victor Hugo, Heinrich Heine und Sarah Bernard zu seinen Gästen. Heute drängen sich winters ungeduldige Skifahrer vor der Gondelbahn, um möglichst als erste auf zu den weiten Hängen des „Cirque du Lys“ zu kommen. Besondere Langläufer fahren bis zum „Pont d'Espagne“, einem der sieben „Eingangstore“ zum Naturschutzpark der Pyrenäen, wo sie nach kurzem Marsch mit sich und einigen Py-

renäengensern, den gelenken „Isards“, alleine sind.

Barèges, Superbarèges und La Mongie bilden mit 47 Aufstiegs-hilfen und rund 80 Pistenkilometern den größten Skizirkus der Pyrenäen. Doch wie verschieden sind die Ausgangspunkte: La Mongie erinnert mit wenig gegliedeter Architektur an Re-tortenstationen in den Alpen, wäh-rend Barèges Pyrenäenatmosphäre bewahrt hat. Oben auf dem Berg je-doch verwirren sich solche Details, Buckelhänge, Schußstrecken und schmale Ziehwege liegen zu unseren Füßen, und darüber thronen erhaben der Pic du Midi (2865 Meter).

Saint Lary liegt im Aurel, das durch den Bielsatunnel mit Spanien verbunden ist, wodurch der Ort im Sommer Durchgangsstation für Span-nienfahrer wird. Das hat aber dem Städtchen keinen Abbruch getan, man spürt immer noch etwas von al-ter Bergdorfatmosphäre. Oben in der Satellitenstation Pla d'Adet geht es da-gegen sehr modern zu. Schnell weg von den unschönen Bauten, rauf auf den Berg mit den weiten Pisten, den vielen Liften und den verschiedenen Abfahrtsmöglichkeiten; runter nach

Espeaubes, von dort weiter zum Col du Portet oder zur Tourrette; rüber zum See von Oule oder nur rauf in Rich-tung Soum de Matte. 36 Aufstiegs-hilfen bringen uns unermüdlich in neue Höhen, und noch ist die Entwicklung des Skigebietes von Saint Lary nicht abgeschlossen.

Superbagneres ist eine Retorten-station par excellence. Dennoch muß man den Ort gern mögen, denn wer nach mühsamem Kurvenfahren auf dem Hochplateau ankommt, dem ver-schlägt es den Atem: Eine solch schöne Aussicht findet man nur sel-ten. Rundherum schiebt sich ein Gip-fel vor den anderen, hier eine Ge-steinsschale, dort eine Zacke, und bei klarem Wetter grüßt auch der Pico de Aneto, der König der Pyrenäen, her-über. Dazu gibt es noch Pisten und Lifte, soweit einen die Skier tragen, und Sonnenschein rund um die Uhr.

Font-Romeu ist die sonnigste und vielleicht die mondänste der französi-schen Pyrenäenstationen. Bis zum Zweiten Weltkrieg florierte hier das Wintergeschäft mit einer reichen spani-schen und französischen Klientel, die vor allem das Spielcasino be-vüllerte. Heute hat sich das Bild gewan-

delt, und neben mondänem Après-Ski wird in Font-Romeu auch richtiges Skifahren gepflegt. Modernste Sportanlagen – hier trainierten die Franzosen für Mexiko – lassen zudem auch Reiter, Eiskunstläufer und Schwimmer auf ihre Kosten kom-men.

Was die Pisten angeht, so finden wir zwar keine schwarzen Abfahrten, aber für mittlere Fahrer ist der Ort mit dem größten „Sonnenofen“ Euro-pas geradezu ideal. Besonders ver-wöhnt werden aber die Langläufer. Insgesamt 75 Kilometer Skiwander-wege führen durch lichten Birken-wald, über sonnige freie Wiesen und vorbei an Latschen und Kiefern.

KATJA HASSENKAMP
*
Preise: Liftabonnements kosten zum Beispiel in Gourette für sieben Tage 330 Franc (etwa 111 Mark), in Barèges/La Mongie 347 Franc (etwa 117 Mark). Eine Übernachtung im Komforthotel in Font-Romeu ist für etwa 50 Mark zu buchen, im gutbür-gerlichen Hotel in St. Lary um 25 Mark pro Person.
Ankunft: Maison des Pyrénées, 15, Rue St. Augustin, F-75002 Paris – Französisches Verkehrs-Büro, Kaiser-straße 12, 6000 Frankfurt 1.

NACHRICHTEN

Italien: Benzinbons teurer
Autotouristen, die in Italien Ben-zin mit Gutscheinen kaufen, müs-sen künftig sechs Pfennig pro Liter mehr bezahlen. Ein Liter Super kos-tet nun mit Gutscheinen 1,83 Mark. Ohne Gutschein beträgt der Liter-preis zur Zeit umgerechnet 2,22 Mark.

Veränderung bei Fast

Das auf Nordland-Reisen spezia-lisierte Hamburger Unternehmen Fast-Reisen bekommt einen neuen persönlich haftenden Mehrheitsge-sellschafter. Neuer Partner ist die in Oslo ansässige Jahre-Line, die seit Jahren den Fährdienst Kiel-Oslo be-treibt. Der Alleinhaber Walde-mar Fast (72) will sich aus Alters-gründen in der nächsten Zeit zu-rückziehen. Er bleibt aber weiterhin als Berater und Mitglied der Ge-schäftsführung dem Unternehmen erhalten.

New-York-Tips

Das New York Convention & Vi-sitor Bureau am Columbus Circle an der Südwestecke des Central Park stellt den Besuchern kostenlos Stadtpläne, Hinweise auf die Se-henswürdigkeiten und ausführliche Broschüren über die einzelnen Stadtteile zur Verfügung. Außer-dem gibt es dort einen Hotel- und einen Restaurant-Führer (jeweils mit Preisangaben), einen „Visitors Guide to Shopping“, ein Verzeich-nis der kulturellen Ereignisse und eine Übersicht über besonders gün-stige Angebote der Hotels für Wo-chenendtouren oder Gruppenfah-ten. Die Unterlagen werden auch kostenlos nach Europa verschickt (Auskunft: Convention & Visitor Bureau, 2 Columbus Circle, New York, N.Y. 10019).

WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,65
Belgien	100 Franc	4,93
Dänemark	100 Kronen	28,50
Finnland	100 Fmk	47,75
Frankreich	100 Franc	33,75
Griechenland	100 Drachmen	2,90
Großbritannien	1 Pfund	4,02
Irland	1 Pfund	3,15
Israel	1 Shekel	0,055
Italien	1000 Lire	1,70
Jugoslawien	100 Dinar	2,30
Luxemburg	100 Franc	4,93
Malta	1 Pfund	6,00
Marokko	100 Dirham	38,00
Niederlande	100 Gulden	90,00
Norwegen	100 Kronen	36,25
Österreich	100 S	13,21
Portugal	100 Escudos	2,45
Rumänien	100 Lei	5,50
Schweden	100 Kronen	34,75
Schweiz	100 Franken	126,50
Spanien	100 Peseten	1,78
Türkei	100 Pfund	1,20
Tunesien	1 Dinar	3,60
USA	1 Dollar	2,78
Kanada	1 Dollar	2,24

Stand vom 2. 1. – mitgeteilt von der Dresd-ner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Vorschlag Nr. 39: Winterwandern

Vorschlag Nr. 52: Spielcasino

365mal Urlaubsfreuden genießen GARMISCH und dabei etwas für die Gesundheit tun!

PARTENKIRCHEN

Im Zeichen von Schneekristall und Sonne

Heilklimatischer Kurort • Zugspitze 2966m • 51 Bergbahnen u. Skilifte • 123 km gepflegte Skibahnen • 134 km Langlauf- u. Wanderloipen • 100 km geräumte Spazierwege • Alpspitz-Wellenbad • Spielbank • Vielseitiges Unterhaltungsprogramm • Vorzügl. Hotellerie u. Gastronomie • Preisgünstige Pensionen u. Privatzimmer • U/F DM 17,- bis 145,- • VP DM 45,- bis 195,- • Zwischen-Saisonpreise • Herbst-Skiwochen • Winter-Wochen-Pauschalen • Club-Reise-Programme

GUTSCHEIN für Prospekt-Paket • Jedem sein Steckentpferd-Kurverwaltung
☎ (08821) 2570
Pf. 149 • 8100 Ga-Pa.

Auf nach Bayern

Vorschlag Nr. 32: Ski-Langlaufen

Vorschlag Nr. 4: Schwimmen

PARTENKIRCHNERHOF

Buchen Sie Ihren Winterurlaub in den Alpen, da ist es am schönsten!

Zimmer mit Frühstück DM 55,- bis 85,-, HP DM 70,- bis 100,- pro Person.

Eine Woche: Zimmer mit Bad, HP und viele Sportarten, DM 815,-. Hallenbad, Sauna, Massagen, 2 Gärten, 2 Bars, Terrasse, Tiefgarage, Bridge-Club.

Berühmte Küche im Beindl-Grill. Ver-langen Sie unsere Unterlagen.

Bes. Familie Beindl
Telefon 0 88 21/5 80 25 – Telex 592 413

Hotel Obermühle

ROTISSERIE • „MÜHLENSTUBE“
SPEZIALITÄTENRESTAURANT

Gemütliche Hotelfar, geheiztes Hallenbad, Sauna, Solarium. Ideal für Tagun-gen. Spezial Weekend-Tarif. Fordern Sie bitte unseren Prospekt an!

Ab Mai 1984 Neueröffnung von 55 Hotel-Appartements.

Abt. Res. P. Wolf, Mühlerstraße 22 • 8100 Garmisch-Partenkirchen
Tel. 08821/5 90 51 + 70 40, Tx.: 59609, BTK: 1505252

BelleVue

Ihr Zuhause in Garmisch

Hallenbad
Sauna
Solarium
Massage
Lift Garagen

Appartements mit kleiner Küche
Zweitwohnzimmer, alle mit Bad, WC, Balkon
Sonnig, Aufenthaltsräume • Kammer
Fernsehraum • 630 rund u. zentral gelegen.

Telefon 9 8100 Garmisch-Partenkirchen • (0 88 21) 5 90 08

Zimmer mit Frühstück, Buffet p. Person ab DM 47,-

Königliche Ferien in Garmisch-Partenkirchen

6 Übernachtungen
(pro Person im Doppelzimmer, alle Zimmer mit Bad/WC, TV, Radio und Telefon). Ex-klusives Frühstücksbüfett, freie Benutzung von Hallenbad (26 °) und Sauna und 5-Tage-Skifahrt (3 Std. tgl.) mit Video-Aufzeichnung zum optimalen Lernerfolg.

DM 35,-
St.-Martin-Str. 44 • ☎ (0 88 21) 53071-75
8100 Garmisch-Partenkirchen
Fordern Sie unser ausführliches Angebot!
Skiz. u. Sportkarte • Diätetik • Pizzeria • Bar • Jagdschlösschen • Café • Kegelbahn • Garage

Herrlich gelegen

Nähe Alpspitz-Wellenbad, Olympia-Eisskation, Tennishallen, Bergbahnen und Skischulen, Skifahren bis zur Hausür.

HOTEL HILFPRANDT

Kleines, modernes Familienhotel. Sonnige, sehr ruhige und dennoch zentrale Lage. Alle Zimmer mit Bad/WC, Telefon, Radio, TV, Groß-Aufenthaltsraum, Sauna, Massagen, gute Küche. Bitte fordern Sie unseren Prospekt an!

Riffelstraße 17, 8100 Garmisch-Partenkirchen 2, Tel. 08821/28 61

Landfair

Ein neu-erbautes Haus mit allem Komfort und Tradition • Hallenschwimmbad • Sauna • Kurabteilung • kein Kurzwang • Bitte fordern Sie Informations-materiale an • U/F DM 33,- bis 82,- • HP DM 52,- bis 85,- • VP DM 60,- bis 109,-

Alpenhotel **Forsthaus Graseck**

8100 Garmisch-Partenkirchen 2, ☎ 0 88 21/5 40 06 • ☎ 05 9553

Hotel-Pension Bavaria

8100 Garmisch-Partenkirchen

Das neu renovierte, gemütl. Haus in zentr. u. ruh. Lage (Seitenstr.) bietet Ihnen: sonnige, komf. Zim. mit Blick auf die Berge, Balkon od. Terrasse, gutt. Spielplatz, Halle mit Kamin, froter Stüberl, Fernseh-, gr. Garten mit Sonnenterrasse, Parkplätze, Nähe Kurpark und Wellenbad, Wanderwege und Bergbahnen leicht erreichbar, Halbpension (Frühstücksbüfett u. Abendessen) im Doppelz. u. Dusche/Bad, WC DM 52,- bis 65,- pro Pers./Tag. Bitte Prospekt anfordern. Fam. v. Thurn, Tel. 08821/24 66

Urlaub in Garmisch

dann im Hotel BUCHENHOF (Garm.)

Komfort, Zimmers, 44m, mit Bad, WC, Hallenbad, Liegewiese, Aufenthaltsräume, Fernsicht, u. Garmisch zum Zentrum. Sehr ruhige Aussichtslage, herrliches Alpenpanorama. Bitte farbigen Prospekt anfordern.

8100 GARMISCH-PARTENKIRCHEN • BRAUNAUSTR. 3 • TEL. 08821/521 21

HOTELS

Brügge - Das Hotel Holiday Inn macht Wintergästen ein attraktives Angebot: Übernachtung, Willkommensdrink, Frühstück, Benutzung von Hallenbad und Sauna, Museumsbesuch, freies Parken und eine „Überraschung“ kosten nur 55 Mark pro Person. An einigen Terminen im Februar gibt es für den Aufpreis von 55 Mark ein festliches Abendessen.

Klempen - Für den ruhigen Winterurlaub im Sauerland empfehlen sich die komfortablen Kramer Apartments (5883 Klempen, Möhlenschmidtstr. 1), im Naturpark nahe der Kerpelasperrn gelegen. Ein über 200 Jahre alter Bauernhof wurde

zu diesem Thema bringt die WELT ein farbiges Tiefdruck-Magazin heraus.

REISEN '84
Erscheinungstermin: 7.3.84
Anzeigenschluß ist am 25.1.84

Sind Sie interessiert, in dieser Sonderveröffentlichung zu inserieren? Gern informieren wir Sie über Einzelheiten.

DIE WELT
Anzeigenabteilung
Postfach 30 58 30 - 2000 Hamburg 36
Tel.: (040) 3 47 83, -41 28, -4
Telefax: 3 17 001 777 asd

de stilvoll für Erholungsuchende umgestaltet. Jedes Appartement (zum Preis zwischen 80 und 190 Mark) besteht aus mindestens zwei Räumen mit Küche, Dusche oder Bad, Farbfernseher, Radio und Telefon. Golf, Tennis, Reiten und Skilaufen sind nur einige der Sportarten, die in unmittelbarer Nähe betrieben werden können.

Quickborn - Das Romantik-Hotel Jagdhaus Waldrieden (Kleier Str. 2085 Quickborn) offeriert Wochenenden für Genießer. Ein „Mini-Wochenend“ mit einer Übernachtung kostet 125 Mark pro Person im Doppelzimmer, das „Mod-Wochenend“ mit zwei Übernachtungen 225 Mark. Begrüßungsdrink und Menüs bei Kerzenschein, reichhaltiges Frühstücksbuffet gehören zum Programm des ruhigen Hotels im Park.



Alte Herrenhäuser, Windmühlen, Burgen und Schlösser wie das Wasserschloß Wissen bei Weeze prägen das Landschaftsbild am Niederrhein

Stille Tage am Niederrhein / Mühlenflügel drehen sich im Wind

Der untere Niederrhein - für mehr als acht Millionen Menschen aus dem Ruhrgebiet und den beiden Staaten Belgien und den Niederlanden liegt er direkt vor der Haustür. Eine schöne, idyllische Flusslandschaft, ein Flecken Erde, dessen mildes Klima selbst im Winter Tage der Ruhe und Erholung verspricht.

Der Harmonie und Stille ordnen sich selbst die Städte unter. Geldern etwa, die „Stadt zum Aufatmen“, wie sie sich selbst gern nennt, mag zwar auch ausgefallene Freizeitmöglichkeiten Großstadt-gestrebten Urlaubern bieten. Am beliebtesten aber ist eine Sportart, die zum Niederrhein gehört wie die Pappeln entlang der Landstraßen - das Radeln. Vorbei an ausgedehnten Wald- und Heideanlagen können Touristen in Ruhe im Sattel ein Gebiet erkunden, das durch Burgen, Schlösser, Windmühlen und alte Herrenhäuser geprägt wird.

Rund zehn Kilometer von Geldern entfernt lädt die Stadt Straelen zum Verweilen ein. Der historische restaurierte Marktplatz, die alte Pfarrkirche

mit wertvollen Kunstschatzen, die Fossa Eugeniana (ein unvollendeter Kanalbau aus der Spänerzeit im 17. Jahrhundert) und das Haus Caen mit der alten Wassermühle lohnen den Weg.

Vom Geldern aus geht's weiter über die Römerstadt Xanten mit ihrem völlig restaurierten Amphitheater, das mittelalterliche Kalkar bis nach Kleve, der Perle des Niederrheins. Die alte Residenzstadt, deren Gärten Vorbild für berühmte Parkanlagen wie etwa Sanssouci bei Potsdam waren, hat historische Sehenswürdigkeiten wie die Schwanenburg oder das berühmte Museum Koekkoek. Doch nicht nur die Stadt bietet angenehme Stunden, auch Natur- und Wanderwege finden auf den zahllosen Wanderwegen des mehr als 50 Quadratkilometer großen Reichswaldes eine fast unberührte Natur.

Für Tierfreunde ist der Besuch des Wildgeheges mit einheimischen Tieren oder ein Spaziergang, besser gesagt eine „Promenade“, durch die historischen Parkanlagen des Tiergartens ein reines Vergnügen. Selbstverständlich darf bei den Tagen der Mu-

ße und der Erholung der kulinarische Genuß nicht vergessen werden. In Kleve wird Gastfreundschaft groß geschrieben. Restaurants und Gasthäuser bieten eine reichhaltige Speisekarte für jeden Geschmack.

Wenige Kilometer von Kleve entfernt liegt die „Alte Mühle Donsbrüggen“, eine restaurierte Mühle aus dem vergangenen Jahrhundert. In Kürze, spätestens Mitte 1984, wird man dort wieder Getreide mahlen und Brot nach alten Rezepten backen, das dann in der alten Mühle oder bei den Bäckern der Umgebung zu haben ist. Im Rheinland gab es 1840 noch 265 wirtschaftlich genutzte Windmühlen, 1931 waren es noch 66. Nun sind es nur noch zwei, die - angetrieben vom Wind - ab und an ihre Flügel gemächlich in Bewegung setzen.

Ebenso interessant ist ein Ausflug nach Emmerich oder Elten. Elten ist jener Ort, der 1945 von den Niederländern annektiert und vor wenigen Jahren an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben wurde. Die 1000jährige Vitus-Kirche, der Drususbrunnen aus der Zeit vor Christus

oder die herrliche Rheinpromenade sind sehenswert.

Am Wasserschloß Wissen bei Weeze vorbei, ist Kevelaer das nächste Ziel, für das man allerdings etwas Zeit mitbringen sollte. Hunderttausende Pilger besuchen pro Jahr die Stadt mit der Wallfahrtskapelle St. Marien, der Gnadenkapelle, der neugotischen Basilika aus dem Jahre 1858, der Kerzenkapelle (1645) und der 1945 wiederaufgebauten Bruder-Konrad-Kapelle. Durch die Werkstätten für Mosaik, Glasmalerei, Gold- und Silberschmied, Wachszieher und Bronzezieher ist Kevelaer auch als Einkaufszentrum bekannt.

Wer einmal am Niederrhein war, wird sicherlich einen Spruch des Schriftstellers Sigmund Graff (1898 - 1979) beherzigen: „Die femste Reisekunst besteht darin, zu einigen besonders schönen Plätzen immer wieder einmal zurückzukehren, bis sich in uns ein Heimatgefühl entwickelt, das sie doppelt kostbar macht.“

JACK-HARRY BACK
Ank.: Kreisverwaltung Kleve, Nasser Allee, 4100 Kleve

NEUE KATALOGE SOMMER '84

Flautoers (Sandstraße 14, 2400 Lübeck 1): „Finland-Reisen Sommer '84“ - Mit Ferien auf dem Bauernhof, Sightseeing-Touren nach Moskau-Leningrad, Kreuzfahrten auf dem Saimaa-See und einer abenteuerlichen Geländewagen-Safari zum Polarkreis und in die Weiten Lapplands will der Reiseveranstalter neue Akzente für die kommende Saison setzen. So gehört etwa zu der im Rahmen eines zwölfstägigen Urlaubs angebotenen Safari das Lachsessen ebenso zum Programm wie das Auswaschen von Goldstaub aus dem Flußbett. Die Tour von bis Travemünde kostet pro Person 2368 Mark. Neben ausgefallenen Touren bietet der Veranstalter vier- oder fünfstägige Städtereisen nach Helsinki zu einem Preis ab 848 Mark (neun Tage).

Walters Reisen (Postfach 10 01 47, 2800 Bremen): „Nordland und Kanada“ - In seinem 88. Seiten starken Katalog präsentiert der Bremer Reiseveranstalter Rund- und Aufenthaltstouren für Individualisten, Rundreisen als Erlebnis- oder Gesellschaftsreisen und Kreuzfahrten in die norwegische Fjordlandschaft, nach Spitzbergen und zum Nordkap. Insgesamt wurde die Urlaubspalette um 30 Angebote erweitert, darunter Fahrten in die UdSSR, nach Island und Finnland. Preisbeispiel: Island-Safari, 15 Tage Flug-Busreise ab Düsseldorf oder Frankfurt, ab 2490 Mark inklusive Vollpension.

Olympia-Reisen (Kurfürstendamm 188, 1000 Berlin 15): „UdSSR '84“ - Der Prospekt, aufgefädelt in Städte-, Festival- und Rundreisen, offeriert fast 50 Angebote. Als besonderer Leckerbissen für Kunstfreunde gilt dabei die Fahrt „Weiße Nächte“ zum Kunstfestival in Kiew in der Zeit vom 21. bis 29. Juni. Die Tour, die Ballettaufführungen des Kiew-Theaters sowie des kleinen Opern- und Ballett-Theaters einschließt, kostet 1188 Mark. Für ausgesprochene Sportler bietet der Veranstalter unter anderem die Teilnahme am Volkslauf-Marathon Moskau (Preis: 878 Mark) oder Skiwandern am Baikalsee (Preis: 1398 Mark).

DER (Deutsches Reisebüro, Eschersheimer Landstraße 25-27, 6000 Frankfurt 1): „Amerika ABC-Sommer '84“ - Der mit mehr als 2000 Abflügen (zu 33 Zielen in den USA, Kanada, Puerto Rico und Mexiko) größte Veranstalter von Flugreisen nach Nordamerika hat Condor-

ABC-Flüge nach Houston, Washington und Dallas sowie LTU-Dienste nach Seattle und von München aus nach New York neu in sein Programm aufgenommen. Insgesamt reicht die Auswahl von Badeferien, Bus- und Flug-Rundreisen über Campmobile, Ferienwohnungen bis hin zu Unterkünften in Nationalparks und Kreuzfahrten. So wurde das Angebot für Unterkünfte in 20 Trailer-Parks an der amerikanischen Westküste erweitert. (Preis: Übernachtungen für bis zu sechs Personen ab 119 Mark). Eine 14tägige Tour durch die „Canadian Rockies“ kostet ab/bis Vancouver 1120 Mark.

Marlboro Abenteuer Reisen (Deutsches Reisebüro, Eschersheimer Landstraße 25-27, 6000 Frankfurt 1): „Amerika - Erlebnisse zwischen Broadway und Grand Canyon“ - Unter dem Motto „Entdecken, Erleben, Erholen“ bietet der Veranstalter mit mehr als 40 verschiedenen Programmen Rundreisen und Campingtouren ebenso wie Ranchferien oder „Abenteuer in der kanadischen Wildnis“, die neu ins Programm aufgenommen worden sind. Preisbeispiele: Eine Kanu-Expedition in British-Columbia kostet für 20 Tage ab/bis Vancouver ab 2575 Mark, und der „Great Marlboro Trail“, der als 14- oder 21tägige Tour angeboten wird, kostet ab/bis Los Angeles ab 1399 Mark.

Tourland (Tourland Reisen, Brünnerstraße 11, 6000 Frankfurt/Main): „Australien“ - Der auf den fünften Kontinent spezialisierte Veranstalter präsentiert in seinem Prospekt mehr als hundert verschiedene Reisen, die die Palette der Urlaubsmöglichkeiten in Australien weitgehend abdecken. So gehören zum Programm neben Flug- und Gruppenreisen auch Landarrangements wie eine neuntägige Bus/Campingreise (ab 1116 Mark), Abenteuerfahrten ins menschenleere Landesinnere (ab 912 Mark), Safaris auf den Rücken von Kamelen (ab 2026 Mark) oder Strandurlaub an den Meeresküsten und auf den tropischen Inseln im Gebiet des Großen Barriere Riffs. Erstmals wurde auch ein Südsee-Programm auf den Fidschi-Inseln und den Gesellschafts-Inseln ins Programm aufgenommen. Außerdem bietet der Veranstalter als europäische Generalagentur der Australischen Eisenbahnen preiswerte Netzkarten für Rundreisen in der Eisenbahn.

Erlebnis-Urlaubsland

berner oberland

berner oberland
natürlich
gemütlich

Beatenberg
auf der Sommerterrasse
des Berner Oberlandes
Ich möchte Beatenberg näher kennenlernen.
Senden Sie mir Gratisprospekte über:
- Sommer/Winter eigenheim
- Hotel und Pensionen
- Sonderangebote
- Chalets und Ferienwohnungen
Name: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Einsenden an: Verkehrsverbund, CH-3800 Interlaken

Kandersteg 1200-2000 m
für gemächliche Skifahren und romantische
Skizugfahrten, gepflegte Spazierwege,
Kunsteisbahn, Curling und Reiten.
Ob Hotel, Ferienwohnung oder ein günstiges
Pauschalangebot - Ihre Adresse:
Verkehrsverbund, CH-3718 Kandersteg
Tel. 004133/75 12 34, Telex 922 111

Hotel Walden
bietet Ihnen Erholung vom Alltag,
verbunden mit herrlichen Skifahren!
Spezielle Skiangebote Fr. 487,-
und Wanderarrangements Fr. 388,-
(1 Woche inkl. Bahnabonnement)
Familie Plozza, Propr.
CH-3823 Wengen
Tel. 004136/55 28 55, Postfach 133

Hotel Schöneegg
Das Hotel an der Sonne!
Idealer Winterurlaub mit viel Sonne und
Schnee. Skifahren, Wellness, Sauna, Solarium,
Picknicks, Gratis-Kinderbetreuung, gepflegte
Diners im Speisesaal oder gesellige Ess-Partys in unserem
Scotch-Club.
Tel. 004136/55 28 55

Wir möchten zu Ihrem Lieblingshotel werden
Genießen Sie Sonne und Berge
im weissen Hochland ob Gstaad
Alpin nova
Das Erstklasshotel mit der
ungezwungenen und persönlichen
Atmosphäre für den sportlich-
aktiven Gast.
Skiabfahrten, 69 Bergbahnen, Langlauf,
Winterwanderungen, Hotelhallenbad,
Sauna, Solarium, Fitness, beim Hotel
35°C Solebad, grosse Zimmer: Farb-TV,
Radio, Telefon, Minibar, div. Restaurants,
Bar, Hoteldancing mit Orchester.
Verlangen Sie eine Offerte oder die
speziell günstigen Pauschalwinterwochen.
Hotel Alpin nova
CH-3778 Schönbühl, Tel. 004130/8 33 11

Dienstadt
Fitness-Ferienwoche Ski + Tennis
7 Skilifte, 3platzige Tennishalle
5 Tage HP inkl. Skipass Montag/Samstag
5 Tage & 2 Stunden Tennisunterricht
Direkt bei den Skilisten und Lopen ab Fr. 653,-
Ski-Pauschal-Wochenend ab Fr. 126,-
HP, Vor- und Nachsaison (Bäre-Mutze)-Ferien
Fr. 588,- (inkl. HP und Skipass).
Verlangen Sie Unterlagen!
Sporthotel Wilerhorn, CH-3755 Dienstadt
Tel. 004133/84 14 15, Telex 922 133

Hotel Belvedere
Grindelwald
Ihr Ferienhotel
Familie F. Hauser
Tel. 004136/53 18 18 Telex Belg 923 244

Hotel Jungfrau
und Jungfrau Lodge
Geprüftes Haus mit bekanntem
Restaurant-Dancing. Sonnige Lage mitten im
Skigebiet.
Jungfrau Lodge, Alle Zimmer mit Bad,
Telefon und Radio.
Januar und März sehr günstige Arrangements!
Direktion: R. Meyer, CH-3825 Mürren
Tel. 004136/55 28 24

Hotel Jungfraublick
Wengen
Das *** Familienhotel mit Herz
Neubau 1975 • Komfort • prächtige Lage • viel
persönliche Ambiance
Halbpension ab Fr. 65,- mit Bad/Dusche, ab Fr. 42,-
mit fl. Kalt-+Warmwasser
Hanni + Rolf Frick, Dir., Tel. 004136/55 27 55

Pauschalangebote
7-Tage mit Halbpension,
Skischule und Skipass ab Fr. 479,-
Ob zur Kur oder zum Sport -
Leink ist der richtige Ferienort!
Information:
Kur- und Verkehrsverbund
CH-3778 Leink, Telefon 004130/3 15 95

Hotel Wildstrubel Leink
• Privathallenbad (16 x 6 m, 28°)
• Außenhalla-Bad (Kinderzimmer)
• Spezialarrangements für Langlauf- und
Skizugfahrten im Januar, März und April
• Zimmer und Frühstück ab Fr. 44,-, auch
Halbpension und Vollpension
• Ostern geöffnet
Information und Prospekte: Fam. F. Schürch,
Hotel Wildstrubel, Telefon 004130/3 15 06

Grindelwald
7 Tage alles inbegriffen ab Fr. 339,-
Verkehrsbüro, CH-3818 Grindelwald
Tel. 004136/53 12 14

PARKHOTEL BELLEVUE
CH-3715 ADELBODEN
Erleben Sie Skizug mit viel Komfort und Ambiance.
Hallenbad, Sauna, Solarium, begleitete Skitouren,
Picknicks, Gratis-Kinderbetreuung, gepflegte Diners
im Speisesaal oder gesellige Ess-Partys in unserem
Scotch-Club.
Neu: Gartenflügel
Zimmer zum Verleihen in 15 Variationen.
Fam. H.R. Richerdt, Tel. 004133/73 16 21

BERNER OBERLAND

Auf Strasse und Schiene
schnell und bequem erreichbar

Wir haben für Sie ein breites Informationsangebot bereit:
Winter- und Sommerprospekt, Hotelliste, Pauschalangebote, Ortsprospekte
und natürlich unser neues Ferienhandbuch.
Erhältlich sind diese Unterlagen kostenlos bei folgenden Adressen:

Verkehrsverbund
Berner Oberland, CH-3800 Interlaken
oder: Schweizer Verkehrsverbund
Kaiserstrasse 23, 6000 Frankfurt/Main

UPLAND IN DANEMARK

Ferienhäuser in Dänemark

NORDISK FERIE

Ferienhäuser in Dänemark
Jetzt ist der große Nachschub! 94 dal
Kontakten anfordern. Tel. 0421/38 70 91

**Isseel Als (Älteste Dänemark, Ferien-
häuser, Witz u. Banenort Nord-Als
Turistservice, Støvet, S. 36 6800
Nordborg, 00445 18 134**

NORDSEE-DANEMARK

FERIEHAUSER
Frei für das ganze Jahr
J. Rasmussen G. Krüger, 2 HH 54
DK-6390 Ulfborg Krossvej 63 A
T. 00457-49 15 26 T. 940 54 28 17

Ferienhäuser / Dänemark
Gratte Kattegat anfordern. Häuser
genügend frei, Nord- und Ostsee.
Vermittlung seit 1960.
DAN-INFORM KG. Schwemweg 68
2390 Flensborg Telefon 0461-97021

Inseln Aalborg Dänemark
Nördlich Föhrn, 2 Ferienhäuser auf
der Insel, 2 Ferienhäuser zu vermieten
Nordsee Küste Dänemark
Schöne, alte Bauernhäuser sowie kleine-
re Sommerhäuser zu vermieten.
Prospekt anfordern:
**Grønshøj Gade
DK-4300 Slagelse
Dänemark**

Urlaub in Dänemark
Ferienhäuser an der Nordsee, Skandinavien
der Nord- und Ostsee, die Limfjorden und
der Insel Seeland. Fordern Sie kostenlos
unseren Katalog an.
Ferienhausvermittlung
**BERNH
DK-7702
Sønderho, 00467 98 54 66
Tel.: 00467 98 54 66**

Bornholm

BORNHOLM · DÄNEMARK

**Kinderfreundliches Badehotel an schönsten Sandstrand der
Insel. Beheiztes Schwimmbad, Planschbecken, Sauna,
2 Tennisplätze, Tischtennis.**

Im Doppel- oder Annermann!

Zwischenstation 26.5-28.5, 28.8-31.5,
Vor- und Nachstation 16.5-26.5, 3.9.-30.9.,
Kinderermäßigung. Wir schaffen Ihnen gern unseren Prospekt.

hotel balka söbad

DK-3730 Nexø · Bornholm
Tlf. 00453/95 47 58

Reiseanzeigen

helfen mit, Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT AM SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.

DanCenter
Danische Ferienthäuser

BORNHOLM
Konstantinle Fladenbygning, 1-4. Etage, Bornholm, bester Schwefelzug, Sauna, Tennis, Kinderparadies in ALLGEMEIN und GUTEM. Je nach Saison 1-2, 3-4, 5-6 und 7-8 Wochen:


295,- bis DM 995,-
ab DM 2.795,- bis DM 4.995,-
für 2 Personen (ab 18 J.) in 2-4 Personen
vom fliegenden Dänemark-Spezialisten

Spitalstr. 76, 1000 Hamburg 1
Telefon 4040/3227 81

SAVOGNIN

CRESTA

Ihr behagliches Erkeklasshaus für vergnügliche Winterferien.
Hallenbad, Sauna, Solarium, Tennishalle, Kegelbahn, Dancng, Bar, Restaurants.
Skil., Langlauf- und Tenniswochen ab Fr. 511,- (HP)



Ihre Gastgeber: B. C. Josler - Tel. 0041/81/74 17 55

„Es gibt Reisen, die man wieder und immer wieder macht, wie Bücher, die man liest, oder Musik, die man hört, wie Gesichter, die man sieht, Menschen, zu denen man spricht und jedesmal ist etwas verändert und etwas gleich geblieben.“

William Saroyan

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

5414

SAVOY
 Arosa
 wo man sich trifft
 Ihr *****TOP-HOTEL
 für aktiv Winter- & Sommerferien
 mit exklusive private Ferienwelt für 51
 Hallenbad, Tennishalle, Squash-Hallen
 Kegelbahn, Kindergarten etc.
 * Tischi- & Ständerchen (205) *
 * Schokoladezeiten ab Fr. 32,- *
 * Schokoladezeiten *
 * Spezielle Ferienarrangements *
 SAVOY-HOTEL, CH-7050 AROSA
 JOSEF L. GEHRER, DIR.
 TEL. 0041761-31 02 11
 TELEFAX 23 230

Arven 1450 m
Hotel Sonnenhalde
 Familie E. Schneider
 Tel. 004182/7 11 35

LAAX
hoteL BRUNIGUELL
 H. Rüttshausen-Humtzel
 Tel. 004182/2 78 00

Panthenisa
Hotel Schweizerhof
 7504 Pontresina ***
 Tel. 004182/1 84 12 - 74 74 62

Panthenisa
Hotel LA COLLINE
 CH-7504 Pontresina
 Tel. 004182/6 54 21

Panthenisa
 Engadin 1800 m
Hotel Engadinerhof
 Fam. Heinrich, Tel. 004182/0 62 12

Panthenisa
 Engadin 1800 m
 1920 m
 Fam. P. Schmid, 7504 Pontresina
 Tel. 004182/6 75 75

Sent
 1440 m
 Unter-Engadin

Genussvolle Familienhotel. Sonnige, sehr ruhige Lage. Gutes Küche. 35 Betten. Parkplätze. Tagesausflugsparcours DM 50,- bis Tag 60,-.

Gelungene Konzeption - persönlicher Service.
 Für Gäste mit besonderen und hohen Ansprüchen.
 Z/Frühst./Eisendusche ab Fr. 32,-
 Z/Frühst./Dusche/WC ab Fr. 46,-

Vorteilhafte Ski- + Langlauf-Pauschalarrangements im Dezember, Januar + März mit erstklassigen Leistungen in Gastfreundschaft - Komfort - Küche und Service.

Gemütlich - ruhige Lage. Sonnen- + Gartensitz. Bar, Restaurant. Ski-, Lauffischschwächen. Nähe Langlaufloipen.

Fam. S. von Engelen-Schneider

Das gemütliche Hotel mit der guten Küche. Am Ausgangspunkt der Lopen und Skulpten.
 Im Januar und ab Mitte März Spezialpreise.

- Neues ***-Hotel Garni, 50 Betten
- Komfortabel und gemütlich
- Zimmer mit Selbstwahl-TV, Radio
- Sauna - Solarium - Garage
- Günstige Pauschal-Schwächen

10 Automaten von Souvl.- Idealer Winter Sportort für geschmackvolle, sonnige Ferien. Einzelpl. - Schlittenbahn - Langlaufloipen.
 Verkehrsweg, CH-7581 Sent
 Tel. 004182/3 15 44 10 Uhr

Sarnen CH 3000
Oberrhein Zentralschweiz
Langlis

das Langlisufer-Sidoradio
 für jedermann.

ab SFZ 287,-
 SFZ 74,- bis 90,-
 Langlis
 0041/41/69 14 55

Verkehrsbüro
 CH-6060 Sarnen
 Tel. 0041/41/66 40 55

Guthörgerische Homet, HP ab
 sFr. 35,-, VP ab sFr. 45,- Ferien-
 wohnungen, Tennisplätze Front
 Beckenbauer.
 Regionalabonnemente (7 Tage
 stlpn) sFr. 133,-. Kinder sFr. 84,-

Das große Kreuzworträtsel

SÜDAMERIKA

SÜDAMERIKA-FLÜGE

HIER UND ZURÜCK AB 28.000,-

Monte	2350,-	Mexico	1700,-
Bogotá	1700,-	Quito	1950,-
S. Aires	2250,-	Bacía	1950,-
Brasilia	1550,-	Rio de Jan.	2250,-
S. Paz	2770,-	Santiago	2370,-
Frankf.	1950,-	S. Paulo	2250,-

L.A.F. e.V. 28 Bremen 1
Schwachhauser Heerstr. 222
Telefon 0421 - 23 92 45

PORTUGAL



VILA JOYA

Algarte-Portugal

Eine Oase der Schönheit, Ruhe, und Erholung. Blickt am Atlantik, sind 6 km langen Sandstrand von Praia de Gaia. 10 Min. bis zum Golfplatz. 30 Min. bis zum Flughafen Faro. ein Traum für Golf-, Taucher, Surfer, Reiter und Tennisplayer. Vila Joya, das exklusive, kleine Luxushotel mit Swimming-Pool.

Fordern Sie unseren Prospekt an
zuverschiebendem Raum: **PROBIVILA JOYA** kostenfrei per Post zuschicken!
Telefon 0421 52 94 91
0421 52 10 50 - Telex 52 9722

Für alle

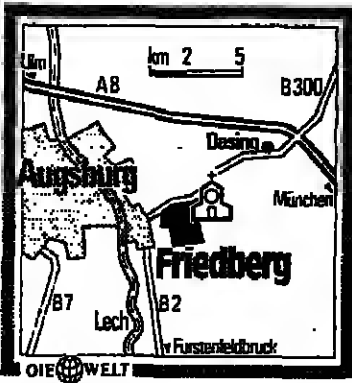
die sich auf ihre Urlaube freuen oder
sich an ihre früheren Erinnerungen aufziehen wollen
und die „Reise-Welt“ in der **WELT** und
„Modernes Reisen“ in **WELT** am
SONNTAG jede Woche willkommen
sind.

AUSFLUGS-TIP

Anreise: Autobahn A 8 von Augsburg in Richtung München bis zur Ausfahrt Dasing, von dort noch etwa fünf Kilometer in Richtung Augsburg.

Übernachtungen: Einzelzimmer mit Frühstück kosten etwa 25 Mark, Doppelzimmer um 50 Mark. **Heimatsmuseum:** Sonntags von 14 bis 17 Uhr, mittwochs von 14 bis 16 Uhr und 19 bis 21 Uhr, für Gruppen auch nach telefonischer Anmeldung. Im Februar geschlossen.

Ankunft: Stadtverwaltung, 8904 Friedberg, Morienplatz.



Friedberg in Schwaben

Die Großstadt Augsburg liegt ihnen sozusagen zu Füßen, den Friedbergern. Und wenn auch die Stadtgrenze nahezu fließend ist, bleibt doch festzustellen: Die Fuggerstadt war einmal fast Feind zu denen da oben. Die da droben – das sind die Friedberger, immerhin 26 000 an der Zahl.

Daß sie ein Mauerblümchen-dasein im Schatten des 2000-jährigen Augsburg führen, wollen sie gar nicht gern hören. Denn 730 Jahre Stadtgeschichte hat man auch vorzuweisen. Konradin der letzte Staufer und Herzog Ludwig der Strengere unterzeichneten 1264 mit Brief und Siegel die Stadtgründung. Zu einer Weltkarriere reichte das nun zwar nicht – aber bis zum Jahre 1800 wurde das Städtchen mit der so herausragenden Lage doch ein halbes Dutzend Mal geplündert und gebrandschatzt.

Dann war Ruhe, und fleißige Handwerker konnten sich an die hochgeschätzte Arbeit machen. Die Uhrmacher exportierten in aller

Herren Länder, und die Goldschmiede standen ebenfalls in hohem Ansehen.

Wer heute den alten Friedberger Berg hinauffährt – es gibt natürlich auch eine moderne Umgebungsstraße –, kommt in eine Altstadt, die noch viel von ihrem mittelalterlichen Reiz hat. Das 1680 in der Nachfolge von Elias Holl erbaute Rathaus dokumentiert den stolzen Bürgersinn der ausgehenden Renaissance.

Das Herz der Stadt ist das Heimatmuseum, vor etwa 100 Jahren gegründet und in der alten Burg, merkwürdigerweise „Schloß“ genannt, beherbergt. Rund 300 Museumsstücke, die das Leben der Bauern und Bürger dokumentieren, sind kaum an einem Tag zu „schaffen“. Spezialabteilungen zeigen Uhren und Fayencen.

Wer sich ein Bild von der Frömmigkeit der Altbauern (mit „I“, wohlgekernt) machen will, besucht die Wallfahrtskirche Herrgottsruh. Sie zählt zu den bekanntesten Barockbauten, erstellt zwischen 1731 und 1753.

Weil sie nicht mehr länger touristisches Niemandsland sein wollten, haben sich die Friedberger jetzt dem Interessensverband „Romantische Straße“ angeschlossen, die zwischen Würzburg, Augsburg und Füssen so unzählige wunderbare Fleckchen Erde ihr eigen nennt. Die größten sind sie unter diesen nicht. Aber ihr Licht brauchen sie sicherlich nicht unter den Scheffel stellen.



Das Friedberger Rathaus, vor 500 Jahren im Renaissance-Stil erbaut

FOTO: GERALD DREWS

Das „Land der Morgenstille“ – wie Koreas alter Name lautet – wird nur von wenigen europäischen Touristen besucht. Die Gäste haben meist nur unvollkommene Vorstellungen von diesem Land, das mit seinem reichen kulturellen Erbe an Tempeln, Palästen und Kunstschätzen sowie seinen modernen Industrieanlagen heute zwischen Tradition und Fortschritt steht.

Reise zu Buddhas Tempeln und Pagoden

„Nie würde ich meinem Vater zu prostern, das ist respektlos“, sagt Kyong-Sop, der Koreaner. Wenn ich in seiner Gegenwart trinke, wende ich mich. Nie auch würde ich ohne die Einwilligung meines Vaters heiraten. Genauso erwarte ich Respekt von meiner Frau. Das Ideal des koreanischen Mannes von heute“, fährt er fort, „ist eine amerikanische Wohnung, chinesische Küche und eine japanische Frau.“ Warum japanische Frau? „Weil sie mehr noch als die Koreanerin alles tut, was der Mann will.“

Mit der fixen Vorstellung von einer aufgeschlossenen Industrienation und einer bestimmten asiatischen Malweise sind wir im Rahmen einer dreiwöchigen Fernreise nach Südkorea gekommen. Verdutzt stellen wir fest, daß die Tradition im „Land der Morgenstille“ tiefer verwurzelt ist als erwartet und die Motive der Malerei Mittelgebirgslandschaften darstellen, wie sie auch für Deutschland typisch sind. Nur haben die Koreaner sie anders, nämlich kontemplativ betrachtet. Mit wenigen Pinselstrichen werden die Konturen der Berge skizziert und große Flächen ausgespart, wodurch die Ruhe sichtbar geworden ist.

Bilder wie diese erleben wir auch

in der Wirklichkeit. In Kyongju, der alten Residenz der Silla-Könige vor 1000 Jahren, heute ein ländliches Areal mit Gräberfeldern, Tempeln und einer großen Buddhastatue, hängt Nebel über dem See, und die Berge schimmern darüber. Schumriges Zugeständnis an die Gegenwart: Ein Vergnügungsboot in Form eines Schwans schwimmt wie in „Lobengrin“ vorüber.

Reinsten Zen-Malerei begegnen wir im Haeinsa-Tempel. Er liegt in einem der vielen kleinen Nationalparks des Landes, die Architektur und Natur zu einer Symbiose verbinden. Im Haeinsa-Tempel wird die „Tripitaka Koreana“ aufbewahrt, die Sammlung von über 81 000 Druckstöcken aus dem 13. Jahrhundert mit der ersten Übersetzung der buddhistischen Schriften in die koreanische Sprache. Bergwärts gestaffelt, weist eine Reihe von Tempeln und Pagoden den Weg zu der alten Bibliothek. Von oben genießen wir den Blick über die geschwungenen Pagodendächer und Bergketten, in deren Tälern Mittagsglanz liegt.

Ziel der Touristen in Südkorea, die meistens nur eine gute Woche verweilen, sind die Acht-Millionen-Metropole Seoul, die Grenzfestze zu Nordkorea Panmunjom, das Volkskundendort – ein vorzügliches Frei-

lichtmuseum – Kyongju und ein oder zwei der berühmten buddhistischen Tempel wie Haeinsa. Und wenn noch Zeit bleibt, besucht man die moderne Hafenstadt Pusan.

In Panmunjom wird die schmerzliche Teilung zwischen Nord- und Südkorea bis zur Groteske demonstriert. Der 38. Breitengrad, der die Grenze bildet, verläuft mitten durch einen Verhandlungstisch und die dazugehörige Baracke. Man erreicht Panmunjom in einem Halbtagesausflug von Seoul, doch schon diese kurze Fahrt vermittelt das typische Landschaftsbild Koreas: bewaldete Berge, Reisfelder in der Ebene mit den zauberischen Spiegeln ihrer bewässerten Felder, darinnen die blitzsauberen Dörfer mit ihren einstöckigen Häusern und geschweiften Dächern wie Inseln liegen. Gelegentlich taucht eine Kirche auf, die Zahl der Buddhisten nimmt in Korea ab und die der Christen – aufgesplittet in 67 Sekten – zu.

Amerikanischer Einfluß ist unverkennbar. Wolkenkratzer und Autoverkehr in Seoul erinnern an New York. Amerikanische Kordeklipsen und Schirmmützen sind populär, aber Jeans und Hamburger schon weniger. Es gibt keine Kinderswagen. Al-Baby werden auf dem Rücken transportiert. Wie Korea die Kultur-

einflüsse Chinas seit Jahrtausenden geföhrt hat, so scheint es heute mit dem Westen zu verfahren. Viele Koreaner sind westlich-formell gekleidet, genauso viele aber tragen die Landestracht. Sie besteht für die Frauen aus einem langen weiten Rock mit kurzen Jäckchen, für die Männer aus grüner Seidenweste zu weiten, weißen Arm- und Beinbindern.

Selbst in der modernen Metropole Seoul existieren zwischen den Hochhäusern noch immer die alten einstöckigen Häuser mit ihren winzigen Höfen und die asiatischen Straßenspektakel mit ihren exotischen Garikchen. Koreanische Kinder essen keine Pommes frötes mit Würstchen, sondern Reis mit Kimchi, einem scharf gewürzten, fermentierten Kohl, der des Koreaners liebste Speise ist. Bus- und Taxifahrer tragen blütenweiße Handschuhe, und Entzickeln jedes Europäers ist der Rückwärtsgang der Autos, der je nach Vorliebe des Besitzers mit einer bestimmten Melodie gekoppelt wird. Hört man plötzlich am Toksu-Palast in Seoul, wo der Verkehr brandet, „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“, weiß man, ein Vordermann stößt zurück.

Natürlich probieren wir das Leben nach Landessitte und schlafen eine Nacht in einem typisch koreanischen

Zimmer und essen nach koreanischer Weise. In dem mit drei Kissen, einem niedrigen Tisch und zwei Truhen möblierten Zimmer rollen wir die Steppdecken aus und schlafen nach dem System der Prinzessin auf der Erbsenbesser als erwartet, weil wir sämtliche Decken übereinandergeschichtet haben. Schwieriger ist vorher beim Abendessen das Hocken auf untergeschlagenen Beinen, auch wenn die marinierten, gegrillten Rindfleischscheiben köstlich schmecken. So schön koreanische Zimmer mit ihren messingbeschlagenen Truhen und Reisparapetüren sind, wir könnten besser als wir die Sehnsucht eines koreanischen Mannes nach einer amerikanischen Wohnung verstehen...

DOROTHEA HINRICHSSEN

*
Papier: Reisepaß, kein Visum, keine Impfung.
Währung: 1 Mark = etwa 300 Won.
Reisewelt: Frühling bis Herbst (besonders schöne Laubbäume).
Kleidung: Wie in Mitteleuropa.
Veranstalter: Reisen nach Korea offerieren u. a. Marco Polo, Windrose, Ilarius, airtours, Fahrtenring. Neben kombinierten Programmen in Fernost offeriert Marco Polo auch eine 17-tägige Reise nur nach Korea; Preis 7290 Mark.
Ankunft: Korea National Tourism Corporation, Wiesenbittenplatz 26, 6000 Frankfurt 1.

DB auf rosaroten Wolken

Die Deutsche Bundesbahn war selbst überrascht. Das Staatsunternehmen, das Jahr für Jahr Milliarden Mark an Verlusten einföhrt, konnte einen bescheidenen Erfolg verbuchen. Das Sonderangebot „Rosarote Wochen“, das Mitte September gestartet worden war, entwickelte sich bald zum Renner für die Bahn. Mehr als 1,2 Millionen Fahrgäste bescherten dem Unternehmen rund 100 Millionen Mark Umsatz. Die Erwartungen wurden damit um mehr als 100 Prozent übertroffen.

Der Erfolg bewies, daß sich eine Idee auszahlt. Die Kunden, an deren Preisbewußtsein durch massive Werbung wie Fernsehspots oder riesige rosarote Plakate über Bahnhof-Portalen appelliert wurde, nahmen das Angebot aufgrund der attraktiven Preise an. Selbst Reisende, die bisher die Straße den Schienen vorgezogen hatten, stiegen auf die bequemere Art der Fortbewegung um.

Ein weiteres Plus für die Akzeptanz des Angebotes bei den Reisenden war die Ausdehnung der „Rosaroten Wochen“ auf Einzelreisende, Zwei-Personen-Gruppen und Familien.

Und gerade bei der Urlauberguppe „Familie“ sollte die Bahn stütz werden. Reiseveranstalter, die in den vergangenen Jahren Urlaub mit der Bahn angeboten hatten, mußten die bittere Erfahrung machen, daß ihre Programme immer weniger gefragt waren, während Offerten für Autoreisende besser verkauft wurden. Diesen Trend will die Bahn nun stoppen. Ihre Ankündigung, im kommenden Frühjahr die Zielgruppe „Familie“ zu umwerben, signalisiert das. Es beweist aber auch, daß das Staatsunternehmen auf einmal das kann, wozu es über Jahre nicht in der Lage schien – mit attraktiven Preisen Kunden zu locken.

RW

Baden auf Bali / Ein neuer Ferienort für verwöhnte Gäste

Nusa Dua

Sanur Beach und Kuta sind für die fernwehgeplagten Deutschen seit vielen Jahren ein Begriff. Denn diese Orte auf der indonesischen Insel Bali werden von etlichen Reiseveranstaltern zu teilweise günstigen Preisen angeboten. Und Kuta hat sogar viele Hippies angezogen. Diese „Orang Bu“ (klassen Menschen) haben den sitzenden Balinesen, von denen die meisten Hindus sind, mit ihrer knappen Kleidung und ihren lockeren Bräuen einen ziemlichen Schock versetzt.

Aber wer kennt schon das Dorf Nusa Dua? Am südlichsten Zipfel der zauberhaften Insel der Götter und Tempel gelegen, gab es bis Mai vergangenen Jahres kaum Fremde hier. Beschaulich lebten die wenigen Tausend Balinesen in diesem Dorf. Bei dann sorgten Bagger und Kräne, Bau-

materialien und Architekten für Unruhe.

Staatspräsident Suharto höchstpersönlich eröffnete am 23. Mai 1983 ein neues Hotel unmittelbar am herrlichen Sandstrand dieses verschlafenen Dorfes: Das Fünf-Sterne-Hotel „Nusa Dua“. Die ersten Gäste waren sich ausnahmslos einig: Die fünf Sterne sind verdientermaßen vergeben worden. Denn nicht nur die luxuriöse Ausstattung, das freundliche balinesische Personal, sondern auch die ungewöhnliche Architektur dieses 450-Betten-Hotels rufen die Begeisterung seiner Gäste aus aller Welt hervor.

Es ist von indonesischen und ausländischen Architekten im balinesischen Stil gebaut worden, dazu noch in einem der Landschaft angepaßten großzügigen Garten gelegen. Bis ins kleinste Detail ist alles balinesisch.

Ob die Möbel in den Zimmern, die zahlreichen geschmackvollen Gemälden, Schnitzereien und Kunstgegenstände, die echte Produkte der „Götterinsel“ sind. Dafür sind die Preise in diesem bislang einzigen Hotel in Nusa Dua nicht gerade niedrig: Das Doppelzimmer kostet rund 240 Mark pro Nacht, allerdings ohne Frühstück.

Nach Fertigstellung dieses ersten, aber keineswegs letzten Hotels ist im Dorf Nusa Dua rege Aktivität zu beobachten: Überall am Straßenrand sind Souvenirläden entstanden, zahlreiche „Warungs“ (kleine Imbissbuden) wollen offenbar die Touristen von den teuren Restaurants des Nusa-Dua-Beach-Hotels weglocken. Ob dies gelingt, mag bezweifelt werden, denn die betuchten Gäste des neuen Hauses sehen sich lieber bequem am großzügigen Swimming-

Pool des Hotels, um sich anschließend in einem der klimatisierten Restaurants von aufmerksamem Kellnern bedienen zu lassen, als in der glühenden Hitze in ein örtliches „Restaurant“ zu marschieren.

Auf Bali wird bedauert, daß als Folge der weltweiten Rezession der Tourismus merklich zurückgegangen ist. Durch solche Projekte wie in Nusa Dua und die Einführung des visafreien Verkehrs für Urlauber aus 26 Ländern (darunter auch für Deutsche aus der Bundesrepublik) will die Regierung in Jakarta den Tourismus im Inselreich tatkräftig fördern.

Wer die Hauptsaison (in den europäischen Sommermonaten) auf Bali meiden, kann erholsame und einsame Ferien bei Temperaturen um 30 bis 35 Grad auf Bali genießen: leere Strände, keine überfüllten Hotels und Restaurants. Allerdings kann es im Win-

ter auch geschehen, daß geplante Ausflüge wegen mangelnder Beteiligung abgesagt werden. Für Individualisten eine günstige Gelegenheit, die Insel auf eigene Faust zu entdecken, mit Hilfe der preiswerten öffentlichen Verkehrsmittel, von der Pferdekutsche bis hin zu motorisierten Dreiradfahrgängen oder den Bussen und Kleintransportern, die umgerechnet nur Groschen kosten. Auf der Götterinsel können sich Touristen sicher bewegen als etwa in der Großstadt Jakarta. Denn die Balinesen glauben an eine Wiedergeburt. Und wer möchte schon als Folge einer bösen Tat im nächsten Leben als armer Mensch einer niederen Kaste zur Welt kommen?

XING-HU KUO

*
Ankunft: Indonesisches Fremdenverkehrsamt, Wiesenbittenplatz 26, 6000 Frankfurt am Main.

TOURISTIK

Nur Vögel fliegen billiger

MITTELMEER-REISEN
Scherer Reisen mit Vollpension: Italien - Jugoslawien - Kroatien - Albanien - Bosnien - Rumänien - Bulgarien - Griechenland - Türkei - 14 Tage - ab DM 590

AMERIKA + KANADA 2995
Flug nach New York und Bus-Touristen

SUBAFRIKA-REISEN 5830
Flug nach Südafrika und Bus-Touristen

ASIEN + AUSTRALIEN 5380

FEUERLAND - GALAPAGOS

Der Welt größter Veranstalter für Weltreisen
GASTAGER-REISEN
8221 INZELL-BAYERN ☎ 08665/895

New York 750 DM
ab Benelux, T. 0221/21 93 18

Olympische Winterspiele/San Jose
4-Zimmer-Wohnung, 140 m², mit Telefon, im Stadtzentrum, 4-8 Betten, im Zentrum der gesamten Spiele zu vermieten; Frühstück möglich.
Kontakt: 02058/726 57 (V-20 U.)

Fernflüge ab Benelux
z. B. Madrid 125,-, Lima 170,-, Johannesburg 170,-, Rio 160,-, Buenos Aires 220,-, Sydney 220,-.

BORNEO PERUVIEN
Theravada 12 - 6245 Känguru
Flüge: 02 11 - 77 02 11/12

Teneriffa Süd
Hotel Paraiso Floral
2 Wo. Flug/Übern. DM 1081,-
SUDTOURISTIK, 0811/931 24 16

Bangkok 1290 DM
ab Benelux, T. 0221/21 93 18

Weltweite Flüge
Sprechen Sie mit Spezialisten
Reisebüro Sky-Tours
Tel. 0811/76 26 67 od. 76 10 83

Liebe Leser
Schreiben Sie bitte die Chiffre-Nr. möglichst deutlich, wenn Sie auf eine Chiffre-Anzeige antworten. Sie ersparen sich damit Zeit und unnötige Rückfragen.

USA

URLAUB NICHT VON DER STANGE
Griechenland, Sardinien, Portugal, Frankreich, Irland, Kenarien, fr. Antillen, Hotels, Villen, Wohnungen.
Einrichtungsgegenstände, Möbel, Charter und für Selbstfahrer.
PRIVATOURS Hauptstr. 13 a
6393 Wehrheim 1, 0 60 81 / 590 62

Preiswert fliegen
0611/49 52 54

Preiswerte Flüge in alle Welt

New York 750,-	Bogota 1650,-
Bangkok 1380,-	Caracas 1520,-
Manila 1875,-	Quito 1850,-
Johnburg 1850,-	Rosario 1850,-
Mexico 1850,-	ABCab Frankfurt
Lima 1820,-	Miami ab 1150,-

TOUR-PLAN REISEN 5300 Bonn 3
K. Adenauer-Pl. 15, 0228/461663

GeBeCo-Reisen

„China erleben“ 1984
Reisen von 17 bis 29 Tagen
Beschäftigungs- und Studienprogramme
Fordern Sie unseren Prospekt an
ab DM 4.775,-

Eckernförder Str. 93 2300 Kiel 1 Postfach 2209 Telefon 0431 154 86

Buchen Sie jetzt unsere 2 Sonderreisen
5 Wochen durch Südafrika und Namibia DM 8150,-
Besondere Höhepunkte der Reise: Etoscha-Planie in Namibia, Badabonfheit am Indischen Ozean, Geronaroute – Kap der Guten Hoffnung, Fahrt im weltberühmten „Blue Train“

Donau-Kreuzfahrt DM 1550,-
vom 12.-25. Mai 1984 in Doppel-Kabinen ab HD mit MS „Sofia“, einem der komfortabelsten und modernsten Schiffe auf der Donau. Eine Reise, die Sie schon einmal einmal machen wollten.

Ausführliche Programme für beide Reisen
Deutsches Reisebüro
In Haldenberg, Rohrbacherstr. 6, Tel. 270 43

NEW YORK
v. 19. 5. – 9. 6. 84 DM 999
16. 6. 84 DM 1049
v. 23. 6. – 1. 9. 84 DM 1199

CHICAGO
v. 19. 5. – 9. 6. 84 DM 1099
16. 6. 84 DM 1199
v. 23. 6. – 7. 7. 84 DM 1299
v. 14. 7. – 18. 8. 84 DM 1399

* 30 Tage Vorausbuchungsfrist
und viele weitere Ziele
Fordern Sie unseren Prospekt an oder fragen Sie Ihr Reisebüro

HETZEL Kurzflug- und Rundreisenprospekt 1984:
außergewöhnliche Reisen zu außergewöhnlichen Preisen!

Über 50 sensationell preisgünstige Rundreisen:

Andalusien, 3-Tage-Rundreise Ronda I (HP)	ab DM 495
Italien, 3-Tage-Rundreise Land der Etrusker (VP)	ab DM 695
Türkei, 3-Tage-Mini-Trip (UF/HP)	ab DM 498
Grönland, 9-Tage-Rundreise	DM 2995
Eisberge und Gletscher (HP)	

... dazu die beliebtesten, bewährten 3- und 4-Tages-Aufenthaltsreisen:

Rom (UF)	3 Tage ab DM 448 – 4 Tage ab DM 495
Mallorca (UF)	3 Tage ab DM 388 – 4 Tage ab DM 398
Bulgarien (SB)	3 Tage ab DM 255 – 4 Tage ab DM 265
Athen (UF)	3 Tage ab DM 478 – 4 Tage ab DM 528
Istanbul (UF)	3 Tage ab DM 497 – 4 Tage ab DM 518

Preise jeweils pro Person bei Belegung mit 2 Personen im App., Studio o. DZ. Flüge mit Pauschalreiseantrag ab und bis Stuttgart, größtenteils mit Condor. Fordern Sie unsere ausführlichen Programme an über Direkttelefon 0711/835-430 oder fragen Sie in Ihrem Reisebüro!

HETZEL
Postfach 310440 · 7000 Stuttgart 31 · Tel. 0711/835-1

KUPON Bitte schicken Sie mir die neuen HETZEL-Prospekte 1984 zu.
Name _____ Vorname _____ Wans _____
Straße _____ PLZ/Ort _____